deutsche architektur



Zentrum der Stadt Suhl • Gestaltung von Siedlungszentren • Wettbewerb Ferdinandshof • Neue Stallanlagen

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:

Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für andere Länder:

Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen,
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:

Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS-Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 10/94/68,
3/269 bis 3/6/69

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Aus dem vorigen Heft:

Schulbau: Schulnetzgestaltung
Weiterentwicklung der Typenserie 66
Schulbauten und Projekte in Rostock, Halle-Neustadt, Dresden,
Suhl und Cottbus
Vorschuleinrichtungen
Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmitteln

Im nächsten Heft:

Zur 5. Baukonferenz
Leninplatz Berlin
Umbauung Fernsehturm Berlin
Leichtes und ökonomisches Bauen
Zur Automatisierung des Projektierungsprozesses
Zur Synthese von Architektur und bildender Kunst
„Teepott" in Rostock-Warnemünde
Neues Wohngebiet Rostock Evershagen
Wettbewerb Innenstadt Weimar

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 1. Dezember 1968
Illusdruckteil: 13. Dezember 1968

Titelbild:

Ferdinandshof wird im Bezirk Neubrandenburg, bedingt durch den hier vorhandenen Vorlauf bei der Entwicklung industriemäßiger Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, das erste Beispiel eines unter sozialistischen Verhältnissen gestalteten Siedlungszentrums
Luftbild des vorhandenen Zentrums
Foto: Lothar Willmann, Berlin (Luftbild-Nr. ZLB/158/68)

Fotonachweis:

Herbert Fiebig, Berlin (1); TU Dresden, Hochschulfilm- und -bildstelle (1); Doris Klützow, Rostock (3); Brigitte Nevoigt, Dresden (1); Brennecke, Suhl (2); Anton Wehr, Suhl (2); Photo-Eschenburg, Warnemünde (5); Lothar Willmann, Berlin (2); Zentralbild Berlin (14); W. Gerlich, Neuruppin (7); Horst Scholz, Berlin (5); Walter Bock, Magdeburg (2)
Luftbild Nr. ZLB/158/68

2 deutsche architektur

XVIII. Jahrgang
Berlin
Februar 1969

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervanka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Zbigniew Pininski (Warschau)

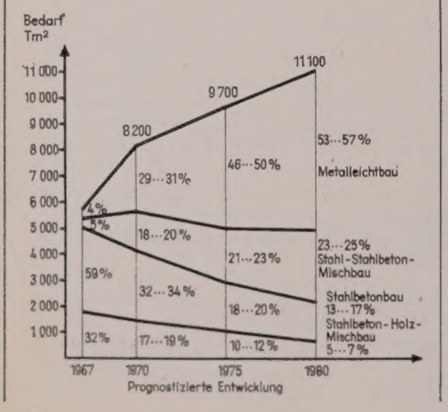
Hohes Tempo und Spitzenleistungen

Im 20. Jahr des Bestehens unserer Republik können die Bauschaffenden eine gute Bilanz ziehen. Sie werden das mit berechtigtem Stolz, aber ohne Selbstzufriedenheit tun. Denn Selbstzufriedenheit paßt nicht in unser Konzept. Deshalb verbinden wir den Rückblick auf unseren erfolgreichen Aufbau mit den Zielen der Zukunft. Das heißt, wir orientieren uns an den neuen Maßstäben, die der VII. Parteitag der SED für unser Schaffen gesetzt hat.

Wir gehen von der Hauptaufgabe der DDR aus, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten. Daraus ergeben sich im Zeitraum des Perspektivplanes von 1971 bis 1975 sehr konkrete Anforderungen an das Bauwesen, die weit über den erreichten Stand hinausgehen: Die Bauleistungen sollen auf das Eineinhalbfache gesteigert werden. Die Industrie, die Landwirtschaft und andere Bereiche der Volkswirtschaft brauchen moderne, komplette Gebäude und Anlagen, die in kürzester Frist funktionsfähig errichtet werden und in ihrer Qualität dem Weltstand entsprechen. Die Realisierung der Strukturpolitik erfordert einen reaktionsschnellen Industriebau. Die Bevölkerung erwartet von uns eine überdurchschnittliche Steigerung des Wohnungsbaus und auch Wohnqualitäten, die eine sozialistische Lebensweise fördern. Der Bedarf an gesellschaftlichen Bauten aller Art wächst enorm. Gleichzeitig sind große Anstrengungen zur Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz notwendig. Schließlich müssen alle Baumaßnahmen dazu dienen, der sozialistischen Menschengemeinschaft eine kulturvolle Umwelt zu schaffen. Es geht also um eine neue Qualität in Städtebau und Architektur.

Wie lösen wir diese Aufgaben? Diese Frage wird im Mittelpunkt der 5. Baukonferenz stehen. Der jetzt veröffentlichte Entschließungsentwurf gibt dafür bereits eine eindeutige Orientierung: Weltspitzenleistungen bei den strukturbestimmenden Erzeugnissen und Verfahren. Das hat eine Reihe strukturpolitischer Konsequenzen. Die Hauptrichtungen der strukturpolitischen Maßnahmen sind der Übergang zum leichten und ökonomischen Bauen und die Schaffung der dazu erforderlichen materiellen Basis. Das Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution im Bauwesen wird jedoch davon abhängen, wie es gelingt, das ökonomische System des Sozialismus zur vollen Wirksamkeit zu bringen. Die vollständige Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Bauwesen ist deshalb der Schlüssel zur Lösung aller anderen Probleme und wird deshalb die Kernfrage der 5. Baukonferenz darstellen. Das ist keinesfalls eine Frage, die nur Ökonomen betrifft. Allein das Problem, solche Systemregelungen zu schaffen, die eine Erhöhung der architektonischen Qualität stimulieren, zeigt, daß diese Frage eng mit der Aufgabe verflochten ist, eine sozialistische, für die DDR charakteristische Architektur zu entwickeln. Die Architekten und Städtebauer sind also aufgerufen, aktiv an der Vorbereitung der 5. Baukonferenz teilzunehmen. Ihre Vorschläge werden erwartet. Denn bei uns ist das Bauen nicht Selbstzweck, sondern politischer Auftrag des Volkes. G. K.

Die untenstehende Graphik stellt die prognostizierte Entwicklung der Hauptkonstruktionen für eingeschossige Gebäude dar. Sie zeigt die strukturellen Veränderungen, die mit dem Übergang zum leichten und ökonomischen Bauen verbunden sind.





Ministerium für Bauwesen im neuen Haus

Am 28. 11. 1968 wurde das neue Gebäude des Ministeriums für Bauwesen der DDR in der Breiten Straße in Berlin bezugsfertig übergeben. Der Gebäudekomplex (oben: Modellaufnahme), der vom Standpunkt der Büroorganisation sehr modern ausgestattet ist, enthält zum Teil auch Bürogroßräume. Er wurde von einem Architektenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Rolf Göpfert entworfen.



Rechts: Staatssekretär Schmiechen (mit dem goldenen Schlüssel) dankt dem Architekten Prof. Göpfert (links daneben) und dem Bauleiter Bahrow für die termingemäße Übergabe des neuen Gebäudes.

Mehr Plaste für das leichte Bauen

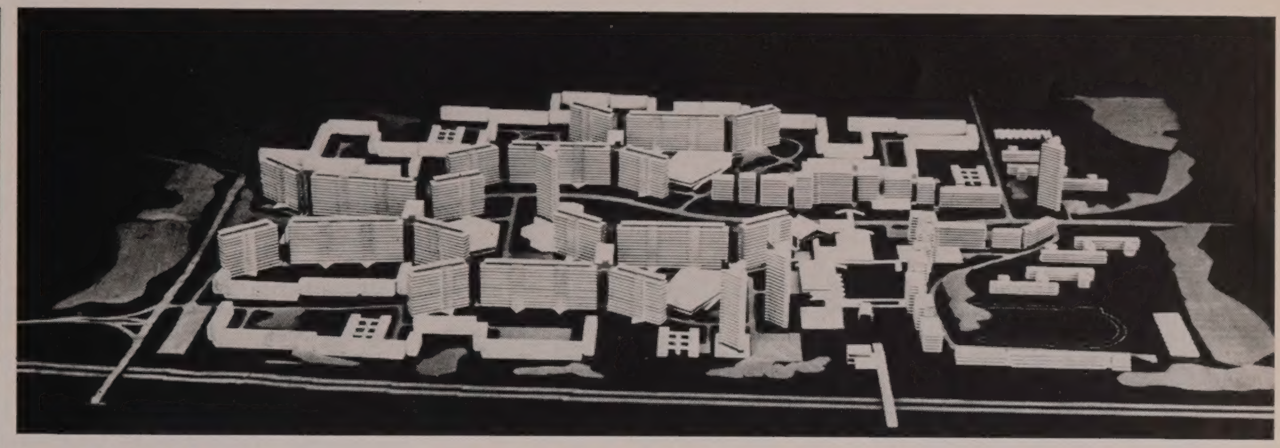
Mit der ständig steigenden Produktion von Plasten – alle fünf Jahre verdoppelt sie sich – wächst auch ihre Bedeutung für die Bauindustrie. Bis 1980 wird sich in der DDR der Anteil der im Bauwesen verwendeten Plaste verdoppeln. Mit diesen Fakten charakterisierte Dr. Heinz Müller, Direktor des Instituts für Baustoffe, Weimar, auf einer Informationstagung der Deutschen Bauakademie im Ostseebad Boltenhagen die Bedeutung der Plaste für die Bauindustrie.
Plaste werden vor allem den Leichtbau forcieren, neue architektonische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und ein effektiveres und wirtschaftlicheres Bauen ermöglichen. Die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes sei eine wesentliche Voraussetzung für einen breiten Plasteinsatz.
Dr.-Ing. Krause von der Deutschen Bauakademie erläuterte die Möglichkeiten der Wärmedämmung durch Plastschäume in Kombinationen mit anderen Baustoffen. Er erklärte, daß bei Wohnungsbauten im Berliner Stadtzentrum bereits derartige Außenwände eingesetzt werden, die eine doppelte Wärmedämmung gegenüber herkömmlichen Wänden besitzen.

Foliengewächshäuser

In den Gemüseanbaugebieten des Bezirkes Frankfurt (Oder) – Hauptlieferant für die Hauptstadt Berlin – wird bis 1970 eine 20 ha große Foliengewächshausfläche entstehen. Das ist ein Zehntel der Folienfläche, die bis zu diesem Zeitpunkt in der DDR vor allem für die Treibgemüseproduktion geschaffen werden soll. Seit dem vergangenen Jahr hat sich die Anbaufläche unter Foliendächern im Bezirk Frankfurt (Oder) mehr als verdoppelt.
Die gärtnerische Produktionsgenossenschaft „Flora" in Schöneiche hat dazu verschiedene Gewächshaustypen entwickelt und erprobt. Mehrere Häuser sind 300 m lang, wodurch eine mechanisierte Bearbeitung möglich ist. Der Foliengewächshauskomplex wurde so angelegt, daß vorhandene Heizkapazitäten und Beregnungsleitungen genutzt werden können. Auf die Serienproduktion von Folienhäusern für den Bezirk Frankfurt wird sich der Kreisbetrieb für Landtechnik in Joachimsthal spezialisieren.

Mit Fertigteilen wurde dieses Kaufhaus in Bollnäs (Schweden) errichtet.
Entwurf: Architekt Kornel Pajor





Neues Projekt für Evershagen

Für den Rostocker Stadtteil Evershagen wurde ein neues städtebauliches Projekt ausgearbeitet.

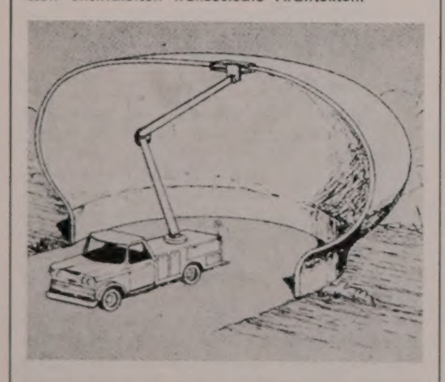
Entwurf: Dipl.-Ing. Peter Baumbach, Dipl.-Ing. Klaus Ebert und Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski



Die 1894 von Lipsius erbaute und 1945 zerstörte Dresdner „Sächsische Kunstakademie" erhielt eine neue Glaskuppel. Die leichte Metallkonstruktion der „Zitronenpresse" erhielt eine witterungsbeständige Außenhaut aus Drahtglas des VEB Guß- und Farbenglaswerke Pirna-Copitz und Zinkblechabdeckungen. I. K.



Dieses leichte aufblasbare Ferienhaus aus Kunststoff entwickelten französische Architekten.



Amerikanische Ingenieure arbeiten an einem neuen Bauverfahren. Ein auf einem Fahrzeug montiertes programmgesteuertes Spritz- und Schalungsgerät fertigt beliebig geformte Außenwandkonstruktionen aus geschäumtem Kunststoff. Von dem Verfahren werden erhebliche Einsparungen an Kosten und Bauzeit erwartet.

Mehrzweckgewächshäuser entwickelt

Im VEB Hostaglas Dreden ist ein neues Mehrzweckgewächshaus entwickelt worden. Als wichtigste Neuerung dabei kann die Dachflächenbelüftung angesehen werden. Die gesamte Dachfläche, die je nach Größe 50 bis 100 m lang ist, kann mit Hilfe eines elektromotorischen Antriebes geöffnet werden. Damit wird der Luftwechsel im Gewächshaus günstiger beeinflußt. Neu ist auch, daß die Luft- und Rohrheizung in einem System kombiniert ist.

In verschiedenen Größen bis zu 1,8 ha überdachter Grundfläche wird das Mehrzweckgewächshaus angeboten. Jederzeit ist eine Erweiterung möglich. Das Mehrzweckgewächshaus vom Typ MZG/69 ist in Stahlleichtbauweise so konstruiert, daß die Flächen maschinell bearbeitet werden können.

Lärmbekämpfung in der Stadt

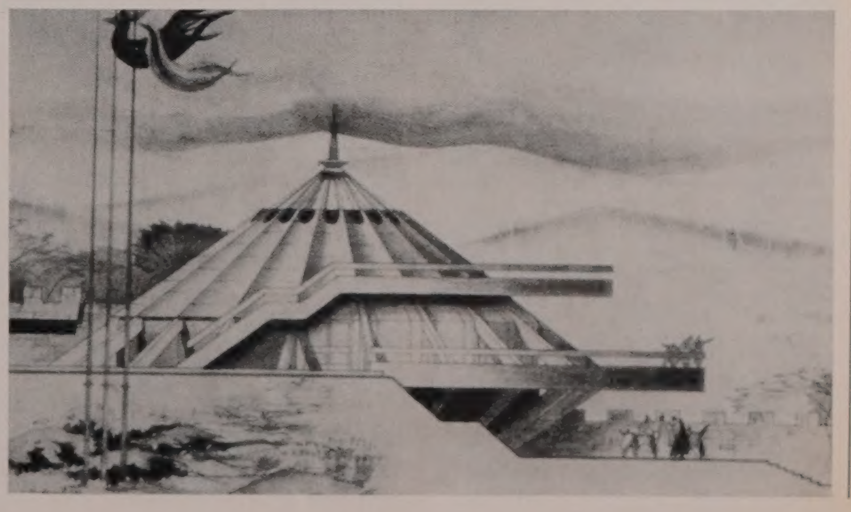
Sowjetische Wissenschaftler arbeiten intensiv an der Bekämpfung des Stadtlärms. Der Lärmpegel ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Als höchste zulässige Lärmstärke in der Stadt werden Lärmpegel von 40 bis 50 db angesehen, wobei die tatsächlichen Werte in den Städten beträchtlich höher liegen. Hauptlärmquellen sind der Güterkraftverkehr, Schienenverkehrsmittel, der Luftverkehr und örtlich begrenzt der Industrielärm. Zur Bekämpfung werden zwei Wege vorgeschlagen: Bekämpfung der Lärmquellen und städtebaulich-architektonische Maßnahmen. Sowjetische Wissenschaftler fordern dazu einen Bruch mit traditionellen Vorstellungen vom Städtebau. Sie kritisieren z. B. die frontale Bebauung von Verkehrsstraßen und fordern eine konsequente Trennung oder Abschirmung der Wohnungsbauten von Verkehrsstraßen durch andere Bauten, Gehölzpflanzungen, Wälle usw. oder eine Absenkung der Straßen in Einschnitte oder Tunnels sowie eine höhere Schallschutzqualität der Wohnbauten.



Protest junger Architekten

Als Protestaktion gegen die vom Senat veranstalteten „Bauwochen" führten junge Westberliner Architekten eine eigene, kritische Ausstellung durch. Mit dieser Grafik wandten sie sich gegen die unsoziale Baupolitik des Senats und die zunehmende Korruption und Spekulation.

Wettbewerbsprojekt für ein Restaurant in dem bulgarischen Kurort „Slantchew Breg"
Entwurf: Architekt Stephan Stephanow



Gedanken zur 5. Baukonferenz

Künftige Automatisierung der Projektierungsprozesse macht Rationalisierung nicht überflüssig, sondern notwendig. In einem der nächsten Hefte berichten wir über die Vorbereitung der automatisierten Projektierung. red.

Vorschläge zur Organisation und Rationalisierung der Bauprojektierung

Dipl.-Ing. Franz John

Daß sich die mechanischen Projektierungsverfahren noch nicht in dem Maße durchsetzen, wie sich das eigentlich denken läßt, liegt zweifellos an der heutigen Organisation der Bauprojektierung, bei der der Projektverantwortliche – gleich, ob er ein kleines, mittleres oder großes Projekt bearbeitet – eine Gruppe von Mitarbeitern hat, die eine „autarke Unternehmung" darstellt. Die Ingenieure, Teilkonstrukteure, Zeichnerinnen und Lehrlinge solcher Gruppen sind durchaus in der Lage, auch ohne mechanische Projektierungsverfahren ein Projekt zu verfassen. Mit der Größe der Aufgaben und ihrer zunehmenden Kompliziertheit wird es natürlich diesen „Gruppen" immer schwieriger, das Projekt (möglichst kurzfristig, aber vollkommen) zu liefern. Diese „Gruppen" müssen in Zukunft grundsätzlich anders aufgebaut werden, sie entsprechen in ihrer heutigen Struktur nicht mehr den Anforderungen.

Hier muß einsetzen, was sich in der Industrie längst vollzogen hat. Vereinfacht gesehen wird in den Industriebetrieben das Projekt in eine Vielzahl von Teilen aufgegliedert. Jedes Teilchen wird von einem darauf spezialisierten Arbeiter so vollkommen wie irgend möglich hergestellt. Erst nach der Endmontage können wir das Produkt bewundern. Jeder einzelne der daran Beteiligten ist bereits nicht mehr in der Lage, dieses Erzeugnis vom Anfang bis zum Ende selbst herzustellen. Selbst wenn der Zustand denkbar wäre, daß ein einzelner oder eine kleine Gruppe den Arbeitsprozeß bewältigen könnten, wäre der enorme Ausstoß eines modernen Betriebes nicht gewährleistet.

Und hier liegt unser Kernproblem.

Die Projektierung muß auf neue Weise untergliedert werden. Aus den „Projektgruppen" muß zunächst die Zeichenarbeit herausgenommen werden.

Zeichenarbeit

Zeichnerinnen und Zeichner sind nicht in genügender Anzahl vorhanden. Sie werden als „Mädchen für alles" eingesetzt und mit einer Fülle von ganz verschiedenartigen Arbeiten regelrecht durcheinandergebracht, worüber sich viele von ihnen selbst nicht im klaren sind. Eine Spezialisierung ist nicht möglich und eine Einführung des Leistungslohnes undenkbar. Die Zeichner können sich innerhalb des Betriebes untereinander kaum vergleichen und austauschen, da sie über die Zimmerfluchten verstreut sind. Echte Vergleichsmaßstäbe fehlen, und die Entlohnung hängt weniger von der Leistung als von der Initiative des Gruppenleiters ab.

Die Arbeitsproduktivität der Zeichnerinnen läßt sich aber um mindestens 100 Prozent steigern. Wie könnte das geschehen?

Die Zeichnerinnen der einzelnen Bereiche werden in zusammenhängenden Raumkomplexen untergebracht und nach einem genau festzulegenden Plan spezialisiert.

Für den Architekturbereich etwa so:

Lagepläne, Ausschachtpläne, Fundamentpläne

Grundrisse, Schnitte

Ansichten, Abwicklungen und so weiter Detailkomplexe

In den Zeichenräumen würden 10 bis 20 Themenkreise bestehen, also eine Reihe begrenzter Gebiete, auf denen eine Zeichnerin bald sattelfest würde und weitaus selbständiger arbeiten könnte als jetzt, was von Absolventen der 10-Klassen-Schule ohne weiteres zu erwarten ist. Die Arbeit im Zeichensaal ließe sich bis ins letzte durchorganisieren und kann nach Musterblättern erfolgen, die Vollständigkeit, Exaktheit und Einheitlichkeit aller Zeichenunterlagen garantieren.

Sämtliche mechanischen Hilfsmittel, wie zum Beispiel Fotomodellprojektierung, Klebeverfahren, automatische Zeichenmaschinen, Stempelsysteme, ließen sich maximal einsetzen und ausnutzen.

Der Zeichensaal ist gekoppelt mit der Lehrlingsabteilung, die nach dem vorgeschlagenen System in der Zeit der obligatorischen Betriebsarbeit voll für die Produktion arbeitet.

Wiederverwendungsfähige Details

Wir gehen davon aus, daß die moderne Projektierung auf einer Vielzahl von soliden Wissenspfeilern fußen muß.

Die Anzahl der von der Industrie angebotenen Baustoffe und Erzeugnisse für die Bauindustrie nimmt ständig zu. Zu nimmt auch die Anzahl der Anwendungsgebiete und damit die Anzahl der damit verbundenen Vorschriften aller Art. Es ist kaum noch möglich, daß ein einzelner oder eine kleine Gruppe diese weiten Bereiche beherrschen. In unserem Betrieb sind bereits Spezialisten vorhanden, doch ihre Anzahl erweist sich noch als zu gering.

Deshalb werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Schaffung eines totalen Überblicks über alle Detailbereiche

Zusammenfassung artverwandter Detailkomplexe

Ingenieure werden für je einen Detailkomplex verantwortlich gemacht, sie werden zu bautechnischen Spezialisten entwickelt.

Dieser Spezialistentyp muß als Kontaktmann zur Industrie angesehen werden, und seine Arbeit dient dazu, die Projektierungsarbeit, Organisations- und Sucharbeit zu reduzieren und ein Höchstmaß an Sicherheit in die Verbindungslinie „Lieferbetrieb – Projektierung – Ausführungsbetrieb" zu bringen.

Sie verfügen über

TGL, Standards ihres Teilbereiches,

Sammlung beispielhafter Ausführungen, verwertbar zu möglichst sofortiger Übernahme ins Projekt,

enge Verbindung zu den Lieferbetrieben und besitzen deren Werkstandards in vollem Umfang,

sämtliche Preislisten, gültig für die Kalkulation, einschließlich Aufschlüsselung der Materialmassen,

Übersicht über sämtliche stets zur Verfügung stehenden Materialien,

Übersicht über sämtliche Materialien, die zur Zeit als Engpaß gelten,

Verbindungen zu den ausführenden Betrieben, wenn der Lieferbetrieb den Einbau nicht gleichzeitig mitbesorgt,

Verbindungen zu Instituten – wenn nötig, Verbindungen zum Patentamt – wenn nötig,

Prognosen des Teilbereiches.

Der Spezialist erhält von jeder Neuerung auf seinem Gebiet eine Pause oder Fotokopie. Ist sie für den Massengebrauch tauglich, kommt sie in die Sammlung beispielhafter Ausführungen, Extremfälle werden extra geführt.

Kommt im Laufe der Projektbearbeitung der Projektant zum Spezialisten und trägt diesem seine Wünsche vor, so muß das Endergebnis so aussehen, daß der Projektant vom jeweiligen Spezialisten ein Original (z. B. einen Film) erhält, das bereits so weit vorgearbeitet ist, daß nach Angaben von Stückzahlen und einigen Maßen ein projektreifes Original entsteht, das hundertprozentig dem neuesten Stand entspricht.

Eine solche Sammlung erarbeiteter Detailunterlagen ist aufzubauen und dem Technischen Kabinett beizuordnen. Denn die Materialproben und Prospekte des Technischen Kabinetts brauchen als logische Ergänzung dieses Zwischenglied. Der Idealzustand wäre, wenn die Fachbibliothek, die Standardisierung, das Technische Kabinett, die Räumlichkeiten für die Details, die Plankammer und das Archiv mit den G-Exemplaren eine Einheit bilden würden. Hinzu käme noch, daß alle diese der Information dienenden Stellen (ausgenommen Plankammer und Archiv) nach einem durchgehenden Ordnungsprinzip organisiert werden. Die Grundgliederung sind die zu ermittelnden Detailkomplexe,

zum Beispiel Detailkomplex Fenster

1. untergliedert in
   - Normalfenster
   - Fensterbänder
   - Kittlose Verglasung
   - Kellerfenster
   - Dachfenster
   - Schaufenster . . .
2. untergliedert in Materialien:
   - Holz
   - Stahl
   - Kunststoff
   - Leichtmetall
   - Verbundkonstruktion . . .

Übergangslösung

Die Spezialisten könnten auf folgendem Wege gewonnen werden: In den einzelnen Abteilungen werden geeignete Kollegen gefragt, ob sie gewillt sind, einen solchen Auftrag zu übernehmen. Bei Zusage wird mit ihnen eine Neuerervereinbarung über eine bestimmte Stundenzahl abgeschlossen. In dieser Arbeitszeit wird der für den Teilbereich notwendige Wissensspeicher aufgebaut.

Bei dieser Arbeit müssen sie vom Technischen Kabinett und von der Standardisierung unterstützt werden. Aus den Projekten der letzten drei Jahre könnten in der Plankammer die Details aussortiert und zum Pausen gebracht werden. Entsprechend dem vorgeschlagenen Ordnungssystem könnte man sie nun zur allgemeinen Nutzung bereitstellen. Im Rahmen der vorgeschlagenen Neuerervereinbarung

müssen die Spezialisten diese speziellen Details zu Prototypen entwickeln, die das für den Übergang vorgeschlagene Provisorium ablösen.

Die Spezialisten zeichnen für die von ihnen erarbeiteten Unterlagen verantwortlich und rechnen Arbeitsaufwand über die jeweilige Kostenträgernummer ab.

Die Schnellprojekte

Zur Erläuterung: Unter Schnellprojekten werden solche Projekte verstanden, die ganz kurzfristig geliefert werden können, also einen sehr geringen Arbeitsaufwand erfordern, zum Beispiel ein Bürogebäude: Eine geeignete Bauweise ist die 2-Mp-Stahlbetonskelett-Montagebauweise. Sie ist vorhanden. Weiter vorhanden sein müßte jetzt ein durchgearbeitetes Projekt, vielleicht 50 m lang, mit einer wirtschaftlichen Geschoßanzahl (etwa 10 Geschosse). Hiermit sind ganz genau festgelegt Längsraster,

Querraster und Höhenraster,

Mittelgang,

Festpunkte, wie Treppenhaus und Fahrstühle, Toilettengruppe,

sämtliche Details und Listen, Musterkostenplan,

Heizungssystem mit Ausweichmöglichkeiten, Sanitärprojekt mit allen Positionen,

Elektroprojekt.

Geht ein Auftrag ein, so muß dieses schon vorgearbeitete Projekt nur noch den speziellen Gegebenheiten angepaßt werden. Das dürfte eine wesentliche Einsparung an Zeit und Projektgebühren ergeben. Projekte, die sich für solche Serienfertigung eignen, müssen listenmäßig erfaßt sein, so daß der jeweilige Projektant gleich mit der Auftragserteilung eine vollständige Projektmappe des neuesten Standes übernimmt.

Es ist bekannt, daß ein Projektierungsbüro existiert, das mit einem einzigen solchen System arbeitet und dabei bei kürzesten Lieferfristen eine Fülle von Projekten verkauft. Die Massenfabrikation bringt natürlich einen entsprechenden Gewinn. So weit brauchen wir nicht zu gehen, aber der Gedankenkern ist beachtlich und sollte weitestgehend übernommen werden. Ein Ansatz in dieser Richtung ist das Gewerbestättengebiet Storkower Straße, obwohl es in vielen Punkten nicht den von uns gewünschten Vorstellungen entspricht. Das trifft vor allem für die Gesamtanlage zu. Doch dieser Mangel läßt sich schon dadurch beheben, daß solchen großen Projektkomplexen innerbetriebliche Ideenwettbewerbe über den Massenaufbau und den Hauptfunktionsfluß vorangehen, um Anlagen dieser Größenordnung zu einem attraktiven Ganzen zusammenzufügen. Die äußerlichen Mängel in der Storkower Straße lassen sich ohne weiteres beheben. Es besteht kein Grund, darüber den positiven Kern zu vergessen. Positiv aber bleibt, daß sich in einem Kollektiv mehrere Bauten gleichzeitig bearbeiten lassen, daß viele grundsätzliche Konstruktionen und viele Details x-mal wiederverwendet werden können. Das trifft auch für den Ausbau zu.

Um zu konkreten Ergebnissen zu kommen, wären folgende Maßnahmen zu treffen:

Festlegungen für das gesamte Haus

Verkehrsfestpunkte – mit Aufzügen und Treppen

Festpunkte für Wasch- und WC-Anlagen

Trennwandsystem (möglichst flexibel)

Ein System einwandfreier Einbauschränke

System von abgehängten Decken – mit und ohne Schallschutz – mit Einbauleuchten und Vorrichtungen zur leichten Befestigung aller Installationen, an jeder Stelle zugänglich

Fußbodenkatalog

Fassadensysteme

Schließanlage – Zusammenstellung der Firmen und Schaffung betrieblicher Musterblätter

Fensterputzanlage (die bei uns vorhandenen Möglichkeiten zusammenstellen)

Schaffung einer Anzahl von Funktionsgrundrissen sowie Möblierungs- und Einrichtungsschemata

Sichtung der ausgeführten Projekte, die von unserem Betrieb erarbeitet wurden und Ausgangspunkte bilden sollten

Um eine Analyse zu erleichtern, wird das „Bürogebäude an sich" in drei Teile gegliedert

Kellerbereich

Heizungsübergabezentrale, Lüftungszentrale, Sanitäranschlußraum, Elektroanschlußraum (bei großen Objekten Bewag-Übergabestation und Trafostation), Möbellager, Aktenlager, Einbau von Garagen

Erdgeschoß

Empfangsraum (eventuell Ausstellungsräume), komplette Telefonzentrale, Laden mit Kantine, Besucherraum

Bürogeschoß

Normale Büroräume, Räume für höhere Ansprüche, Sitzungsräume, Großräume

Die Unterlagen der ausgeführten Gebäude müssen nach dem hier vorgeschlagenen Schema aufgegliedert und Punkt für Punkt auf ihre Wiederverwendungsfähigkeit geprüft werden. Die günstigsten und entwicklungsfähigsten Lösungen werden aussortiert und dienen als Grundlage für ein universelles Angebotsprojekt.

Nur wenn alle Einzelheiten klar sind, sich in einem projektreifen Zustand befinden, wird es möglich, zu bedeutend kürzeren Projektierungszeiten zu kommen. Die Vervollkommnung der Ausführung wird dabei zweifelsohne steigen. Die Idee des Architekten braucht darunter keinesfalls zu leiden. Im Gegenteil: Sie ließe sich vermutlich so besser realisieren.

Um die hier nur kurz dargelegten Maßnahmen besser zu veranschaulichen, werden nachstehende Punkte ausführlicher erläutert.

Festpunkt für Wasch- und WC-Anlagen

Sonderbarerweise werden für jedes Gebäude einer oder mehrere dieser Festpunkte entwickelt. Hier ist es angebracht, daß man zu generellen Vorstellungen kommt. Im Betrieb muß es einige Schemata geben, nach denen ein solcher Festpunkt aufgebaut wird. Der jeweilige Projektant hat dafür nur zwei Zeichnungen zu benutzen (ein Detailblatt und ein Anordnungsschema). Das Detailblatt ist in zwei Qualitätsstufen vorhanden (billige und anspruchsvollere Ausführung). Aus den Anordnungsschemata wird das jeweils brauchbarste ausgewählt und die Anzahl der WC, P-Becken, Waschtische, Ausgußbecken und so weiter mit Zahlen eingetragen. Diese Standardblätter besitzen auch die Kostenplanung und der Sanitäringenieur, so daß der Arbeitsaufwand hierfür verringert wird.

Trennwände und Einbauschränke

Die einzelnen Details, wie sie in den letzten Jahren gefertigt wurden, haben neue Zusammenhänge heraufbeschworen. Sie erweiterten sich zu Programmen und Detailsystemen. Während das Detail vom Handwerker individuell zu fertigen ist, eignet sich das Detailsystem zur serienmäßigen Fertigung in Spezialbetrieben.

Wir nehmen zur Erläuterung den einzelnen Einbauschrank als individuelles Produkt und das Einbauschranksystem der Stahlbetonskelett-Montagebauweise 2 Mp (wobei zu beachten ist, daß dieses Einbauschranksystem in den Kinderschuhen steckt und es bedeutend bessere Schranksysteme gibt). Sie können mit Trennwandsystemen gekoppelt werden, so daß sich mit ihnen alle Innenwände eines Bürobaus, die keine tragenden Konstruktionsglieder sind, ausführen lassen. Es ergeben sich dann vier grundsätzliche Innenwandelemente:

Das Vollwandelement

Das Schrankelement (mit einigen Varianten wie z. B. Aktenschrank, Installationsschrank, Garderobenschrank)

Das Fensterelement (über der Brüstung verglast)

Das Türelement

Man erhält damit die Möglichkeit, den gesamten Bauablauf zu gestalten. Beim vielgeschossigen Bürobau wäre damit erreichbar, daß nach der Montage des Stahlbetonskeletts und der vorgehängten Außenwände die Installation eingebracht werden kann. Dann erfolgt (ausgenommen die Verkehrs- und Sanitärfestpunkte) die Verlegung des Fußbodens und der untergehängten Decken über die gesamte Geschoßfläche. Als letztes werden die hier vorgeschlagenen Innenwände einmontiert. Von dieser Grobkonzeption aus ergibt es sich zwangsläufig, daß der gesamte Innenausbau zügiger vonstatten geht und der bisherige Zustand, Fertigteilmontage für den Rohbau – Handwerkelei im Ausbau, überwunden wird. Auch für die Installation ergeben sich dadurch bessere Möglichkeiten. Daß sich außerdem die mechanischen Projektierungsverfahren (Fotomodellprojektierung usw.) umfassender nutzen lassen, ist ganz eindeutig.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß sich mit diesen Schnellprojekten – wenn die notwendigen Vorarbeiten einmal durchgeführt sind – der Projektierungsaufwand für ein Bürogebäude um 30 bis 50 Prozent senken läßt.

Was ist denn das?





Nun raten Sie mal, was das ist?
Ein umgebautes Wirtschaftsgebäude? Ein kleines Heizhaus? Falsch getippt!
Dieses – um andere Worte zu vermeiden – eigenartige Gebäude ist kein Umbau. Es wurde von Architekten als **neues** Kulturhaus projektiert.
Zugegeben die Fotos, die uns ein Leser einsandte, sind schlecht.
Wir möchten auch nicht den Nutzern, die hier eine gute kulturelle Tätigkeit entwickeln, den Spaß verderben.
Wir sind nur der Meinung, die Werktätigen, die hierfür die Mittel aufgebracht haben, hätten von den Architekten etwas Besseres erwarten können.
Was sagen die Architekten dazu?

Betr. Sechseckwelle – Rubrik Notizen, Heft 10/68

In Ihrer letzten Ausgabe polemisieren Sie kommentarlos unter der Rubrik Notizen gegen die 'neue Sechseckwelle'.
Zum Fall Erfurt möchte ich bescheiden darauf hinweisen, daß man beim genauen Zählen auf eine stattliche Acht kommt.
Und überhaupt – wo bleibt die Viereckkritik.
Was der Sechs recht ist, darf der Vier doch billig sein!
Hat Karl-Marx-Stadt ein Privileg auf den 60-Grad-Winkel, der genauso wie der rechte überall da seine Anwendung finden dürfte, wo er funktionell und gestalterisch vertretbar ist.
Nur darf er keine Modekrankheit werden – und darin gebe ich Ihnen Recht.
Zu oft wurde etwas totgeritten, was endlich "erlaubt" war.

Hilmar Ziegenrücker

Vielen Dank, Kollege Ziegenrücker, für den kritischen Hinweis. Wir haben noch einmal nachgezählt: Das Erfurter Projekt hat tatsächlich acht Ecken. Ob es auch bald Nachfolger bekommt? red.

Gibt es effektivere Möglichkeiten des Bauens?

Im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklung wird uns ein Bauprogramm gestellt, das mit den herkömmlichen Methoden, Bauwerke zu schaffen, wohl kaum zu realisieren ist.

Wir müssen uns ständig neu die Frage stellen, ob die Forschung nach möglichen Wegen einer effektiven Produktionssteigerung umfassend genug ist.

Bisher ist die Forschung dabei im wesentlichen auf eine Baustoffgewinnung und -verarbeitung gerichtet, die für alle Phasen ihrer Wandlung vom Baustoff zum Bauelement und zum Bauwerk einen erheblichen gesellschaftlichen Aufwand benötigt, der in einer großen Zahl spezifischer und einseitiger Produktionsstätten gebunden wird.

Man beachtet meines Erachtens bisher nicht ausreichend die Möglichkeiten, in unserer Umwelt vorhandene Systeme, die selbsttätig eine Stoffvermehrung betreiben, zu nutzen und so zu steuern, daß die Ergebnisse dieser Systeme nutzbar sind.

Man muß die Daseinsweise der Materie – die Bewegung – nicht unterbrechen und stören, sondern fördern, steuern und regeln. Das heißt, die Bauforschung darf es nicht versäumen, Systeme zu erforschen, die in ihrer Struktur, Bewegung und Entwicklung eine beeinflußbare Stoffvermehrung eigentätig betreiben und für die bereits einige Grundlagen vorhanden sind.

Es soll hier keine Lösung aufgezeigt werden, sondern nur ein Schritt zum Erkennen der Problematik, zum Erkennen der Aufgaben und Möglichkeiten kurz skizziert werden. Allgemein bekannt sind uns Zellensysteme, die sich auf Grund des Zellteilungsprozesses vermehren. Für die Steuerung dieses Prozesses gibt es bereits einige Grundlagen, zum Beispiel

- Unterbrechung und Fortführung des Wachstums (Gewebeverpflanzung)
- Beeinflussung der Wachstumszeit, sowohl als Beschleunigung wie auch als Verzögerung
- Beeinflussung der Wachstumsrichtung

Auf der Grundlage dieser Kenntnisse und ihrer Weiterentwicklung ist die gesteuerte Selbstentwicklung folgender Möglichkeiten vorstellbar:

1. Reines Flächenwachstum – Wachstumsunterbrechung – Zusammenfügen zu raumkonstanten Gebäuden

2. Das Zellensystem wird so gesteuert, daß eine Raumzelle entsteht, bei der sich eine oder mehrere Abmessungen vergrößern.

Wird eine Unterteilung notwendig, so kann diese auch

a) raumbeständig erfolgen und muß in bestimmten Zeitabständen ergänzt werden.

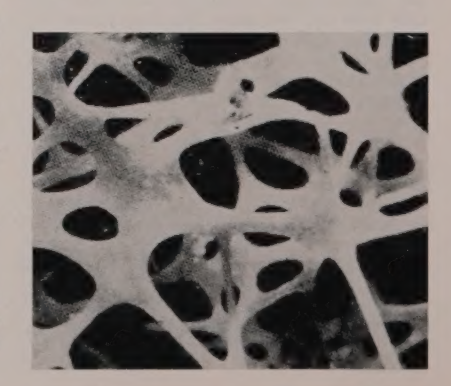
b) Die Raumteilung kann elastisch erfolgen. Bei Erreichen der Elastizitätsgrenze werden die Teilungselemente vergrößert.

c) Die Raumteilungselemente sind immanenter Bestandteil des sich selbsttätig vermehrenden Systems und vergrößern sich mit den äußeren Begrenzungselementen.

Es soll hier auch nicht der Versuch gemacht werden, alle Möglichkeiten zu ergründen. Es wird natürlich ein relativ langer Zeitraum vergehen, bis anwendbare Ergebnisse vorliegen, wenn sie überhaupt möglich sind. Überprüft sollten derartige Möglichkeiten jedoch immer werden.

Die vorhandenen Naturgegenstände und -kräfte so in zweckbestimmter Weise zu nutzen, würde zweifellos eine neue Entwicklungsstufe der Produktivkräfte bedeuten und dem Modell des Erkenntnisprozesses im marxistischen Materialismus entsprechen.

Architekt Helmut Küßner



Selbstkritik

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
So hab ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;
Zum zweiten denken sich die Leut,
Der Mann ist lauter Redlichkeit;
Auch schnapp ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;
Und viertens hoff ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es dann zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.

Wilhelm Busch

(Nicht nur dieses von Wilhelm Busch erwähnten Effektes wegen werden diese Spalten künftig auch der Selbstkritik offenstehen. red.)

Zu Fragen der Funktion und Struktur unserer Stadtzentren

Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Den Problemen der Entwicklung unserer Stadtzentren kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn die grundsätzlichen Fragen des Städtebaues und der Architektur bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR weitere Klärung erfahren sollen ...

Dynamik und Ungleichmäßigkeit kennzeichnen die Umgestaltung unserer Stadtzentren.

Die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung fordert, die Entwicklung der Zentren ebenfalls dynamisch und prozeßhaft aufzufassen, und schließt aus, städtebaulich-räumliche Konzeptionen, die zwar den gegenwärtig erkennbaren Anforderungen gerecht zu werden versprechen, als unverrückbar und von ewiger Dauer anzusehen. Der Aufbau beziehungsweise die Umgestaltung der Stadtzentren erfolgt ungleichmäßig, das heißt unterschiedlich nach Umfang und Zeit. Diese Ungleichmäßigkeit, die sich zwangsläufig aus der volkswirtschaftlichen, auf Schwerpunkte orientierten Strukturpolitik ergibt, hat grundlegenden Einfluß auf die Art der städtebaulichen und architektonischen Lösungen im Zentrum. Allgemein gilt, daß bedeutende volkswirtschaftliche Erweiterungen in der Stadt zugleich die Umgestaltung des Zentrums auslösen. Ob die Veränderungen im Zentrum mehr oder weniger tiefgreifend sind, hängt nicht so sehr von der Stadtgröße oder vom Zustand der Substanz ab, sondern vom Umfang und der zeitlichen Konzentration bedeutender volkswirtschaftlicher Investitionen in der Stadt, also von der Dynamik der Stadtentwicklung.

Daraus folgt, daß auch die Zentren einiger Klein- und Mittelstädte bereits bis 1980 tiefgreifende Veränderungen in Funktion und Struktur erfahren, wofür als Beispiele die Städte Jena, Greifswald und Borna gelten können. Dabei besteht zwischen der aus der übergeordneten volkswirtschaftlichen Strukturpolitik abgeleiteten Standortverteilung der Produktivkräfte und den Stadtzentren eine bestimmte Wechselwirkung, weil die Zentren einen wesentlichen Teil der Infrastruktur bilden, deren effektive Nutzung als unmittelbare Produktionsvoraussetzung eine wesentliche Wachstumspotenz darstellt.

Wie soll die räumliche Struktur der Dynamik gerecht werden? Die Vorstellungen über die räumliche Struktur des Zentrums laufen zumeist auf ein bestimmtes Schema hinaus:

Das Stadtzentrum wird umschlossen von einer Ringstraße oder einem Tangentenvieleck hoher Kapazität. Angelagert wird ein Gürtel von Parkplätzen, der den motorisierten individuellen Verkehr wie durch ein Filter trennt. Im Kern soll der Fußgängerbezirk entstehen. Große Einkaufszentren in den USA sind so konzipiert. Wenn das Modell dort funktioniert, dann nur, weil dieses „Oberflächenmodell" dort durch unterirdische Verteilerstraßen ergänzt wird.

Das Modell mit den Ringstraßen, Parkierungsfiltern und der Fußgängerstadt ist starr. Es erinnert an die mauerumschlossene mittelalterliche Stadt. Wie soll künftigen Erweiterungen und Veränderungen Rechnung getragen werden? In vielen Fällen können intensivere Nutzung durch bauliche Konzentration, Funktionsmischung und vertikale Funktionsüberlagerung bis zu einer bestimmten Größe steigende Anforderungen abfangen. Das erfordert, Reserven vorzusehen und wird nach deren Erschöpfung kostspielige Eingriffe erzwingen. Wenngleich bauliche Konzentration und gesellschaftlich wirksame Zuordnung und Einrichtungen wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung des Reichtums sozialistischer Lebensbeziehungen darstellen, so sind doch der Verdichtung Grenzen gesetzt. Und wie soll sich ein Zentrum den mehrfachen Anforderungen aus dem starken Anwachsen der Bevölkerung in einigen Ballungsgebieten und Schwerpunktstädten anpassen, wenn eine wesentliche Entlastung durch Nebenzentren gesamtstrukturell nicht zweckmäßig ist? Wir werden uns auf ständig sich verschiebende Grenzen des Stadtzentrums einstellen müssen. Und es kann zweckmäßig sein, für eine aus größeren Verkehrsstraßen – die jedoch keine Barrieren bilden dürfen – aufgebaute Makrostruktur zu sorgen. Die so entstehenden Zonen mit eigenem Verteilungsnetz und Fußgängerbereichen bilden ein System, das in seinen Teilen auf Veränderungen schneller reagiert, neue Abschnitte anlagert und damit auch territorialen Entwicklungseinrichtungen der Stadt zu folgen vermag.

Natürlich brauchen wir Leitvorstellungen für die räumliche Organisation der Stadtzentren, die den sich entwickelnden neuen sozialen Inhalten und den wachsenden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden können.

Wir meinen, daß es auf einen hohen Grad der Verallgemeinerung ankommt, daß es sich hierbei um sehr abstrakte und allgemeine Überlegungen handeln muß, in denen gestalterische und topographische Details noch gar nichts zu suchen haben. In unserer Städtebaupraxis sehen wir aber immer wieder, wie liebevoll Pläne gezeichnet und Modelle gebaut werden, die den Eindruck erwecken, als könne jemals eine solche Stadt oder ein Stadtzentrum so und nicht anders gebaut werden. Haben wir es hier nicht mit bedenklichen Auffassungen über die Lösung einer so komplizierten und komplexen gesellschaftspolitischen Aufgabe zu tun, die sowohl ideologischer als auch planmethodischer Art sind?

„Neue Stadt" – „Zentrum nach Maß" – „Endgültige Gestaltung", „Stadt aus der Retorte" sind einige aufgegriffene Formeln, die das Fehlerhafte eines Wunschdenkens in Perfektionismus und Endzuständen erkennen lassen.

Bei aller Wirksamkeit, die durch handwerklich perfekte, in großen Maßstäben ausgearbeitete Städtebaumodelle erzielt werden kann, sollte nicht übersehen werden, daß diese Modelle vielfach eine wissenschaftlich-analytische Durchdringung der Planungsarbeit vorspiegeln, die jedoch noch gar nicht geleistet worden ist. Auch in diesem Zusammenhang erhalten die von Partei und Regierung beschlossenen Grundsätze zur Umgestaltung der Stadtzentren mit ihren Anforderungen nach der städtebaulichen Grundlagenarbeit besondere Bedeutung, wonach Prognose, klare politische Begründung, Wirtschaftsprofil, Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan der Stadt sowie für bestimmte Zeitabschnitte bereitstehende finanzielle und materielle Fonds entscheidende Voraussetzungen sind. Städtebaumodelle für langfristige Konzeptionen sollten deshalb bewußt als Arbeitsmodell ausgeführt werden. Sie sollten der Verständigung dienen, aber keine langzeitig bindende Bestätigung erhalten.

Wir befinden uns mitten im Prozeß, Struktur und Gestalt der Stadtzentren planmäßig für die wachsenden Ansprüche umzugestalten, die mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus an sie gestellt werden. Wenn wir lange Zeit und Ziel der neuen städtebaulichen Struktur Großzügigkeit, Weiträumigkeit, Klarheit, Ablesbarkeit und schließlich ohne umfassende Definition Funktionstüchtigkeit nannten, so will uns das heute nicht mehr befriedigen. Schon zeichnen sich neue Bedingungen für städtebauliche Strukturen als Folge der fortschreitenden Arbeitsteilung, Konzentration und Spezialisierung ab. Als Beispiel sei hier nur der aus zweigwirtschaftlichen Gründen erfolgte Konzentrationsprozeß im Einzelhandel genannt, der zu größeren Verkaufseinheiten führt, die durch ihre Dimension, vor allem durch ihre hohen Besucherzahlen zu wesentlichen, strukturbestimmenden Elementen des Zentrums werden. Mit ihren optimalen Größen, die für Warenhäuser bei Verkaufsraumflächen von 5000 bis 7500, 10 000 und 15 000 m^2 reichen, bringen sie einen neuen Maßstab, der in kleineren oder engen Zentren bereits Kopfzerbrechen verursacht.

Den Strukturwandel weiterhin zu kennzeichnen, erscheint der gesamte Problemkreis Verkehr als besonders geeignet. Mit

der Formulierung, der Verkehr hat der Stadt zu dienen, kommen wir nicht weiter, wenn damit womöglich die Hoffnung verbunden ist, diese Lebensnotwendigkeit über den hinteren Dienstboteneingang abwikkeln zu können.

Schon das Problem des Parkens macht die wechselseitige Abhängigkeit der Funktion des Stadtzentrums, der räumlichen Struktur, der Verhaltensweisen der Menschen, der Organisation der städtischen Prozesse mit dem Komplex Verkehr deutlich. So würde beispielsweise eine ebenerdige Aufstellung der prognostisch erwarteten PKW im Stadtzentrum von Jena in Abhängigkeit von den dort vorgesehenen und zweifellos notwendigen Einrichtungen und den geforderten Einwohnerdichten den größten Teil der Zentrumsfläche beanspruchen.

Und als kleines Beispiel, wie sich Veränderungen im Rhythmus gesellschaftlicher Abläufe strukturell bereits auswirken können, möge der Einkaufssonnabend in Dresden dienen, der zur Zeit noch im Stadtzentrum praktiziert wird und der durch eine zeitlich ausgleichende Verteilung des Einkaufs- und Berufsverkehrs zur annähernd kontinuierlichen Auslastung der Parkräume beiträgt. Seine Abschaffung würde zu erheblichen Mehrbelastungen an Werktagen führen und damit größere Parkanlagen erfordern.

Die Aufgabe der Stadt- und Verkehrsplaner gemeinsam mit den örtlichen Räten muß darin bestehen, dem Stadtzentrum den höchsten Grad praktischer Leistungsfähigkeit zu geben, und dazu müssen Flächennutzung und Verkehrsraum jeweils so ausbalanciert werden, daß das Stadtzentrum nicht an dem Verkehr, den es hervorruft, erstickt.

Die Dynamik der Zentrumsentwicklung fordert zwangsläufig Planungsmethoden, die diesem Prozeß gerecht werden. Planungen der letzten Zeit und auch die Vielzahl der Wettbewerbe lassen es dringlich erscheinen, einige Schlüsse zu ziehen:

■ Der sogenannte „Idealfall" einer städtebaulichen Neuplanung „auf der grünen Wiese" – wie für viele Wohngebiete der letzten Jahre – tritt bei uns mit wenigen Ausnahmen (Halle-Neustadt) nicht auf. Das Planungsverfahren für diesen „Idealfall" ist vergleichsweise einfach und bekannt.

■ Die Voranalyse als rein statistisches Zählen und Messen des Vorhandenen im Stadtzentrum und ihre lineare oder auch nicht-lineare Projektion in die Zukunft wird einem so vielschichtigen und dynamischen Komplex nicht gerecht, ist nur eine Aussage unter vielen.

Wir müssen auch in der Analyse zu „dynamischen Verfahren" gelangen, welche die Planung auf ihrem ganzen Weg zu begleiten hätten, dafür aber von Fall zu Fall, je nach Erfordernissen, unterschiedlich intensiv wären.

Das spart Zeit und Aufwand, soll aber nicht heißen, daß wir uns mit solchen Methoden in die gefährliche Nähe intuitiv-improvisierter Mittel begeben wollen – in der wir uns zur Zeit vielfach noch zum Nachteil für die Effektivität und Realität der Lösungen befinden.

■ Im Zusammenhang mit dem Generalbebauungsplan der Stadt sollte eine „Studie für das Zentrum" den „Rahmen" der baulichen Entwicklung abstecken, wobei bereits mit gewisser Verbindlichkeit langlebige Strukturen, also Hauptelemente der Erschließung und bedeutsame Freiräume sowie Maßstäbe für die Baumassenverteilung vorgeschlagen werden.

Solch ein „Plan" soll eher neue Entwicklungen anregen, denn als Endprojekt wirken.

■ Der Plan sollte auf allen Stufen Alternativen aufweisen, flexibel bleiben und sich verändernden Zielen anpassen können. Er sollte nur für Bereiche und Elemente unmittelbar bevorstehender Realisation verbindlich präzisiert werden.

■ Es gilt, zwischen lang wirkenden und früheren Veränderungen unterworfenen Elementen zu unterscheiden, denn die wesentlichen strukturellen und gestalterischen Elemente der „Rahmenkonzeption" sollen eindeutig erkennbar und in der dafür erforderlichen Genauigkeit verbindlich bleiben.

■ Ein wesentlicher Teil der Aufgabe liegt also – neben der eigentlichen Konzeption – darin, für jede bestimmte Situation das jeweils angemessene Verhältnis zwischen Präzisieren und Offenlassen zu finden, dies auf mehreren Stufen der Planung und in verschiedenen Maßstäben.

Der Prozeß der Veränderungen unserer Stadtzentren schließt das Erhalten, Bewahren, das „Aufheben" – auch im doppelten Sinne des Wortes – ein. Zentren sind in ihrer baulichen Gestalt in hervorragendem Maße geschichtliche Gebilde, ihr spezifischer Charakter wird wesentlich mitbestimmt durch die anschauliche Gegenwart einer Mehrzahl baugeschichtlicher Zeugen und die Sichtbarkeit ihrer geschichtlichen Dynamik. Städte repräsentieren einen hohen Kulturwert. Was verändern, was bewahren, dafür gibt es keine Regel. Aber aus der Tatsache, daß die Zentren die Stadtteile sind, die der größten Dynamik unterworfen sind, zugleich jedoch oftmals die meisten und vielfach auch einzigen Kulturwerte aus der Vergangenheit einer Stadt besitzen, erwachsen Probleme ständiger Auseinandersetzung und Entscheidung.

Überwindung der alten Stadt bedeutet nicht ihre Ablösung und Ersetzung. Umgestaltung darf sich nicht mit dem Stolz auf Realisierung großer Baukomplexe zufriedengeben. Die Liebe zur sozialistischen Heimat ist mit vielen vertrauten Bildern von Straßen und Plätzen verbunden. Das bedingt eine gewisse räumliche Dauerhaftigkeit und macht die Umwandlung zu neuer Qualität zu einem komplizierten Prozeß. Der dynamische Entwicklungsprozeß in Zentren betrifft nicht nur neue Funktionen, Techniken, Technologien und so weiter, gerade hier wird der ebenso dynamische Prozeß der Entwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur zu neuen baulichen Zeugen, aber auch zu einer neuen Wertung der historischen Substanz führen.

Ganz abgesehen davon, daß der Fremdenverkehr auch den Kulturwert, die historisch gewachsene Unverwechselbarkeit der Stadt zu einem ökonomischen Faktor macht ... Warum sollten wir nicht das Stadtbild, das alle täglich erleben, mit Gemälden in Museen mit begrenzter Öffentlichkeitswirkung vergleichen, zu deren Erhaltung, Pflege und in vielen Fällen nach Kriegseinwirkung völligen Restaurierung Vorbildliches geleistet wurde und viel Geld und Kunstfertigkeit aufgewandt werden? ...

Wir müssen uns aber auch gegen Erscheinungen aussprechen, die die Beziehungen von Alt zu Neu ins Kunstgewerbliche abrutschen lassen. Historische Bauten oder Bauteile werden so zu Nippes, aber unsere Stadtzentren brauchen nicht die Petroleumlampe!

Formal-ästhetische Begründungen zur Erhaltung, wonach ein altes Bauwerk oder Element der Belebung, Auflockerung oder Kontrastierung dienen möge, können ebenfalls nicht genügen. Mit raumästhetischen und wahrnehmungstheoretischen Maßstäben allein ist eine Wertung städtebaulicher Räume nicht möglich, kultursoziologische Wertungen müssen hinzutreten. Die Stadtzentren oder Teile von ihnen als Kultur- oder kunsthistorische Dokumente zu betrachten, schließt ein, daß zu ihrer Erfassung nicht nur aus der Optik und der optischen Wahrnehmung abgeleitete Gesetze herangezogen werden dürfen. Wenngleich städtebauliche Räume und Ensembles unmittelbar durch den ersten Eindruck wirken müssen, so wissen wir jedoch, daß viele Ensembles – zum Beispiel der Rote Platz in Moskau, der Alex, die Straße Unter den Linden und auch schon die relativ junge Karl-Marx-Allee in Berlin – ihre Anziehungskraft in hohem Maße den Assoziationen verdanken, die sie auslösen als Brennpunkte historischer Entwicklungen. Und es ist gut, wenn für diese Entwicklung noch Bauten Zeugnis ablegen.

Wenn wir die Stadtzentren nicht statisch, sondern dynamisch und prozeßhaft auffassen, so sehen wir keinen Widerspruch darin, zugleich zu fordern, daß sie in jeder Phase ihrer Entwicklung ein Ganzes und aktivierender Mittelpunkt des Lebens der Bevölkerung sein müssen. Nachdem wir mit großen Anstrengungen vielen Städten diesen Mittelpunkt, den sie durch den Krieg in großen Teilen verloren hatten, neu geschaffen haben, wäre es unverantwortlich, durch zeitliche und räumliche Zersplitterung und lange Bauzeiten der Umgestaltungsmaßnahmen das Leben in den Zentren lahm zu legen. Die Stadt braucht ihr Zentrum auch während des Umbaues. Der Aufbau geschlossener Ensembles in den Zentren, das heißt, auch die Konzentration aller Mittel, wie es Partei und Regierung fordern, sind daher der Weg, die Umgestaltung systematisch und gesellschaftlich effektiv voranzutreiben. Die Schwierigkeiten, eine diesen territorialen Erfordernissen gerecht werdende Investitionstätigkeit straff zu organisieren, sind uns bekannt. Hier erwachsen den Räten der Städte aus ihrer komplexen Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung neue und komplizierte Aufgaben zur Leitung und Lenkung aller Prozesse ...

Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel

(Aus einem nicht gehaltenen Diskussionsbeitrag zur 22. Plenartagung der DBA)

„Leitbild" und Wirtschaftlichkeit

Dr.-Ing. Siegfried Kress
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur
Abt. Wohngebiete

Das „Leitbild der künftigen Stadt" von Dipl.-Ing. Josef Kaiser (vergl. Heft 10/1968) zwingt in mehrfacher Hinsicht zur Beachtung und Stellungnahme. Folgende Probleme werden dabei städtebaulich-organisatorisch und städtebaulich-ökonomisch berührt:

- Konzentration der Bebauung (Verdichtung)
- Funktionsüberlagerung (Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen – Verkehr)
- Funktionsmischung (Wohnen – Arbeiten)
- Wirtschaftlichkeit
- Ökonomie der Zeit

Kaiser stützt sich in diesem Rahmen in seiner Argumentation hauptsächlich auf zwei Thesen:

1. Die sprunghafte Erhöhung der Geschoßzahl führt auch zu einer entsprechenden Erhöhung der Einwohnerdichte.
2. Die Hügelform ermöglicht die Zusammenführung von Wohn- und Arbeitsstätten.

Diese Behauptungen kann man nicht unwidersprochen lassen. Im Institut für Städtebau und Architektur wurde anhand theoretischer Studien, unterstützt durch Planungsbeispiele (vergl. Wettbewerb Halle-Neustadt, Wohnkomplex IV), das Problem der Verdichtung untersucht. Diese Studien bezogen sich in erster Linie auf das Wohngebiet mit seinen unmittelbaren Einrichtungen und auf vielgeschossige und Wohnhochhäuser. Ungeachtet dessen, daß damit selbstverständlich nicht alle Möglichkeiten erfaßt wurden und zweifellos auch die fortschreitende Entwicklung zu neuen Überlegungen und Einschätzungen führt, lassen sich aus den bisherigen Ergebnissen doch einige grundsätzliche Erkenntnisse ableiten.

Mit siebzehngeschossigen Wohngebäuden wurde unter Berücksichtigung aller notwendigen Einrichtungen des Wohngebietes eine Einwohnerdichte von 580 Einwohnern/ha erreicht. Dabei verteilen sich die Flächen der verschiedenen Funktionen, bezogen auf einen Einwohner, wie folgt:

Tabelle 1

	Bebaute Fläche	Freifläche
Wohnbauland	1,3 m²	3,2 m²
Gesellschaftliche Einrichtungen	1,2 m²	4,8 m²
Sportflächen	–	3,0 m²
Fließender Verkehr	1,2 m²	–
Ruhender Verkehr	2,5 m²	–
	6,2 m²	11,0 m²
insgesamt =	17,2 m²	

In gleichlaufenden Untersuchungen wurden die funktionell benötigten Freiflächen ermittelt. Daraus ergab sich die Feststellung, daß dieses Freiflächenangebot unzureichend ist und mindestens 13,0 m_2 betragen muß. Das bedeutet, entweder wird der Mindestflächenbedarf pro Einwohner auf 19,2 m² erhöht (= 520 Einwohner/ha), oder aber bei Beibehaltung der maximalen Dichte ist eine teilweise Überlagerung der Freiflächen erforderlich, die mit hohen Aufwendungen verbunden ist.

Die Tabelle zeigt zwei wichtige Kriterien auf:

1. Der Anteil der mit Wohnhäusern überbauten Fläche ist schon sehr gering (= 7,5 Prozent).
2. Das Schwergewicht liegt im Freiflächenanteil (= 64 Prozent). Wenn man also nach Kaiser die Geschoßzahl extrem erhöht, so würde selbst bei 34 Geschossen sich die bebaute Fläche nur um 0,65 m²/Einwohner vermindern, das ist noch nicht einmal 1/16 des Freiflächenanteils. Wenn man also den Hebel ansetzen wollte, dann wären Freiflächenüberlagerungen viel eher der Überlegung wert.

Ausgehend von dieser Flächenbilanz kann man weitere Überlegungen anstellen und Schlußfolgerungen ableiten, die diese Feststellungen bestätigen.

Gelingt es beispielsweise, alle gesellschaftlichen Einrichtungen in die Erdgeschoßzone der Wohnbebauung einzubeziehen und den gesamten ruhenden Verkehr durch entsprechende Maßnahmen flächenmäßig ebenfalls zu eliminieren, so ergäbe sich folgendes Bild:

Tabelle 2

	Bei 17 Geschossen	Bei 34 Geschossen
Wohnbauland, bebaute Fläche	1,3 m²	0,65 m²
Freiflächen (Sport- und gesellschaftliche Einrichtungen)	11,0···13,0 m²	11,0···13,0 m²
Fließender Verkehr	1,2 m²	0,85 m²
	13,5···15,5 m²	12,5···14,5 m²
entsprechend einer Einwohnerdichte von	645···740 Ew/ha	690···800 Ew/h

Damit wird deutlich, daß die Vorstellungen, daß einfach die Erhöhung der Geschoßzahl eine analoge Erhöhung der Einwohnerdichte mit sich bringt, völlig falsch sind.

Nun zum Kaiserschen Projekt des Hügelhauses selbst. Man könnte sich auch vorstellen, daß die im Hügelhaus sich ergebende Kubatur für Produktionszwecke anders begrenzt wird, nämlich durch zwei senkrechte Wohnscheiben. Dadurch käme außerdem die Bedingung der Zwangsläufigkeit in Fortfall. Mit Hilfe zweier Studien sind die beiden Fälle gegenübergestellt worden. In beiden sind die notwendigen Flächen für Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Sport und sonstige erforderliche Freiflächen berücksichtigt, die Anzahl der Einwohner annähernd gleich und ebenso der Raumanteil für die Produktion. Die Flächenbilanzen weisen nach, daß das Hügelhaus keinen flächenmäßigen Vorteil bringt und daß mit siebzehn Geschossen die gleiche städtebauliche Effektivität erreicht wird. Diese Feststellungen führen natürlich auch zu kostenmäßigen Konsequenzen:

- Wenn, so kann zweifellos richtig gefolgert werden, ein Endeffekt mit einer bestimmten Geschoßzahl (in diesem Fall siebzehn) erreicht wird, so muß jede darüber hinausgehende Geschoßzahl und besonders bei extremen Erhöhungen mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein.
- Wenn der Einschluß von Produktionsflächen nicht die Hügelform der sie umgebenden Wohnbebauung voraussetzt, so dürfte klar sein, daß eine normale Bebauungsform, zusammen mit einer verminderten Gesamthöhe wesentlich einfacher und preiswerter herzustellen ist.

Die Terrassierung der Wohnbebauung ist unbestritten ein neues Element im Städtebau, mit dem es sich ernsthaft auseinanderzusetzen gilt. Sicher sind hierin Ansatzpunkte für die Erhöhung des Wohnwertes und für eine neue Qualität räumlicher Gestaltung.

Diese Merkmale sind aber voraussichtlich nicht mit unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Maßstäben meßbar und keinesfalls so vordergründig vereinfacht darstellbar, wie das bei Kaiser geschieht. Oder mit anderen Worten gesagt und auf unsere Gegenwart und nahe Zukunft bezogen:

Eine solche Erhöhung des Wohnwertes verlangt auch einen höheren wirtschaftlichen Aufwand. Die Argumentation kann also nicht so sein, daß eine solche Bebauungsform preiswerter ist, als unsere bisher propagierten und praktizierten Bebauungsvorschläge, sondern: Wann ist unsere wirtschaftliche Kraft so groß, größere und kühnere Projekte in Angriff zu nehmen?

Insofern ist der Vorschlag von Kaiser, entkleidet seiner Verabsolutierung und falscher Ansätze ein bemerkenswertes Beispiel, an dem sich hoffentlich die Phantasie vieler Kollegen entzündet und unter kühler Einschätzung unserer Entwicklung neue, progressive Lösungen angestrebt werden.

Die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Zentrums der Bezirksstadt Suhl

Architekt BDA Otfried Triebel,
Bezirksarchitekt und
Direktor des Büros für Städtebau Suhl

Architekt BDA Dipl.-Ing. Klaus Angermüller,
Chefarchitekt des Büros für Städtebau Suhl

Architekt BDA Dipl.-Ing. Roland Lenz,
Stadtarchitekt von Suhl



1 Blick vom Ernst-Thälmann-Platz auf das Interhotel „Thüringen Tourist" mit Wohnhochhaus (links)

Mit der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung des Bezirkes Suhl wächst die Rolle der Stadt Suhl als politisches, ökonomisches und geistig-kulturelles Zentrum des Bezirkes. Auf der Grundlage des Berichtes des Politbüros an die 4. Tagung des ZK der SED und der im Brief des Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA geforderten neuen Qualität der städtebaulichen und architektonischen Leistungen unter Wahrung der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung wurde die neue städtebauliche Konzeption für das Zentrum der Bezirksstadt erarbeitet. Weitere Grundlagen für die Bearbeitung waren der Generalverkehrsplan sowie der Generalbebauungsplan.

Ausgehend von der politisch-ideologischen Zielstellung zur Neugestaltung des Stadtzentrums wurde der Versuch unternommen, für die Stadt Suhl eine großzügige Zentrumsgestaltung zu konzipieren. Hierbei waren besonders die enge Lage der Stadt im Tal der Lauter sowie der Umstand, daß fast die gesamte Stadt aus der Vogelperspektive erlebt werden kann, zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde sollte das Ensemble des Zentrums optisch aus der übrigen Bebauung deutlich hervorgehoben werden.

Suhl hat gegenwärtig rund 30 000 Einwohner und wird sich entsprechend seiner Bedeutung als Industriestadt im Südthüringer Raum kontinuierlich und progressiv weiterentwickeln. Die Stadt hatte 1952, als sie Bezirksstadt wurde – hervorgerufen durch das mangelnde Interesse der kapitalistischen Gesellschaft an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen –, hinsichtlich ihrer Bausubstanz keinerlei Voraussetzungen, diese Funktion zu erfüllen. Die überkommene Stadtstruktur war durch eine planlose Ansammlung von Arbeitsstätten und Wohngebäuden gekennzeichnet. Die Netze der ingenieurtechnischen Versorgung waren, soweit überhaupt vorhanden, völlig unzureichend. Als dringendste Probleme waren die katastrophalen Verkehrsverhältnisse zu bereinigen und ein neues Verkehrsnetz anzulegen. Danach mußten die Hauptnetze der ingenieurtechnischen Versorgung, entsprechend der perspektivischen Entwicklung der Stadt, neu geschaffen werden. Hierzu gehörte auch der Bau einer Trinkwassersperre im Tal der Finsteren Erle zur Wasserversorgung der Stadt Suhl.

Der Bau des Kulturhauses „7. Oktober" im Jahre 1958 war der Beginn der sozialistischen Umgestaltung des Zentrums der Bezirksstadt. In der Folgezeit entstanden am Ernst-Thälmann-Platz, als Teil des zentralen Ensembles, das Haus der Gewerkschaften, das Interhotel „Thüringen Tourist" und ein dreizehngeschossiges Wohnhochhaus mit Reisebüro.

Zur weiteren Gestaltung des Stadtzentrums wurde im Jahre 1964 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben; nach den Ergebnissen dieses Wettbewerbes wurden die Standorte der gesellschaftlichen Einrichtungen im Zentrum fixiert.

Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ent-

Gesamtleitung:	Architekt Otfried Triebel Architekt Klaus Angermüller
Mitarbeiter:	Architekt Herbert Fleischhauer Architekt Gerhard Schulz Architekt Roland Lenz Architekt Christoph Backhaus Architekt Gerhard Benecke
Freiflächengestaltung:	Eberhard Kühl
Verkehr und technische Versorgung:	Gerhard Hausdörfer
Bauwirtschaft und Kennziffern:	Bernhard Becker
Konstruktive Beratung:	Peter Pietzcker

Die Ausarbeitung erfolgte in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Rat der Stadt, dem Rat des Bezirkes Suhl und dem Wohnungsbaukombinat, Abteilung Projektierung, unter der Leitung des Chefarchitekten, Kurt Friedrich, sowie einem Kollektiv des VBKD mit Waldo Dörsch, Hans Hottop und Werner Stötzer

2 Blick vom Hotel „Thüringen Tourist" zum Bildungs- und Führungszentrum



3 Lageplan des Stadtzentrums

F 247

WILHELM - PIECK - STRASSE

GOTHAER STRASSE

STEINWEG

LEGENDE

1 FREIES WORT
2 HAUS DES FDGB
3 KULTURHAUS „7. OKTOBER"
4 INTERHOTEL „THÜRINGEN TOURIST"
5 WOHNHOCHHAUS
6 WARENHAUS ZENTRUM
7 BILDUNGS- UND FÜHRUNGSZENTRUM
8 GASTSTÄTTEN
9 TIEFGARAGE
10 STADTHALLE
11 GEBÄUDE FÜR TECHNIK- UND VERSORGUNG
12 WOHNHOCHHAUS A
13 WOHNHOCHHAUS B
14 WOHNHOCHHAUS C
15 WOHNHOCHHAUS D
16 SCHWIMMHALLE
17 WOHNHOCHHAUS AN DER DOLLSTRASSE
18 HAUS DER FORSTWIRTSCHAFT
19 MALZHAUS
20 MARKTPLATZ



4



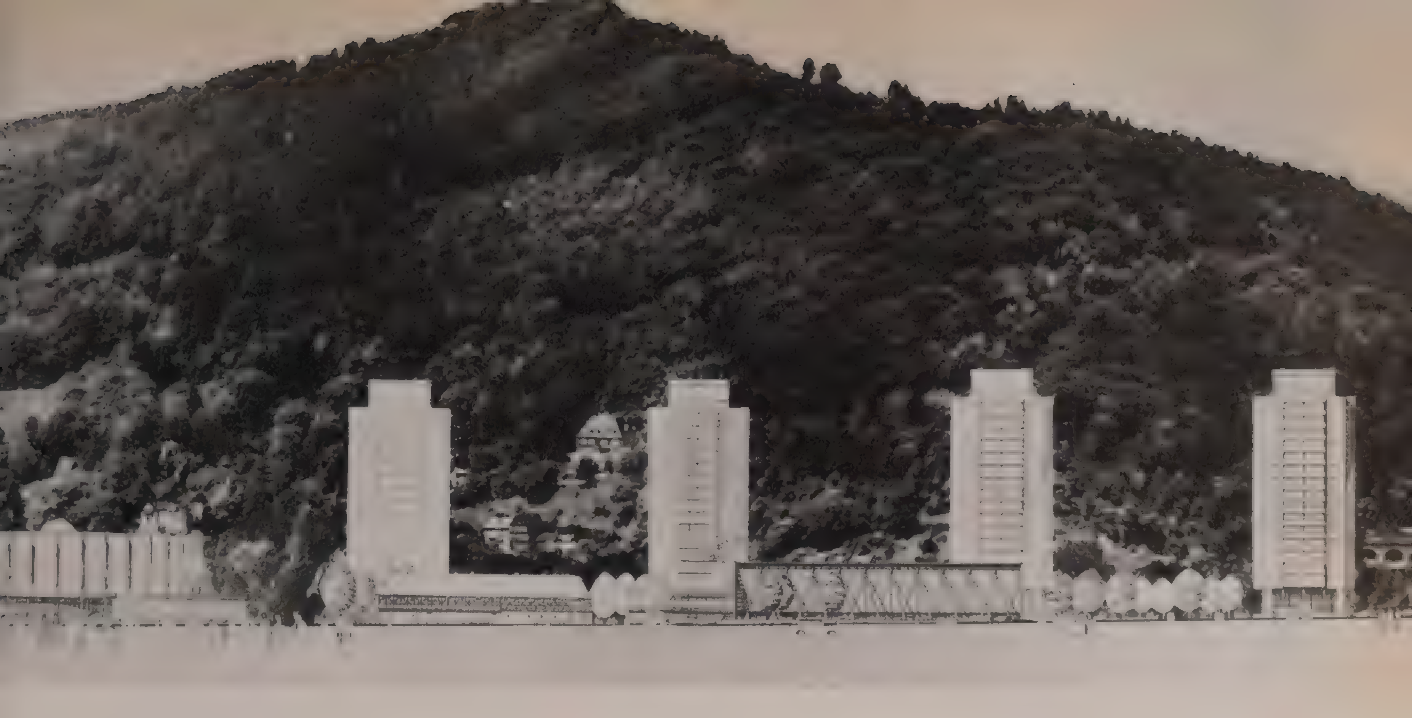
5

4
Entwurf zur Plastik „Jagende Diana"
von Waldo Dörsch VBKD

5
Abwicklung der Wilhelm-Pieck-Straße
(Nordseite)

6
Modell des Stadtzentrums

6



sprechend den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED erfordert eine stärkere Konzentration aller Kräfte auf die Umgestaltung des Stadtzentrums, um so durch die Neugestaltung der Stadt von innen nach außen der traditionsreichen Arbeiterstadt im Thüringer Wald ein neues unverwechselbares Gepräge zu geben.

Der vorliegende Entwurf geht davon aus, das Zentrum durch einen Kranz von Vertikalen deutlich zu markieren und dem Haus der Bildung und Weiterbildung neben dem Gebäude für den Rat des Bezirkes eine dominierende Stellung einzuräumen. Darüber hinaus soll durch Punkthäuser der Erlebniswert der umgebenden Landschaftssilhouette erhalten bleiben. Ein System differenzierter räumlicher Erlebnisbereiche verbindet historisch wertvolle Bausubstanz mit dem Neuen. Der Marktplatz mit dem Roten Rathaus und dem Waffenschmiedbrunnen bleibt erhalten. Hier siegten 1920 die revolutionären Suhler Arbeiter über die reaktionären Kapp-Putschisten.

Das Zentrum der Stadt Suhl wird im Osten durch den Markt, im Norden und Westen durch die auf halber Höhe am Domberg entlangführende Bahnlinie Erfurt–Meiningen und im Süden durch den Steinweg begrenzt. Die Fernverkehrsstraße 247, von Zella-Mehlis kommend, wird nördlich um das Zentrum herumgeführt. Die Verkehrserschließung des Stadtzentrums erfolgt über zwei Knotenpunkte im Bereich des Marktes und des Viaduktes. Hierdurch wird das Zentrum in einen südlichen und einen nördlichen Bereich geteilt.

Der südliche Teil des Stadtzentrums ist im wesentlichen fertiggestellt und wird mit der Eröffnung des Centrum-Warenhauses, das 5000 m² Verkaufsfläche haben wird, bis zum 20. Jahrestag der Republik vollendet sein. Zur Abrundung dieses Teiles des Stadtzentrums gehört noch die Freiflächengestaltung zwischen Warenhaus und Herrenteich; im Mittelpunkt dieser Fläche wird die Brunnenplastik „Diana" aufgestellt werden.

Am 20. Jahrestag der Gründung der DDR wird der Grundstein für die Stadthalle gelegt werden und damit der Auftakt zur Umgestaltung des nördlichen Teiles des Stadtzentrums gegeben.

Die Stadthalle als Teil des Komplexes Bildungs- und Führungszentrum bildet den städtebaulichen Schwerpunkt des zentralen Ensembles. Der Komplex besteht aus einem dreizehngeschossigen Baukörper für den Rat des Bezirkes und einem 25geschossigen Baukörper als Haus der Bildung und Weiterbildung, für wissenschaftliche Einrichtungen, Bezirksbibliothek und Haus des Lehrers. Beide Baukörper sind durch einen Flachbau mit der Stadthalle verbunden, in dem sich eine Betriebsgaststätte und eine öffentliche Gaststätte mit insgesamt 900 Plätzen befinden. Die Auslastung der vorgesehenen Gaststättenkapazitäten durch die Beschäftigten des Bildungs- und Führungszentrums, Angehörige weiterer Institutionen und die Besucher der Stadthalle garantiert eine hohe Ökonomie des Gaststättenkomplexes. Die städtebauliche Lösung gewährleistet eine rationelle Nutzung des sehr begrenzten Baulandes. Die Stadthalle mit einer Kapazität von maximal 1850 Plätzen dient politischen, kulturellen und sportlichen Großveranstaltungen des Bezirkes. Die Halle wird im Rahmen der freundschaftlichen Zusammenarbeit unter Mitwirkung sowjetischer Fachleute projektiert und ausgeführt.

Als weiterer Schwerpunkt zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse wird für die aktive Erholung der Bevölkerung sowie für den Massen- und Leistungssport eine Schwimmhalle mit einem 50-m-Sportbecken und einem separaten Lehrschwimmbecken entstehen. Als Standort für die Schwimmhalle wurde der Lauterbogen gewählt, wodurch eine ideale Beziehung zwischen der Schwimmhalle und dem Flußlauf hergestellt wurde. Zwischen Schwimmhalle und Stadthalle sucht das historische Malzhaus gemeinsam mit der alten Lauterbrücke und den einer neuen gesellschaftlichen Nutzung (Spezialitätengaststätte) zuzuführenden alten Fachwerkhäusern die Verbindung zum Grünbestand, der den Flußlauf der Lauter begleitet. Das Ensemble wird durch vier 17geschossige Wohnhochhäuser mit insgesamt 368 Wohnungen, davon 8 Atelierwohnungen abgerundet. Im Bereich des östlichen Knotenpunktes wird die Bebauung durch das Gebäude der VVB Forstwirtschaft und ein Wohnhochhaus mit Klub der Bauschaffenden ergänzt.

Der Bedarf für den ruhenden Verkehr beträgt 1250 Stellplätze, davon werden 47 Prozent im Zentrum, die restlichen in einer durchschnittlichen Entfernung von rund 500 m angelegt.

Bei der architektonischen Gestaltung wurde davon ausgegangen, die typischen örtlichen Merkmale und Strukturen, wie Schiefer, Holz und Naturstein sowie Fachwerkkonstruktionen, in eine zeitgemäße Formensprache auf der Grundlage moderner Technologien umzusetzen, wobei speziell Holz im Erlebnisbereich des Fußgängers verwendet werden soll. Durch eine sinnvolle Synthese von Städtebau, Architektur und bildkünstlerischer Gestaltung wird die repräsentative Bedeutung des Stadtzentrums unterstrichen, wodurch in hohem Maße die kulturschöpferische Rolle der Arbeiterklasse dokumentiert wird. Im Mittelpunkt steht die Monumentalplastik „Sturm auf das Rote Rathaus". Entsprechend der Bedeutung des Bildungs- und Führungszentrums erhält der Flachkörper dieser Gebäudegruppe einen inhaltlich auf die Geschichte des Klassenkampfes im Südthüringer Raum bezogenen Fries. An der Stirnseite des Hochkörpers wird im unteren Drittel des in Naturstein ausgeführten aufstrebenden Flächenbandes das Staatsemblem der DDR künstlerisch gestaltet.

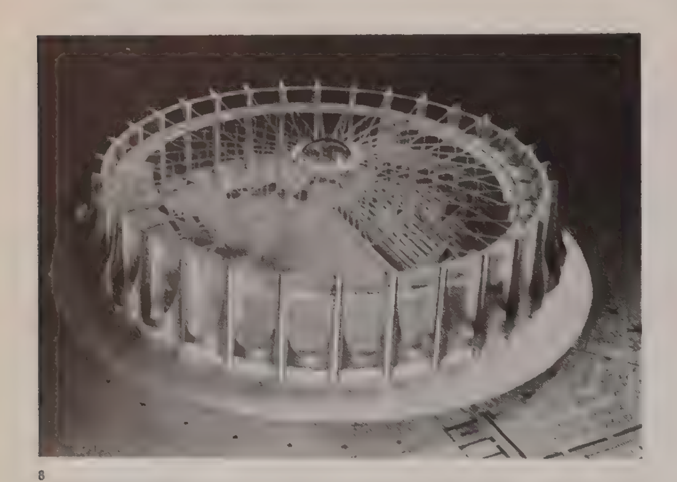
Zusammenfassend ist zu bemerken, daß mit der bereits begonnenen Umgestaltung der Bezirksstadt einschließlich der neuen Verkehrslösung eine echte Rekonstruktionsmaßnahme im Stadtkern durchgeführt wird, da die Stadt Suhl keinerlei Kriegsschäden im zentralen Bereich aufzuweisen hatte. In dieser Form kann die Umgestaltung des Stadtzentrums Suhl als die erste umfassende Rekonstruktion eines Stadtkernes in der DDR betrachtet werden.

Als außerordentlich fruchtbar haben sich während der Bearbeitung die ständigen Konsultationen mit dem Präsidenten der Deutschen Bauakademie, der Sektion Städtebau und Architektur, den bildenden Künstlern und dem Generalauftragnehmer Wohnungsbaukombinat Suhl erwiesen. Hervorzuheben ist weiterhin die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen sowie den Partei- und Staatsorganen.

Bei der weiteren Verwirklichung der gesteckten Ziele werden wir uns darauf konzentrieren, mit allen Beteiligten zu versuchen, die inhaltliche Aussage zu vertiefen, um das Stadtzentrum zum Höhepunkt der gesamten Stadtkomposition werden zu lassen und damit einen echten Beitrag zur Entwicklung einer für die DDR typischen Architektur zu leisten.



7



8

9

7
Blick vom Haus der Gewerkschaften in die Wilhelm-Pieck-Straße

8 | 9
Modell der Stadthalle
(Dachkonstruktion: zweilagiges Seiltragwerk)

10

10

Schnitt durch die Stadthalle mit Blick auf das Bildungs- und Führungszentrum (Studie) 1 : 1000

11

Erdgeschoß des Bildungs- und Führungszentrums, der Gaststätte und der Stadthalle (Studie) 1:1000

Stadthalle

102 Kasse
107 Sportfläche
108 Hauptbühne
112 bis 126 Arzt, Trainer, Schiedsrichter, Büro
128 Ausstellungsfläche
129 Kleine Sporthalle
130 Geräteraum
131 bis 137 Wasch- und Umkleideräume

Gaststätten

141 Milchbar
142 Öffentliche Gaststätte
143 Betriebsgaststätte (Selbstbedienung)
144 Küche
145 Kühlblock
148 bis 159 Nebenräume, Büros

Verwaltungsgebäude

160 Foyer, Garderobe
161 Besprechungsraum
163 Tagungsraum
165 Plenarsaal

11



1

Mehrzweckhalle in Rostock-Lütten Klein

Architekt BDA Erich Kaufmann
Dipl.-Ing. Ulrich Müther

Die Mehrzweckhalle in Rostock-Lütten Klein ist die erste Einrichtung des Wohngebietszentrums, das zwischen den beiden im Bau befindlichen Wohnkomplexen vorgesehen ist. Der erste Vorschlag wurde bereits 1966 gemacht. Damals als Markthalle, um Verkaufsprovisorien im Neubaugebiet zu vermeiden. In Zusammenarbeit mit der HO-Bezirksdirektion Rostock und den staatlichen Organen wurde eine endgültige Einrichtung vorgeschlagen und projektmäßig vorgesehen. Bereits während der Bauzeit wurde in den späteren Lagerräumen eine Teilnutzung – als Selbstbedienungs-Lebensmittelverkauf – erprobt. Vom 4. bis 17. Dezember 1967 wurde der Innenraum der späteren Kaufhalle bereits so fertiggestellt, daß die HO einen Weihnachtsbasar in Lütten Klein durchführen konnte.

Neu ist bei dieser Halle auch, daß sich verschiedene Funktionen ohne direkte Trennung unter einem Dach vereinigen (Gesamtgröße 47,0 m × 47,0 m).

Im Erdgeschoß befinden sich eine Selbstbedienungskaufhalle mit 760 m² und ein Fischladen mit 60 m². Im Obergeschoß liegen umlaufend an der Außenfläche die Selbstbedienungsgaststätte mit 180 Plätzen, die Grillbar mit 60 Plätzen, der Gesellschaftsraum I mit 80 Plätzen und der Gesellschaftsraum II mit 100 Plätzen.

Die Gesellschaftsräume können unabhängig von den anderen Gasträumen gastronomisch betreut werden und haben, wie die Selbstbedienungsgaststätte und Grillbar, einen gesonderten Zugang.

Durch die Schalenkonstruktion hat die Kaufhalle ein großes Luftvolumen, das sich im Raumklima angenehm bemerkbar macht. Optisch wird der zentrale Kaufhallenraum durch eine gegliederte Klinkerwand bis unter die Schalenkonstruktion beherrscht. Die zweite Wandfläche wurde durch den Ahrenshooper Fotografen G. Vetter durch Großfotos mit dem Thema „Menschen an unserer Küste" gestaltet. Ein Beleuchtungsstreifen schirmt die untere Regalzone optisch ab. Die Selbstbedienungsgaststätte im Obergeschoß ist zur Kaufhalle hin durch eine 2 m hohe Glaswand abgeschirmt. Damit ist die Möglichkeit gegeben, von der Gaststätte aus das pulsierende Leben in der Kaufhalle zu verfolgen.

Die Grillbar wird farbig durch blaubemalte Fliesen – hergestellt von der Fachschule für Angewandte Kunst Heiligendamm – und das Kupferblech der Grillzone betont. Die unterschiedlichen Deckenhöhen in den einzelnen Gasträumen beeinflussen wesentlich die Raumatmosphäre. Die Außenfassade wird durch Glas, Klinker und Aluminium bestimmt.

Die Stahlbetondachkonstruktion besteht aus vier 70mm dicken hyperbolischen Paraboloidschalen mit geneigten geraden Außenrändern. Die einzelnen Schalen haben Randrippen mit veränderlicher Dicke. Durch Stahlfensterstützen sind die Außenränder senkrecht unterstützt. An den Tiefpunkten der einzelnen Schalen laufen die Randrippen in Strebstützen über.

Die Lasten der Schalen werden vorwiegend durch Schubkräfte auf die Randrippen übertragen und von diesen über die Strebestützen in die Fundamente weitergeleitet. Sämtliche Horizontalkräfte in der Größenordnung von 250 Mp werden durch vorgespannte Zuganker, die unter dem Fußboden liegen, aufgenommen.

Die Hyperschalen wurden nach der Biegetheorie berechnet. Die partiellen Differentialgleichungen für die unbekannte Verschiebungsfunktion W und die Spannungsfunktion F wurden nach der Differenzen-Rechnung ausgewertet.

Das sich ergebende hochgradig unbestimmte Gleichungssystem wurde mit dem Rechenautomaten ZRA 1 ausgewertet.

Die Lastfälle Vollast und teilweise Verkehrslast, das heißt Schnee und Wind, wurden in symmetrischer Anordnung untersucht.

Während des Bauens wurde die zusammengesetzte Konstruktion im Mittelpunkt durch eine Montageunterstützung gehalten. Die Schalen erhielten eine untere punktgeschweißte Mattenbewehrung (Durchmesser 8 mm, e = 200, St A-I). Hierauf liegt eine Trajektorienbewehrung (Durchmesser 10 mm, e = 200, St A-III). Als obere Bewehrung wurde eine Matte (Durchmesser 6 mm, e = 200, St A-I) verlegt. Somit beträgt der Stahlverbrauch in der Schale rund 10 kg/m². Beim Ausschalen der einzelnen Flächen wurden Durchbiegungsmessungen vorgenommen und so die Spannungen am Bauwerk kontrolliert.

Bauausführung

Im II. Quartal 1967 wurde mit dem Bau der rund 2200 m² großen Mehrzweckhalle begonnen. Es wurden Fundamente, das Kiesbett und der Unterbeton eingebracht.

Auf den Unterbeton wurde das Lehrgerüst aufgestellt. Es bestand aus der normalen Stahlrohrrüstung, komplettiert mit Teleskopstützen TS 5 und speziell angefertigten verdrehbaren Stützenköpfen. In diese Stützenköpfe wurden die Holzunterzüge eingelegt und verkeilt. Die Teleskopstützen lassen sich um etwa 1,70 m in der Höhe verstel-

Entwurf und Gestaltung:	Architekt BDA Erich Kaufmann Architekt BDA Carl-Heinz Pastor Innenarchitekt Helga Krause Innenarchitekt Dipl.-Arch. W. Hartmann VEB Wohnungsbaukombinat Rostock
Entwurf und Berechnung der Schalenkonstruktion:	Dipl.-Ing. Ulrich Müther PGH Bau Binz
Güteprüfung Schalenkonstruktion:	Dr.-Ing. Günter Ackermann Deutsche Bauakademie Berlin

2



1 Gesamtansicht

2 Aufnahme während des Einschalens der Dachkonstruktion

3 Detail der Außenwand

4 Blick in den kleinen Veranstaltungsraum



3

4



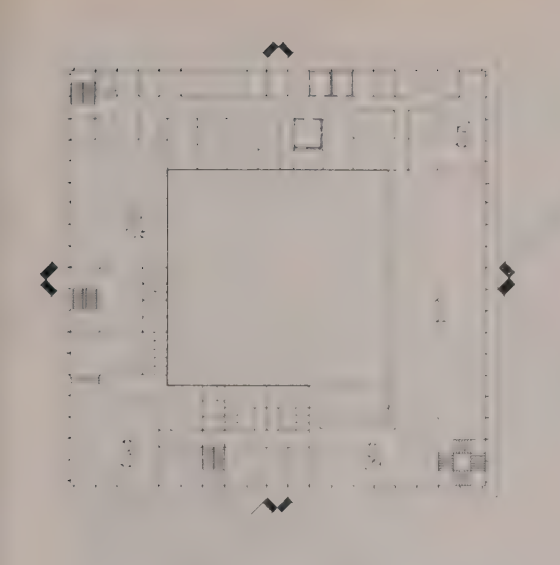
len und haben zusätzlich eine Spindel, mit der Feineinstellungen vorgenommen werden können. Die Stahlrohre und Teleskopstützen sind in einem Raster von 2 m aufgebaut.

Alle vier Schalen wurden aus geraden Kanthölzern und geraden Brettern eingeschalt. Durch die parallel gehobelten und gespundeten, 10 cm breiten Bretter, die versetzt gestoßen wurden, konnte eine einwandfreie Schalung hergestellt werden, die die Voraussetzung für einen guten Sichtbeton ist. Da sämtliche Verstärkungen oberhalb der Schale liegen, brauchen keine Bretter oder Kanthölzer an den Enden abgeschnitten zu werden. Die ersten drei Hyparschalen wurden aus Transportbeton B 450 in rund 14 Stunden betoniert. Die letzte Schale wurde mit einem Betonspritzgerät hergestellt. Hierdurch konnte der Aufwand an Baustelleneinrichtung bedeutend herabgesetzt und die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Ebenfalls wurde eine Betongüte von B 450 erreicht. Die statische Berechnung sah B 300 vor, der bei allen Schalen schon nach wenigen Tagen erreicht war. So wurden alle Flächen bereits nach 7 Tagen ausgeschalt. Für das Aufbauen des Lehrgerüstes, das Bewehren, das Betonieren und das Ausschalen wurden einschließlich der erforderlichen Erhärtungszeit 6 Wochen benötigt und in diesem Rhythmus wurden alle vier Schalen hergestellt.

Hauptauftragnehmer für die gesamte Halle war die PGH Bau Binz. Als Kooperationspartner arbeitete die PGH Bau Warnow Rostock mit, die den gesamten Einbau übernommen hatte. Die gesamte Halle wurde in 14 Monaten gebaut und in einer guten Qualität übergeben.

5

6



7



8

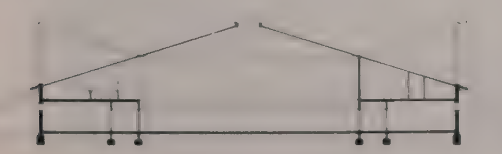
5 Blick in die Kaufhalle

6 Selbstbedienungsgaststätte

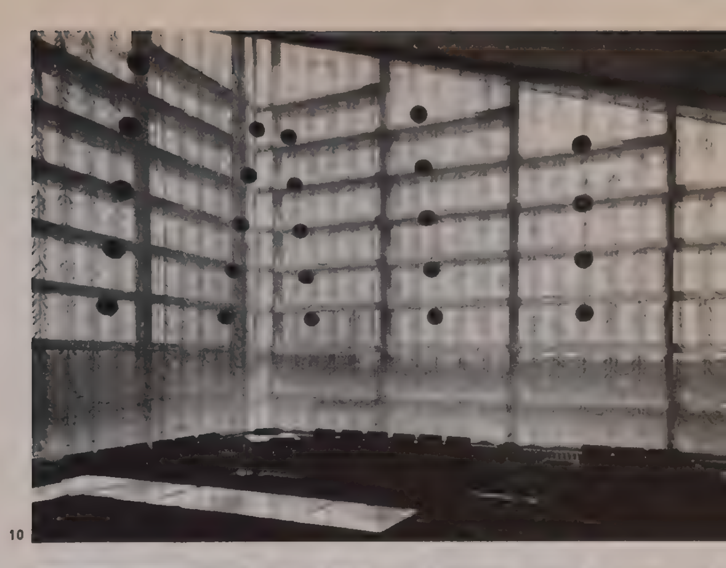
7 Obergeschoß 1 : 750
1 Selbstbedienungsgaststätte
2 Grillbar
3 Kleiner Veranstaltungsraum
4 Großer Veranstaltungsraum
5 Wirtschaftszone

8 Erdgeschoß 1 : 750
1 Kaufhalle
2 Fischverkauf
3 Lagerzone
4 Lager
5 Wasch- und Umkleideanlagen
6 Technische Anlagen
7 Warenannahme

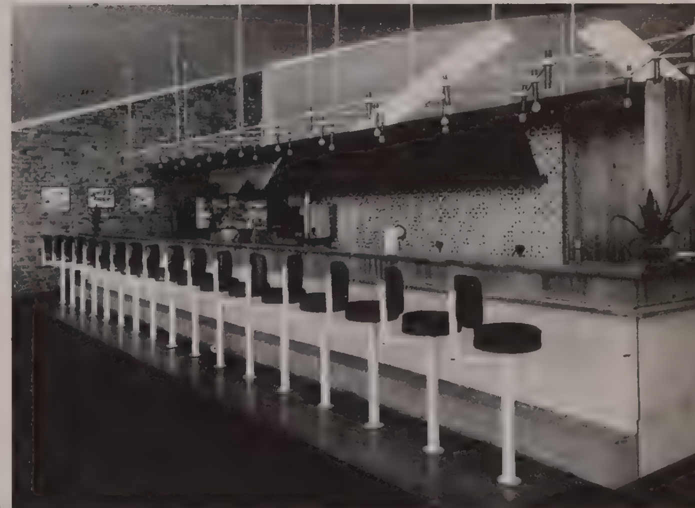
9 Schnitt 1 : 750



9



10

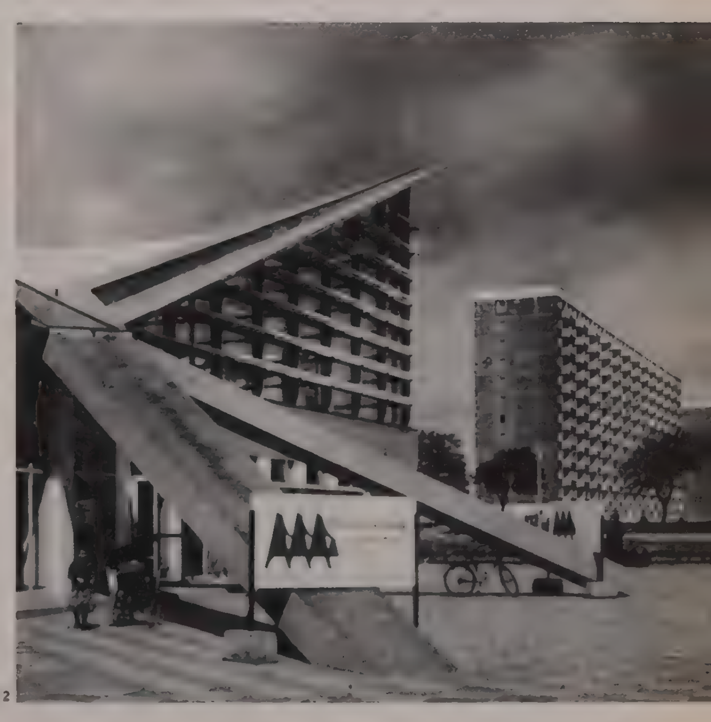


11

10 Kleiner Veranstaltungsraum

11 Grillbar

12 Kaufhallen mit dahinter liegendem Wohngebiet Lütten Klein



12

Zwei Fluren – zwei Welten

Auf den weiten Feldern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR (oben) kann nicht nur die moderne Landtechnik rationell eingesetzt werden. Gemeinschaftliche Arbeit zum Nutzen aller wird zur Grundlage einer neuen Lebensweise. Die einzelbäuerliche Wirtschaft auf seit Jahrhunderten zersplitterten, winzigen Äckern (unten Felder der westdeutschen Gemeinde Oberndorf) hat unter der drückenden Konkurrenz der Großgrundbesitzer keine Perspektive. Zwei Luftbildaufnahmen machen zwei Wege deutlich. Konsequenzen unseres Weges behandeln die folgenden Beiträge.



Heute für die Zukunft planen

Zu Fragen der Investitionspolitik der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft

Obering. Gustav Zinne
Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR

Eine neue Entwicklungsetappe

Der X. Deutsche Bauernkongreß war der Kongreß der Mobilisierung aller Kräfte für die Mitbestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, die Organisierung vielfältiger Kooperationsbeziehungen und die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR. Er war der Kongreß der Schrittmacher. Er zeugte von einer neuen Qualität des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und bestätigte erneut die volle Einmütigkeit der Auffassungen der Werktätigen der sozialistischen Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft mit der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Staatsführung der DDR. Der X. Deutsche Bauernkongreß war Ausdruck unserer sozialistischen Verfassungswirklichkeit, er veranschaulichte eine neue Etappe zur weiteren Intensivierung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED.

Das Neue auf diesem X. Deutschen Bauernkongreß – so sagte Genosse Walter Ulbricht in seiner Rede vor dem Kongreß – besteht darin, daß er – ausgehend von den Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Wissenschaft – die Einheit des sozialistischen Gesellschaftssystems und im Zusammenhang damit das Teilsystem der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und der kulturellen Entwicklung im Dorf wissenschaftlich exakt dargestellt hat.

Das gewachsene Bewußtsein der Genossenschaftsbauern, Landarbeiter und Werktätigen der Nahrungsgüterwirtschaft, ihre unerschütterliche Bereitschaft, für die Sache des Sozialismus zu kämpfen, wurde vor allem durch ihre eindeutige Stellungnahme gegen Imperialismus, besonders gegen die bauernfeindliche Politik des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland unterstrichen. Das kommt auch in den Erfolgen bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1968 und in den zahlreichen Vorschlägen und Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck. Dieser Wettbewerb steht unter der Losung „Für uns, für unsere Republik – besser rechnen und wirtschaften!".

Die neuen Aufgaben erkennen und kühn lösen

Genosse Walter Ulbricht hat in seiner Rede auf dem X. Deutschen Bauernkongreß auch den Architekten und Bauleuten den herzlichen Dank ausgesprochen für die Mühe, die sie sich bei der Durchführung der großen perspektivischen Beschlüsse des VII. Parteitages der SED gegeben haben. Dieser Dank unseres 1. Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Staatsratsvorsitzenden, unseres hochverehrten Genossen Walter Ulbricht, ist zugleich eine große Verpflichtung für alle Bauschaffenden im Landwirtschaftsbau, die neuen, höheren Aufgaben zur Durchführung der technischen Revolution in hohem Tempo bei ständig steigender Arbeitsproduktivität und sinkenden Kosten in hoher Qualität zu lösen.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Entwicklung vielfältiger vertikaler und horizontaler Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED.

Die Arbeit der Bauschaffenden muß diesen Entwicklungsprozeß objektiv fördern. Im Hinblick auf die weitere Spezialisierung und Konzentration der Produktion gilt es, solche Projekte zu entwickeln und solche komplexen Produktionsanlagen in kürzester Zeit mit niedrigsten Kosten und höchstem Gebrauchswert zu errichten, die eine industriemäßige Produktion in der gesamten Kette von der Pflanzenproduktion bis zum fertigen Produkt im Handel gewährleisten und den wissenschaftlich-technischen Höchststand bestimmen. Denn letztlich geht es doch um eine moderne, stabile Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsgütern.

Der Vorsitzende des Staatsrates hat in seiner Rede auf dem X. Deutschen Bauernkongreß auch dargelegt, wie diese Zielstellung zu erreichen ist. Er sagte: „Gerade all diese neuen, komplizierten Detailfragen des Übergangs zur industriemäßigen Produktion müssen auf das gewissenhafteste mit den Bauern, mit den Arbeitern, mit den Wissenschaftlern vorbereitet und durchgeführt werden." Dabei muß immer vom Gesamtsystem ausgegangen werden. Diese Betrachtungsweise führt folgerichtig und zwangsläufig zur immer breiteren Gemeinschaftsarbeit zwischen den Bauschaffenden und den Werktätigen der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, zwischen den Bauschaffenden der verschiedenen Disziplinen und anderen Industriezweigen wie dem Maschinenbau und der Elektrotechnik.

Zu welch hervorragenden Ergebnissen diese Gemeinschaftsarbeit führt, zeigt der Aufbau einiger industrieller Großanlagen, die mit modernsten Technologien und Bauweisen den wissenschaftlich-technischen Höchststand in ihrer gesamten Komplexität darstellen.

Deshalb muß erkannt werden, daß diese sozialistische Gemeinschaftsarbeit eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß die auf dem X. Deutschen Bauernkongreß gefaßten Beschlüsse für eine zielgerichtete Investitionspolitik voll verwirklicht werden können. Der erste Schritt besteht daher nach wie vor darin, gemeinsame Investitionen vorrangig auf die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit zu konzentrieren, weil nur auf dieser Grundlage stabile und hohe Erträge bei jeder Witterung als Voraussetzung für die industriemäßige Tierproduktion erreicht werden können.

Die Erfahrungen der Besten studieren und anwenden

Immer mehr setzt sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auch in der Baudurchführung durch. Dabei entwickeln sich vielfältige Formen und Methoden. Im Bezirk



„Kaum eine andere Maßnahme beeinflußt so nachhaltig das Niveau der Produktion und unseren Lebensstandard von morgen, wie unsere heutigen Investitionen."
(Aus dem Beschluß
des X. Deutschen Bauernkongresses)

Genossenschaftsbauern beim Studium auf der AGRA 1968:
Speziallandwirtschaftsflugzeug Z-37
Hochsiloanlage des VEB Petkus (12 Silos je 150 t)
Fertigteil-Hochsilo aus dem VEB LIA Nauen
Mähdrescher E 512

Erfurt wurde nach gründlicher Diskussion mit den Werktätigen ein Kooperationsverband im Landbau gebildet, der bei voller juristischer Selbständigkeit aller Partner innerhalb diese Verbandes durch die einheitliche Leitung aller Kapazitäten und Prozesse den rationellsten Einsatz aller Mittel gewährleistet, die Kosten senken hilft und dadurch zur Erhöhung unseres Nationaleinkommens beiträgt. Auf der „agra 68" wurden diese Erfahrungen dargelegt und verallgemeinert. In den meisten Bezirken ist man jetzt dabei, diese wertvollen Erfahrungen unter Beachtung der territorialen Bedingungen zu übertragen und weiterzuentwickeln.

Bei der Bildung dieser Kooperationsverbände für den Landwirtschaftsbau gibt uns der Beschluß des Ministerrates vom 31. Juli 1968 über die Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft eine gute Unterstützung. Er beinhaltet unter anderem, daß die Landbaukombinate der Bezirke schrittweise den Räten für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft zugeordnet werden.

Es gibt also eine große Initiative zur weiteren Verbesserung des Landwirtschaftsbaues, aber die Aufgaben werden im Zeitraum des Perspektivplanes umfangreicher und komplizierter. Im Leichtbau gibt es erste Ergebnisse, aber sie reichen noch nicht aus. Mit der breiteren Einführung des leichten, ökonomischen Bauens müssen die Fragen des universellen Einsatzes leichter Konstruktionen mit höchster Korrosionsfestigkeit gelöst werden. Das erfordert unter anderem, die Probleme der Standardisierung noch zielstrebiger in Angriff zu nehmen und zu lösen. Wir müssen dahin kommen, daß wir mit einer geringstmöglichen Anzahl von Elementen komplette Gebäudehüllen für alle Produktionsstufen und Kulturen entwickeln, daß wir mit diesen Gebäudehüllen alle Erfordernisse der industriemäßigen Tier- und Pflanzenproduktion erfüllen. In diesem Zusammenhang müssen mehr als bisher ökonomische Überlegungen, die Bestandteil des wissenschaftlich-technischen Höchststandes sind, im Vordergrund stehen. Wir müssen davon ausgehen, daß jede Mark, die investiert werden soll, durch die Genossenschaftsbauern und die Werktätigen der Verarbeitungsindustrie zu erwirtschaften ist und den höchsten Effekt für die Volkswirtschaft bringen muß.

Nach Bestätigung der Bodennutzungsordnung sind auch verstärkt Überlegungen anzustellen, wie durch die rationellste Nutzung der für die Bebauung zur Verfügung stehenden Flächen die Kosten gesenkt werden können. Nach wie vor betonen wir, daß der Boden das Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft ist und durch nichts ersetzt werden kann. Bereits bei der Planung und Projektierung von Produktionsanlagen ist jeder ökonomisch unbegründete und nicht vertretbare Aufwand an landwirtschaftlicher Nutzfläche zu unterbinden. Das zwingt objektiv dazu, die Fragen der kompakten Bebauung beschleunigt zu lösen und gleichzeitig Untersuchungen für die Anwendung von Geschoßbauten für die landwirtschaftliche Produktion durchzuführen.

Es kommt also darauf an, die Vorzüge unseres sozialistischen Gesellschaftssystems auch im Landwirtschaftsbau voll auszunutzen und alle gewonnenen Erkenntnisse unter unseren sozialistischen Produktionsbedingungen einer schnellen Lösung zuzuführen, damit der wissenschaftlich-technische Höchststand in seiner ganzen Komplexität erreicht und mitbestimmt werden kann.

Die Landbauordnung bietet dafür eine gute gesetzliche Grundlage. Es gibt also keine Hemmnisse für den Schöpfergeist der Architekten, Ingenieure und aller Mitarbeiter, die auf diesem Gebiet arbeiten. Alle Möglichkeiten, kühne Lösungen zu entwickeln und zu realisieren, sind gegeben. Dabei wird es aber auch erforderlich sein, bei allen Beteiligten eine noch größere Risikofreudigkeit zu entwickeln.

Hauptaufgaben der Ingenieurbüros

Die Hauptaufgabe der im Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft gebildeten Ingenieurbüros für Landwirtschaftsbau und des VEB Landbauprojekt in Potsdam besteht darin, in Kooperation mit den anderen Volkswirtschaftszweigen Projekte für die industriemäßige Produktion von kompletten Anlagen zu entwickeln. Dazu sind die strukturbestimmenden Technologien des Zweiges herauszuarbeiten. Auf dieser Grundlage ist den Kooperationsgemeinschaften und LPG zu helfen, die industriemäßige Produktion schrittweise einzuführen. Die Ingenieurbüros haben die Aufgabe, die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Landwirtschaftsbaus für ihren Zweig zu koordinieren und damit den wissenschaftlich-technischen Vorlauf zu schaffen. Ihre große Verantwortung besteht darin, alle übertragenen Aufgaben vom System her zu bearbeiten und zu klären und nicht nur ressortmäßig und eng begrenzt die rein baulichen Fragen zu sehen.

Produktion, Arbeits- und Lebensbedingungen – eine dialektische Einheit

In untrennbarem Zusammenhang mit der Gestaltung modernster Technologien in der Produktion der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft stehen die Fragen der Herausbildung von Siedlungsschwerpunkten zur Förderung des weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Besonders unter den Architekten hat es in den









vergangenen Monaten darüber viele schöpferische Diskussionen gegeben, die zu wertvollen Erkenntnissen führten. Dabei gibt es natürlich auch unterschiedliche Auffassungen über Mittel und Methoden bei der Gestaltung von Siedlungszentren, aber auch einige falsche Auffassungen über bestimmte Schritte bei der Gestaltung solcher Siedlungszentren. So teile ich zum Beispiel nicht die von Prof. Berger in der Bauzeitung, Heft 9/68, geäußerten Ansichten über Methoden und Ziele der Bildung von Siedlungsschwerpunkten.

Es gibt auch eine Reihe von konservativen, aber auch utopischen Vorstellungen, die ein ökonomisches Denken vermissen lassen und deutlich machen, daß es Bestrebungen gibt, die Siedlungsschwerpunkte ohne Einbeziehung der Menschen zu gestalten. Das ist jedoch, wie alle bisherigen Erfahrungen zeigen, nicht möglich.

Ausgangspunkt für die Gestaltung von Siedlungsschwerpunkten ist die prognostische Entwicklung des Gebietes bis zum Jahre 2000, also vor allem die Entwicklung der Produktion und der Bevölkerungsstruktur des betreffenden Gebietes. Dabei ist der gesamte gesellschaftliche Entwicklungsprozeß zu analysieren, zum Beispiel, wie sich die horizontalen und vertikalen Kooperationsbeziehungen entwickeln werden und in welcher Weise sich Gemeindeverbände herausbilden. Es muß die Frage geklärt werden, welche politische, gesellschaftliche und ökonomische Funktion der Siedlungsschwerpunkt im Prognosezeitraum erfüllen wird. Die künftigen Bewohner, also insbesondere die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern, die Werktätigen der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft werden in den landwirtschaftlichen Siedlungszentren mit ihren demokratischen Organen darüber bestimmen, wie sich diese Siedlungsschwerpunkte entwickeln sollen. Wir gehen davon aus, daß der Siedlungsschwerpunkt der politische, ökonomische und kulturelle Mittelpunkt eines Gebietes ist. Dafür ist im Siedlungsschwerpunkt ein Zentrum zu gestalten. Im Zentrum können neben mehrgeschossigen Wohnbauten, den Bauten für die Bildung und Kultur und den wichtigsten Versorgungseinrichtungen alle Einrichtungen für die soziale Betreuung untergebracht werden. Bei der Ausarbeitung der Siedlungsschwerpunkte reicht es deshalb nicht mehr aus, bestimmte Teillösungen auszuarbeiten. Es müssen Lösungen und Varianten vorgelegt werden, die in prognostischer Sicht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen.

Es braucht hier nicht besonders betont werden, daß dabei den Problemen der sozialen und kulturellen Betreuung eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Das entspricht unserer Grundforderung, die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Stadt und Land schrittweise zu überwinden. Damit wird es auch möglich sein, die berufliche Tätigkeit der Frauen in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft systematisch zu erleichtern und bedeutend zu erweitern.

Unsere Grundaufgabe: Stärkung der DDR

Der X. Deutsche Bauernkongreß hat auch eine neue Etappe im sozialistischen Wettbewerb zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR eingeleitet. In diesem Wettbewerb haben sich die Genossenschaftsbauern, die Landarbeiter und die Werktätigen der Verarbeitungsindustrie neue, große Ziele gestellt. Diese Ziele können jedoch nur in umfassender sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit allen Werktätigen der Republik erfüllt werden. Den Bauschaffenden kommt dabei die große Verantwortung zu, im Meliorationsbau und im Landwirtschaftsbau eine gute Planerfüllung zu sichern und so beizutragen, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken.

Die Herausbildung von ländlichen Siedlungszentren und die neuen Aufgaben im ländlichen Bauen

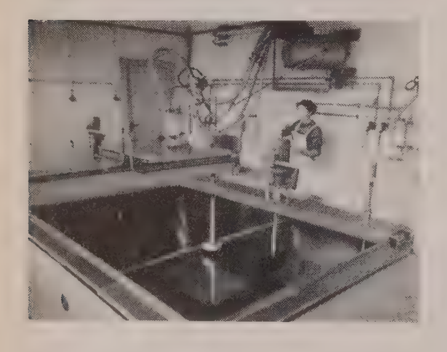
Tagung der Zentralen Fachgruppe „Ländliches Bauen" in Schwerin-Zippendorf

Dipl.Ing. Martin Grebin
Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Rostock

Am 25. und 25. September 1968 fand in Schwerin-Zippendorf eine Fachtagung des BDA mit dem Thema „Die Herausbildung von ländlichen Siedlungszentren und die neuen Aufgaben im ländlichen Bauen" statt. Veranstalter der Tagung war die von Dipl.-Ing. Martin Grebin geleitete Zentrale Fachgruppe „Ländliches Bauen" des BDA. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus einigen Referaten und Diskussionsbeiträgen dieser Fachtagung.

Der VII. Parteitag der SED rückt solche Fragen immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen und der Arbeit der Volksvertretungen in den ländlichen Gemeinden. Im Sinne des richtungweisenden Briefes des 1. Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA hat die zentrale Fachgruppe ihre Tagung am 25. und 26. September 1968 in Schwerin-Zippendorf diesem Problem gewidmet.

Die Thematik fand eine außergewöhnliche Resonanz. An der niveauvollen und vom Geist der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit getragenen Veranstaltung nahmen Vertreter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatlichen Plankommission, des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft, des Ministeriums für Bauwesen, von Hochschulen, Akademien und Instituten teil. Zu Gast waren die Mitglieder der gemeinsamen Kommission für landwirtschaftliches Bauen der DAL und der DBA. Die Aktualität der zur Diskussion stehenden Fragen wurde besonders unterstrichen durch die große Beteiligung örtlicher Volksvertretungen und Räte sowie der örtlichen Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Fast alle Büros für Territorialplanung und für Städtebau hatten Mitarbeiter entsandt.





Kooperationsgemeinschaft Berlstedt produziert Milch industriemäßig:
Milchkühlraum der LPG „Vereinte Kraft"
Verpackungsanlage im Milchkombinat Weimar (täglich werden 10 000 Plastebeutel verkauft)

Im einleitenden Vortrag erläuterte Prof. Dr. Hans Schlicht, Direktor des Instituts für Agrarökonomik der DAL, die Zielstellung der sozialistischen Land- und Nahrungsgüterwirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Mit der Prognose der strukturverändernden Produktivkräfte begründete er die objektive Gesetzmäßigkeit der Herausbildung von ländlichen Siedlungssystemen und die zu erwartenden grundlegenden Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Lebensweise auf dem Lande. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen über die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den relativ beständigen Prozessen der Siedlungsentwicklung und den ständig neuen, vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion zur Kenntnis genommen.

Über die ersten Vorstellungen und bisherigen Erfahrungen, insbesondere bei der Umgestaltung des ländlichen Siedlungszentrums Ferdinandshof im Bezirk Neubrandenburg, informierten vier Referate.

Die Diskussion war vor allem eine ideologische Auseinandersetzung mit den neuen Aufgaben. Sie unterstrich die Schrittmacherrolle der Landwirtschaft und ließ deutlich werden, welche unterschiedlichen und differenzierten Bedingungen in jedem Falle anzutreffen sind. Für die schrittweise Bewältigung der sehr komplexen Problematik war besonders wertvoll, daß alle Beiträge die sozialistische Gemeinschaftsarbeit behandelten und die wachsende Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und Räte hervorhoben. Viel beachtet wurde der Diskussionsbeitrag des Kreisratsvorsitzenden, Dr. Barm, über die Erfahrungen im Kreis Osterburg.

Sowohl die Referenten als auch die Diskussionsredner (s. auch S. 89 bis 97) wiesen darauf hin, daß es notwendig ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Werktätigen auf dem Lande zu verbessern. Die schrittweise Herausbildung und Umgestaltung von Siedlungszentren muß einhergehen mit der rationellen Nutzung, Modernisierung und Instandhaltung der Bausubstanz und der Ortsverschönerung in allen Dörfern.

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, Leiter der Abteilung Städtebau und Dorfplanung im Ministerium für Bauwesen sprach dem BDA seine Anerkennung für die ausgezeichnete, auf hohem Niveau stehenden Veranstaltung aus und betonte die Aktualität und Wichtigkeit des hier behandelten Themas.

Auf die Arbeit der Städtebauer und Dorfplanung eingehend, hob er hervor, daß sie mit der Organisation und Gestaltung der räumlichen Umwelt keinen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft leisten. Dazu sind ideologische Klarheit und wachsendes Fachwissen von größter Wichtigkeit, wie es die bisherige Arbeit an sozialistischen Siedlungszentren nachdrücklich beweist. Er unterstrich die Bedeutung der Generalbebauungspläne der Bezirke und stellte die Aufgabe, die noch bestehenden weißen Flecke vor allem durch Untersuchungen zur Entwicklung der Siedlungszentren zu füllen. In diesem Zusammenhang bringen die ersten Erfahrungen mit der Planungs- und Entwicklungsarbeit für Ferdinandshof wertvolle Anregungen und lassen eine Reihe von Schlußfolgerungen zu.

Dipl.-Ing. Kluge warnte aber davor, das Beispiel Ferdinandshof einfach zu verallgemeinern und begrüßte es, daß die Fachgruppe eine erste Fassung von Empfehlungen zur weiteren Arbeit in der Dorfplanung erarbeite, die mit dazu beitragen, die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen.

Die Kollegin Dipl.-Ök. Thole sprach über Erfahrungen der Planungsarbeit für die Kooperationsgemeinschaft Lalendorf — Vogelsang im Kreise Güstrow und brachte zu diesem Beispiel im Bezirk Schwerin eine interessante Argumentation. Sie wies darauf hin, daß neben der Herausbildung von Siedlungszentren und der rationellen Nutzung der Kleinstädte als Versorgungszentren der ländlichen Gebiete unter bestimmten Bedingungen auch Siedlungszentren unterer Ordnung mit mindestens 2000 Einwohnern erforderlich seien, um die Lebensverhältnisse unserer Landbevölkerung schneller den Erfordernissen der sozialistischen Produktion anzupassen.

Die Tagung kam einem großen Informationsbedürfnis entgegen und brachte eine erste Klärung der Meinungen. Prof. Dr.-Ing. Till Lammert konnte in seinem Schlußwort u. a. eine Orientierung für die weitere Diskussion geben (s. S. 96)

Kulturelle Aspekte bei der Planung von Siedlungszentren auf dem Lande

Dr. Helmut Hanke
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
Lehrstuhl Kunst und Literatur

Die erfolgversprechende Planung und Gestaltung von ländlichen Siedlungszentren erfordert ein prognostisches Herangehen, ein auf die Zukunft gerichtetes Denken – geht es doch um eine gebaute Umwelt, um eine gestaltete Landschaft, die die optimale Entfaltung der sozialistischen Lebensweise in den siebziger und achtziger Jahren, ja, bis zum Jahre 2000 positiv stimulieren soll.

Unsere prognostischen Überlegungen gehen von der Erkenntnis aus, daß mit der sozialistischen Umgestaltung die größte Revolution in der deutschen Agrargeschichte in Angriff genommen wurde, die zur Herausbildung eines neuen Typs der Landwirtschaft führt, wie er für ein hochindustrialisiertes sozialistisches Land mit einer entwickelten Agrarproduktion notwendig ist.

Grundlegende Züge dieser Umwandlung sind meines Erachtens

- die vollständige Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft und die Revolutionierung der Produktivkräfte, die von der zersplitterten Einzelwirtschaft über die Vergenossenschaftung und die Entwicklung der Kooperationsbeziehungen zu einer hochproduktiven, vollmechanisierten und teilautomatisierten Großproduktion der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft führt;
- die Herausbildung eines neuen Produzententyps. Der bäuerliche Universalist und Individualist (Prof. Schick nennt ihn „Allerweltsbauer“) verwandelt sich in den allseitig gebildeten sozialistischen Fachmann, der in der sozialistischen Gemeinschaft wirkt;
- der Übergang zur industriemäßigen Produktion, der zu einem grundlegenden Wandel in den Arbeits- und Lebensbedingen führt.

Allmählich entstehen moderne Komplexe der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und Zentren des gesellschaftlichen Lebens. Ein neuer Typ der Landgemeinde entsteht, das ländliche Siedlungszentrum mit städtischem Komfort.

Die Umwandlungen in unserer Landwirtschaft sind also komplex und total:

Es entsteht eine neue Landwirtschaft.

Es entwickelt sich ein neuer Menschentyp.

Es wandelt sich das alte Dorf.

Das zeigt, daß wir es mit einer Revolution zu tun haben, mit qualitativen Umwandlungen in den Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und den Elementen des Überbaus.

Zu prognostischen Anforderungen an das Kulturniveau der Werktätigen der Landwirtschaft

Die SED geht bei der Arbeit an der Gesellschaftsprognose der DDR davon aus, daß in den siebziger und achtziger Jahren die geistig-ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Systemen erstrangige Bedeutung erlangen werden. Dabei werden die Probleme der Lebensweise, der Humanität der gesellschaftlichen Verhältnisse, das Verhältnis von Gesellschaft zu Individuum und das Persönlichkeitsbild noch weit stärker in den Brennpunkt des geistigen Kampfes rücken, als sie es heute ohnehin schon sind.

In Erkenntnis, daß im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus jenes System den Sieg erringen wird, das dem werktätigen Menschen die Stellung verschafft, die ihm als Schöpfer aller Werte zukommt (Walter Ulbricht), stellen wir in der Prognosearbeit das Problem des Menschen in der Gesellschaft, die Entwicklung seiner Bedürfnisse und Verhaltensweisen, die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und in den Mittelpunkt.

Ich glaube, daß dieser Standpunkt auch voll und ganz für die Landwirtschaft zutrifft. Auch hier gilt, daß der Kampf um höchste ökonomische Effektivität, um Weltniveau in Produktionsergebnissen und -kosten kein Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck: zur ständig besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft, der Entfaltung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen und der Persönlichkeit der Menschen, der Stärkung ihrer politischen Organisation, des Staates und der Gesellschaft. So ist die Zielfunktion der Volkswirtschaft der DDR bekanntlich in unserer neuen Verfassung bestimmt.

In bezug auf die Landwirtschaft ist dieses humanistische Anliegen vielleicht besonders deutlich, denn mit der Umgestaltung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind grundlegende menschliche Fortschritte und Wandlungen verbunden.

Im Prognosezeitraum werden sich im Kulturniveau der Werktätigen der Landwirtschaft weitere wesentliche Entwicklungen vollziehen. Die Produktion wird vollmechanisiert. Schon 1967 betrug der Mechanisierungsgrad in der Feldwirtschaft bei der Getreideernte 89 Prozent, bei der Kartoffelernte 53,5 Prozent und bei der Zuckerrübenernte 93,7 Prozent. In bestimmten Produktionsbereichen (vor allem bei der Verarbeitung) wird die Automatisierung eingeführt.

Heute bereits sichtbare Wandlungen im Charakter der Arbeit werden sich voll ausbilden:

- Das Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit wird sich weiter zugunsten der geistigen Arbeit verschieben. Die Arbeit in der technisch hochentwickelten Landwirtschaft wird die Werktätigen vor allem intellektuell und psychisch beanspruchen.
- Die moderne Technik und die direkte Anwendung der Wissenschaft wird in allen Produktionszweigen zum wichtigsten Faktor der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zur Hauptform der Arbeitstätigkeit werden die Bedienung und Steuerung von Maschinen, Maschinensystemen und automatisierten Produktionsanlagen.
- Die Anzahl der in Entscheidungs- und Leitungsfunktionen Tätigen wächst.

Die industriemäßige Produktion erfordert einen kontinuierlichen Produktionsablauf. Die Schichtarbeit, die heute schon in den Viehwirtschaftsanlagen von Groß-Lüsewitz und anderswo üblich ist, wird sich allgemein durchsetzen. Damit wird auch in der Landwirtschaft der Reproduktionsrhythmus Arbeitszeit – Freizeit, Arbeitswoche – arbeitsfreies Wochenende möglich. Mit der wachsenden Freizeit und dem höheren Kulturniveau entstehen günstigere Bedingungen für die humanistische Lebensgestaltung und die allseitige Persönlichkeitsentwicklung. Kultursoziologische Untersuchungen zeigen, daß die gebildetsten und politisch bewußtesten Schichten der Werktätigen nicht nur die Schrittmacher bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution sind, sondern auch jene, die ihre Freizeit am vielseitigsten für wissenschaftliche und kulturelle Bildung, für die Pflege der sozialistischen Gemeinschaftsbeziehungen mit der eigenen Familie, mit Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten und für Sport, Erholung, Ausgleich und schöpferische Betätigungen nutzen. Auch von der Freizeitsphäre wachsen also vielfältige Anforderungen an das Siedlungsnetz und die Siedlungszentren.

Die Veränderung der Arbeit drückt sich in wesentlich höheren geistigen Anforderungen aus. Für die neuen Berufe, die mit der spezialisierten Produktion in der Feld- und Viehwirtschaft entstehen, ist die zehnklassige Schulbildung Grundlage. Der Anteil der fachlich qualifizierten Kader, der bei den LPG-Mitgliedern 1960 bei 5,3 Prozent und 1967 bei 31 Prozent lag, wird bis 1970 zunächst auf Zweidrittel und danach weiter wachsen. Die moderne sozialistische Landwirtschaft kann weder mit dem traditionellen Bauern, der weitgehend auf Grund empirischer Erfahrungen und herkömmlichen Arbeitspraktiken wirkt, noch mit einem einseitig orientierten Spezialisten auskommen.

Die Landwirtschaft braucht den allseitig gebildeten, vielseitig befähigten sozialistischen Fachmann, der hochproduktive, geistig intensive Produktionsprozesse durch Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik beherrscht, sachkundig an der Planung und Leitung der Kooperationsgemeinschaft mitwirkt und bewußt die sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse auf dem Lande gestaltet.

Daß er auch ein moralisch-ethisch und kulturell-ästhetisch gebildeter und empfinden-

der Mensch sein muß, der auch im persönlichen Leben und in den Beziehungen zu anderen sozialistisch handelt, versteht sich von selbst. Ständiges Lernen wird für ihn Lebensprinzip sein.

Das Kulturniveau dieser sozialistischen Persönlichkeit wird nicht nur durch hohe Anforderungen in der Arbeit, allseitige Bildung und berufliche Spezialisierung positiv beeinflußt, sondern auch die Entwicklung der kulturellen Bildungsmöglichkeiten, die wachsende Mobilität und die Ausweitung der kulturellen Massenkommunikation werden ihm eine vielseitige Befriedigung geistiger Bedürfnisse ermöglichen. Von 1960 bis 1967 stieg in der DDR zum Beispiel die Anzahl der Fernsehgeräte je 100 Haushalte von 16,7 auf 74,5. 1970 werden mit hoher Wahrscheinlichkeit alle Haushalte ein Fernsehgerät besitzen.

Bei den bisherigen Überlegungen zur Entwicklung der Siedlungszentren haben wir schon relativ genaue Vorstellungen über den Charakter der Produktionseinrichtungen, über die Arbeitsbedingungen und das anzustrebende Entwicklungsniveau der Arbeitsgestaltung und Produktionskultur. Hier ermöglichen auch die bestehenden oder im Entstehen begriffenen Beispielanlagen industriemäßiger Produktion ein eingehendes Studium und konstruktive Verbesserungen erreichter oder das Anstreben neuer Lösungen.

Schwieriger noch als eine hocheffektive Produktionsstruktur zu erreichen und sozialistische Arbeitsbedingungen zu schaffen, scheint die Beantwortung der Frage: Welche Bedürfnisse wird der allseitig gebildete Mensch in der Landwirtschaft entwickeln, wie wird er leben, welche Ansprüche wird er an die Gestaltung der Arbeitsumwelt, der Wohnung und des Siedlungszentrums stellen? Wie müssen die Wohnkomplexe, die Versorgungseinrichtungen, die gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen beschaffen sein?

Für die Beantwortung dieser Fragen fehlt weitgehend der wissenschaftliche Vorlauf, fehlen die aus einer fruchtbaren Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen (Agrarökonomie, Agrarsoziologie, Städtebau, Kulturwissenschaft, Architekturtheorie usw.) mit der Praxis gewonnenen prognostischen Zielsetzungen.

Einige Anhaltspunkte zum Problem des Wohnens in Siedlungszentren lassen sich aus einer Untersuchung zum Wohnmilieu und Wohnverhalten in 10 Städten der DDR gewinnen, die im Sommer 1967 gemeinsam von der Deutschen Bauakademie und dem Arbeitskreis für Kultursoziologie bei der Abteilung Soziologie an unserem Institut durchgeführt wurde. Ein Studium dieser Ergebnisse kann insofern von Nutzen sein, weil aus den vorliegenden Verhaltensmustern und Lebensgewohnheiten der Stadtbevölkerung gewisse Hinweise für die Entwicklung in den ländlichen Zentren gewonnen werden können.

Wohnverhalten im städtischen Milieu

Diese soziologischen Ergebnisse bringen Informationen über das gegenwärtige Wohnverhalten und die Erwartungshaltung städtischer Bevölkerung und sind für die Prognose des Städtebaus und der Siedlungsplanung von weitreichender Bedeutung. (Es wurden rund 5000 Einwohner nach Stichprobenauswahl befragt, das kann als repräsentativ für die Einwohner der von der Untersuchung erfaßten Städte gelten.)

Durch die Untersuchung wurde die Annahme voll bestätigt, daß die Wohnung eine große Bedeutung für die Lebensgestaltung hat. Sie spielt eine große Rolle im Leben der Familien und bei der Gestaltung der Gemeinschaftsbeziehungen. Die Befragung zeigte, daß sie nicht schlechthin als Wohnraum für die Familienangehörigen dient, sondern vielseitig genutzt wird.

Bevorzugte Freizeitbetätigungen (in Prozent der Befragten) in der Wohnung sind:

Lesen	22 Prozent
Handarbeiten	20 Prozent
Haushalt	11 Prozent
Fernsehen	9 Prozent
spezielle Hobbys	7 Prozent
Beschäftigung mit der Familie und den Kindern	5 Prozent
Musikhören (bewußt und ausgewählt)	2 Prozent
Ausruhen	2 Prozent
künstlerische Betätigung	1 Prozent

Mit 41 Prozent sind die geistig-kulturellen Tätigkeiten die vorrangigen Beschäftigungen während der Freizeit in der Wohnung.

22,5 Prozent der Befragten gaben an, daß sie in ihrer Wohnung Tätigkeiten verrichten, die unmittelbar mit ihrer Arbeit in Verbindung stehen (78 Prozent davon erledigen zu Hause schriftliche Aufgaben des Arbeitsgebietes, 38 Prozent lesen regelmäßig Fachliteratur, 10,5 Prozent arbeiten an Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen).

Die Bedeutung des Lesens und der Bildung geht auch daraus hervor, daß in 83 Prozent der Haushalte eigene Bücher vorhanden sind (bis 10 Bücher = 13 Prozent, 10 bis 30 Bücher = 25 Prozent, 30 bis 100 Bücher = 27 Prozent, über 100 Bücher = 18 Prozent).

Besonders wesentlich für die Prognose ist der soziologisch nachgewiesene Umstand, daß sich die geistig-kulturelle Tätigkeit in der Wohnung mit zunehmendem Bildungsgrad, höherer Fachausbildung und größerer gesellschaftlicher Aktivität erhöht.

Bei der Planung der neuen Wohnkomplexe und beim Aus- und Umbau bestehender Wohnungen ist deshalb unbedingt zu beachten, daß die Wohnung bereits heute und noch mehr in der Zukunft mehreren Funktionen gerecht werden muß: der Familie, der Kindererziehung und dem Wohnen, der individuellen oder in der Familie ausgeübten schöpferischen Betätigung, der Information, Bildung und geistigen Arbeit, dem Lesen, Fernsehen und Musikhören, der Geselligkeit und den Gemeinschaftsbeziehungen.

Die Befragung zeigte, daß sich die gesellschaftlichen Kontakte überwiegend in den Wohnungen vollziehen.

Auf die Frage: „Welche Möglichkeiten zum Kontakt mit anderen Menschen nutzen Sie überwiegend?" gab es folgende Antworten:

Besuche bei Freunden und Bekannten	41,4 Prozent
Kontakte im Betrieb, in der Arbeitsstätte	23,2 Prozent
Kontakte mit Wohnungsnachbarn	16,4 Prozent
Kontakte in der Kleingartenanlage	5,8 Prozent
Kontakte in den Sportstätten	5,3 Prozent
Kontakte im Klub, im Kulturhaus	3,0 Prozent
Tanzveranstaltungen oder andere Geselligkeit	2,5 Prozent
Kontakte in Gaststätten	1,5 Prozent
Andere Möglichkeiten	0,9 Prozent

57,8 Prozent der Kontaktbeziehungen vollziehen sich nach diesen Angaben also in den Wohnungen.

Die geringe Repräsentanz gesellschaftlicher Einrichtungen (mit Ausnahme der Betriebe) in diesen Gemeinschaftsbeziehungen verdient eine gesonderte Beurteilung.

Mir scheint, daß sich darin vor allem der wachsende Widerspruch zwischen dem ständig steigenden Niveau der individuellen Lebensgestaltung (Wohnung, Komfort, Bedürfnisse) und der Stagnation oder dem Zurückbleiben der Kultur der Gemeinschaftseinrichtungen (Ausstattung, kulturelles Angebot, Niveau der Betreuung usw.) äußert. Deutlich wurde auch der Wunsch nach größeren Wohnungen (vor allem Kinderzimmer und Arbeitszimmer), nach höherem Komfort in den Wohnungen und nach größerer Variabilität des Wohnraums (Möglichkeit der Anpassung an den sich verändernden Familienrhythmus). Die von der Kultursoziologie auch auf anderen Gebieten nachgewiesene zunehmende Differenziertheit der individuellen Bedürfnisse liegt auch bei den Wohnansprüchen vor. Auch hier gibt es keine genormten Bedürfnisse nach ein für allemal festliegenden Wohnungsgrößen und -grundrissen, wie es von der Bauindustrie mitunter angenommen wird.

Für die Planung der Wohnkomplexe in den Siedlungszentren dürfte auch interessieren, daß 90 Prozent der Städter den Wunsch äußerten, sich am Feierabend oder Wochenende für einige Stunden in der Natur zu erholen, Spaziergänge im Park oder in der stadtbezogenen Landschaft zu unternehmen.

Bei der Freizeitbeschäftigung außerhalb der Wohnung gibt es folgende Relationen:

Spaziergänge, Ausflüge (auch mit Kfz.)	32,1 Prozent
Gartenarbeit	22,5 Prozent
Sportliche Betätigung einschließlich Besuch von Sportveranstaltungen	6,8 Prozent
Besuch kultureller Einrichtungen	3,2 Prozent
Andere Angaben	8,9 Prozent
Keine Angaben	26,5 Prozent

Auch hier überwiegen bei weitem die im Freien ausgeübten Tätigkeiten, eine auch in allen anderen Untersuchungen zum Freizeitverhalten auftretende Tendenz.

11,3 Prozent der Städter besitzen einen Hausgarten,

17,1 Prozent einen Kleingarten und

1,7 Prozent ein Wochenendgrundstück.

Von den Befragten, die keinen Garten besitzen, äußerten

35,6 Prozent das Bedürfnis nach einem Kleingarten und

23,4 Prozent das Bedürfnis nach einem Wochenendgrundstück.

Das deutet an, welche Bedeutung beim Aufbau von Siedlungszentren die Einbeziehung der Natur, die Durchgrünung der Wohnkomplexe, die Nutzung von Parkanlagen, Wäldern, Gewässern und so weiter gewinnen. Es müssen auch die Bedürfnisse

nach der Arbeit im Freien, nach der Bewirtschaftung von Gärten erforscht werden, da die bisherige Form des Hausgartens und der individuellen Nebenwirtschaft ja über kurz oder lang in Wegfall kommen wird.

Kulturelle Anforderungen an die Siedlungszentren

Eine geschichtlich so bedeutsame Aufgabe wie die Gestaltung der Siedlungszentren erfordert neue Lösungen. Schließlich geht es um nicht mehr und nicht weniger als um den gebauten Ausdruck des Schrittes des deutschen Dorfes aus dem Mittelalter (denn aus dieser Zeit stammen die Grundformen des heutigen Dorfes) in die sozialistische Epoche.

Das kann nur erreicht werden, wenn eine komplexe Umweltgestaltung angestrebt wird, von der Produktionskultur über die Kultur der Gemeinschaftseinrichtungen bis zur Wohnkultur und zur Landschaftsgestaltung.

Dabei wird die Architektur zum gestalteten Ausdruck menschlicher Herrschaft über die objektiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, zur räumlichen Gestaltung der sozialistischen Lebensweise und zum realkünstlerischen Ausdruck sozialistischer Kultur.

Die ländlichen Siedlungszentren werden sich in sehr verschiedenartiger Form herausbilden (Erweiterung traditioneller Zentren, Komplettierung gesellschaftlicher Einrichtungen und Konzentration des Wohnungsneubaus in Landstädten, und unter Umständen auch in Kreisstädten und im Prognosezeitraum nur in wenigen Fällen durch generellen Neubau).

Trotz dieser unterschiedlichen Beschaffenheit werden die Siedlungszentren die Arbeits- und Lebensumwelt sozialistischer Menschen sein, der Förderung der Gemeinschaft der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der Handwerker und der Angehörigen der Intelligenz dienen (denn alle für die sozialistische Gesellschaft repräsentativen Schichten werden in diesen Zentren wohnen). Die Siedlungszentren sollen so beschaffen sein, daß sie die gegenseitige Annäherung der Klassen und Schichten, die Herausbildung der qualitativ einheitlichen Lebensweise der sozialistischen Menschengemeinschaft unterstützen. Dabei wird es darum gehen, die Spezifik der Landschaft und der gebauten Umwelt klug auszunutzen, kulturell wertvolle historische Bausubstanz nach Möglichkeit zu erhalten und den Siedlungszentren ein unverwechselbares, eigenes Gesicht zu geben. Es müßte ein Vorzug der architektonischen Lösungen sein, daß man die Siedlungen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg nicht nur an den Ortsschildern voneinander unterscheiden kann. Die bildende Kunst sollte von Anfang an in die Konzeption der Zentren einbezogen werden. Deshalb kann es meines Erachtens auch keine allgemeinverbindlichen Auflagen für die zu schaffenden Einrichtungen und die anzustrebende Gestaltung geben. Was die kulturelle Seite betrifft, so haben wir folgende Meinung über die im Siedlungszentrum zu erfüllenden Funktionen:

■ Im Siedlungszentrum müssen die Bildung der heranwachsenden Generation und die Weiterbildung der Werktätigen gesichert werden. Vom Zentrum aus müssen die Einwohner mit der Literatur und den für ihre Tätigkeit erforderlichen Informationen versorgt werden. Zum Zentrum gehören deshalb die zehnklassige polytechnische Oberschule, die Einrichtung der Erwachsenenbildung und die Zentralbibliothek.

■ Im Zentrum muß die Möglichkeit bestehen, zu gesellschaftlichen Höhepunkten politische, kulturelle und sportliche Veranstaltungen für den ganzen Einzugsbereich durchzuführen (in der Regel im Freien). Ein Mehrzwecksaal für Versammlungen, Filmvorführungen, Kulturveranstaltungen, und gesellige Zusammenkünfte, Tanz und Unterhaltung ist meines Erachtens ebenso unerläßlich wie kleinere Räume für vielseitige Zwecke.

■ Alle Erfahrungen beweisen, daß die höchste gesellschaftliche Wirksamkeit dort erreicht wird, wo Sport, Kultur, Erholung und gastronomische Versorgung sinnvoll vereinigt werden. Klubgaststätten mit vielseitiger Nutzung bieten sich an (auch für die gesellschaftliche Speisung).

■ Zentrumsnah sind die sportlichen Anlagen und Erholungsmöglichkeiten anzuordnen. Parks und Freiflächen müssen für kulturell-bildende und gesundheitlich-regenerative Verwendung der Freizeit nutzbar sein. Grünflächen sollen nicht nur Schauflächen sein, sondern interessant gestaltete Freiflächen für gesellschaftliche und individuelle Nutzung.

Es geht dabei nicht nur um ein Nebeneinander der verschiedenen Einrichtungen, sondern um ein komplexes gesellschaftliches Zentrum, das eine vielseitige und sich verändernde Nutzung ermöglicht.

Es sind die vielseitigsten Kombinationen denkbar: Schule, Erwachsenenbildung, Gastronomie — Kulturhaus, Politisches Zentrum — Mehrzwecksaal, Kultur- und Freizeitzentrum und so weiter. Durchaus nicht überall geht es um umfangreiche Neubauten. Vieles kann durch Erweiterungen, Umfunktionierung und Kooperation der verschiedenen Einrichtungen erreicht werden. Meines Erachtens entspricht das in der „Vorläufigen Richtlinie für die bauliche Weiterentwicklung der Dörfer" vom Jahre 1964 vorgegebene Ausstattungsprogramm nicht mehr dem heutigen Stand unserer Überlegungen.

Nach dieser Richtlinie sollen sich in Siedlungszentren folgende Einrichtungen befinden:

zehnklassige polytechnische Oberschule,

Kulturhaus mit Klub-, Zirkel- und Speiseräumen

Kindergarten mit Kinderkrippe,

Selbstbedienungskaufhalle,

Dienstleistungsgebäude mit Annahmestellen für Reinigung und Reparatur, Gemeinschaftswasch- und -badeeinrichtungen,

Friseur,

staatliche Arzt- und Zahnarztpraxis,

staatliche Tierarztpraxis.

Dieses Ausstattungsprogramm enthält Gefahren einer Uniformierung der Gestaltung von Siedlungszentren — einmal orientiert es generell auf den Neubau und zum anderen bietet es ein gewisses Schema für die Ausstattung der Zentren. Richtiger scheint es mir, von den inhaltlichen Aufgaben der Siedlungszentren auszugehen, davon, daß das Siedlungszentrum sich entwickelt als Zentrum der Produktion, des Wohnens, der Bildung, der Kultur, des Sportes und der Erholung, des Handels und der Dienstleistungen, der gesundheitlichen und sozialen Betreuung sowie der Planung und Leitung des gesellschaftlichen Lebens.

Es müssen solche Städte und Gemeinden ausgewählt und als Siedlungszentren entwickelt werden, in denen für die Erfüllung dieser politischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und kommunalen Funktionen die besten Voraussetzungen bestehen. Auch für die Planung und Gestaltung der Siedlungszentren gilt der Grundsatz des ökonomischen Systems: Mit dem geringsten Aufwand den größten gesellschaftlichen Nutzen erreichen.

Was die kulturelle Seite betrifft, so sind wir der Meinung, daß zu einem ländlichen Siedlungszentrum gehören:

Das Zentrum der Bildung

Vorschulerziehung, zehnklassige polytechnische Oberschule, Berufsausbildung und Weiterbildung

Das Kulturzentrum

Mehrzwecksaal für die verschiedensten gesellschaftlichen und kulturellen Zwecke, Zentralbibliothek mit Lesesaal und Informationsstelle, Räume für Zirkel- und Arbeitsgemeinschaften, Kombination kulturelle Betreuung — Gastronomie

Das Sport- und Erholungszentrum

Sportplatz, Übungsplätze, Turnhalle, Schwimmhalle oder -bad, Sauna, Kegelbahn, vielseitig nutzbare Freiflächen, Parks, Gastronomie

Im Siedlungszentrum können aber nicht alle Kulturbedürfnisse befriedigt werden, hier kann nicht die ganze Palette des sozialistischen Kulturlebens vorhanden sein. Man müßte hier meines Erachtens drei Ebenen unterscheiden:

■ Im Siedlungszentrum müssen die Funktionen Arbeit, Wohnen, Lernen, Feierabenderholung, schöpferisch-kulturelle Tätigkeit, Geselligkeit und Sport verbunden werden. (Möglich sein muß die Vorführung normaler Kinofilme, das Auftreten künstlerischer Gruppen, die Durchführung von Tanzabenden und geselligen Veranstaltungen.)

■ In der näheren Umgebung (Kreisstadt oder andere größere Stadt, Naherholungszentrum): besondere kulturelle Höhepunkte, Theaterbesuche, Filmbesuch (80-Millimeter-Film), Wochenenderholung

■ In den gesellschaftlichen Zentren der DDR: Opern-, Konzert- und Theaterbesuche im Arbeitskollektiv oder mit der Familie, Besuch von Sehenswürdigkeiten, Museen, Ausstellungen, Großsportveranstaltungen, repräsentativer Kulturereignisse und so weiter.

Der steigende Grad der individuellen Motorisierung, die Anschaffung von Verkehrsmitteln durch die Kooperationsgemeinschaften und die zunehmende Verkehrserschließung ermöglichen im Prognosezeitraum das Erreichen solcher Zentren wie Berlin, Dresden, Leipzig, Neubrandenburg, Potsdam, Weimar, Schwerin, Rostock und der großen Erholungsgebiete mit zumutbarem Zeitaufwand.

Es geht um die Vorbereitung der Planung und den Aufbau der Siedlungszentren auf dem Lande. Dabei gilt ganz besonders der demokratische Grundsatz der Agrarpolitik der SED: jeden Schritt vorwärts gründlich mit den Bauern beraten, ihre Vorschläge und Hinweise beachten und erst nach gewonnener Übereinstimmung den nächsten Schritt tun. Bei diesem großen Programm brauchen wir die Intelligenz, die Initiative und den ästhetischen Sinn der Landbevölkerung — denn schon zum 20. Jahrestag der DDR sollen unsere Städte und Gemeinden schöner sein.

Aus Referaten und Diskussionsbeiträgen

Dipl.-Ök. Ing. Günter Hörr

Mitglied des Rates des Bezirkes Neubrandenburg
Leiter der Abt. Wohnungspolitik und komplexer Wohnungsbau

In den bisherigen Darlegungen wurde hier sehr deutlich, daß auch die Entwicklung unserer Siedlungssysteme auf der Grundlage objektiver Gesetzmäßigkeiten erfolgt. Daraus ist abzuleiten, daß wir den Prozeß nicht nach subjektiven Wünschen gestalten können. Wie bei allen objektiv verlaufenden gesellschaftlichen Prozessen, so hängen auch in diesem Fall Effektivität und Tempo der Entwicklung nicht unwesentlich davon ab, wie wir es in unserer Leitungstätigkeit verstehen, von den Erfordernissen der objektiven Gesetze auszugehen. Negieren wir die objektiven Gesetze, dann entstehen Widersprüche, vermeidbare Verluste und die Gefahr, daß sich Administration entwickelt und daß der ganze Prozeß diskreditiert wird.

Unsere Erfahrungen im Rat des Bezirkes Neubrandenburg zeigen, daß wir zum Aufbau solcher komplexen Siedlungszentren eindeutig formulierte politisch-ökonomische Zielsetzungen brauchen, die sich von der Aufgabe her im Grunde genommen durch nichts von den politisch-ökonomischen Zielsetzungen unterscheiden, die wir gegenwärtig in unserer Republik, beispielsweise für den weiteren Aufbau unserer Bezirksstädte und ihrer Zentren, herausarbeiten. Die Räte der Kreise müssen deshalb befähigt werden, den Prozeß der Siedlungsentwicklung in ihren Territorien richtig zu leiten.

Dazu müssen wir ihnen die besten Erfahrungen vermitteln, die wir bei der Entwicklung des Siedlungszentrums Ferdinandshof gewinnen konnten. Das betrifft vor allem die Standortpolitik und die Konzentration des Wohnungsneubaus im Siedlungszentrum, den Übergang zum komplexen Wohnungsbau auch auf dem Lande, seine Verbindung mit gesellschaftlichen Bauten zur städtebaulichen Gestaltung und die Notwendigkeit von Maßnahmen der Investitionskoordinierung. Zur Rationalisierung des ganzen Planungs- und Bauprozesses muß ein Hauptauftragnehmer eingesetzt werden, der die Aufgaben übernimmt, die von den örtlichen Räten wegen der fachlichen Kompliziertheit und der umfangreichen Geschäftstätigkeit weder qualitativ noch quantitativ bewältigt werden können.

Wir sind der Auffassung, daß die Möglichkeit einer exakten Leitung des Investitionsgeschehens auf der Grundlage der vom Ministerrat beschlossenen Investitionsgrundsätze durchaus gegeben ist. Diese Möglichkeiten dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir nur dann zu effektiven Prozessen bei der Gestaltung der Siedlungszentren und bei der Leitung ihres Aufbaus kommen, wenn alle fachlich zuständigen Auftraggeber gemeinsam mit unseren Architekten an die Erarbeitung des städtebaulichen Programms in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit herangehen, unter Leitung der örtlichen Räte zusammenwirken und klare Aussagen über die Entwicklung ihrer Bereiche vorgelegt werden.

(**Dipl.-Ing. Peter Stange**, Rat des Bezirkes Schwerin, konkretisierte diese Ausführungen in präzisen Vorschlägen für die Bildung solcher Auftraggeberorgane, belegte ihre Notwendigkeit und brachte Empfehlungen für die Abgrenzung von Aufgaben und Vollmachten unter Wahrung der Rechte der Gemeinden, basierend auf Erfahrungen im Bezirk Schwerin.)

Arch. BDA Eberhard Lockenvitz

Mitglied des Rates des Bezirkes Rostock

... Der Erste Sekretär unserer Bezirksleitung hat eine Arbeitsgruppe berufen, die an der Prognose für die Entwicklung von Städten und ländlichen Siedlungszentren arbeitet. Ausgehend von den Fortschritten in der Entwicklung der Kooperationsbeziehungen, hat sich der Rat des Bezirkes Rostock besonders mit den progressivsten Kooperationsgemeinschaften beschäftigt, um die besten Erfahrungen für die sozialistische Entwicklung auf dem Lande auszuwerten. Der Herausbildung von Siedlungszentren wurde beim Dorf Mecklenburg (im Bereich der Kooperationsgemeinschaft Groß Stieten) und beim Dorf Semlow (in der Kooperationsgemeinschaft Semlow-Schulenberg) zugestimmt.

Nach Vorlage der politisch-ökonomischen Grundlagen haben wir sieben Dorfplanerkollektive zu einem Ideenwettbewerb aufgefordert. Sie werden ihre Wettbewerbsergebnisse bis zum 30. November 1968 vorlegen. Auch diese Methode bildet ein wichtiges Mittel staatlicher Leitungstätigkeit und beweist, welche Gründlichkeit das verantwortliche Staatsorgan der Lösung solcher komplizierten Fragen zuwendet.

Ich stimme mit den Vorrednern, die sich mit der Frage eines notwendigen Auftraggeberorgans beschäftigten, und auch mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Osterburg überein, daß wir unsere Kreisbauämter und Kreisarchitekten in den meisten Fällen bei der Lösung solcher Aufgaben noch überfordern und daß deshalb geeignete Fachkader freigesetzt oder speziell ausgebildet werden müssen. Man sollte überlegen, ob man nicht zum Beispiel bei Semlow den Wettbewerbssieger an das örtliche Organ vertraglich binden könnte, um die guten Ideen der Städtebauer und Architekten in die Verwirklichung einzubeziehen.

Dr.-Ing. Hans Grünberg

Deutsche Bauakademie

Die Widersprüche zwischen der meist schon im Zeitalter des Feudalismus entstandenen Siedlungsstruktur und den Erfordernissen der hochintensiven, wissenschaftlich geleisteten und industriemäßig organisierten sozialistischen Landwirtschaft verlangen jetzt konkrete Lösungen, die sich mehr oder weniger in unseren 7933 ländlichen Gemeinden auswirken werden. Einer dieser Widersprüche tritt zutage im häufigen Streit um die Deckungsgleichheit der von Kooperationsgemeinschaften bewirtschafteten Gebiete und den Einzugsbereichen von Siedlungszentren. Diese Auffassung von der Notwendigkeit solcher „Kongruenz" ist noch weit verbreitet und kann angesichts des sozialistischen Fortschritts unserer Landwirtschaft zu ernstem Hemmnis werden. Es läßt sich nicht nur bei Neuholland beweisen, daß die Entwicklung der Lebensverhältnisse und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verschieden wirkenden objektiven Gesetzmäßigkeiten unterliegen und deshalb diese Deckungsgleichheit nicht vorhanden zu sein braucht. Die am Beginn unseres sozialistischen Weges fortschrittliche Zielstellung „Ein Betrieb — ein Dorf" und auch die heute davon abgewandelte Meinung „Ein Kooperationsbereich — ein Siedlungsschwerpunkt", sie sind beide bereits überholt.

Von seiten der Landwirtschaftswissenschaft werden wir angesichts der Entwicklung der Kooperationsbeziehungen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtig bestehenden und sich weiterentwickelnden Größenordnungen in der Produktion nicht zur Grundlage der Siedlungsplanung gemacht werden dürfen.

Die hier ebenfalls behandelte Einbeziehung der Kleinstädte und die Ausnutzung der bereits in ihren Mauern bestehenden Vorteile für die Entwicklung sozialistischer Lebensverhältnisse auf dem Lande kann sich natürlich nur unter den gleichen Voraussetzungen vollziehen, die insgesamt für die Entwicklung von Siedlungszentren gelten: Das heißt, sie wird bestimmt von der führenden Rolle von Schrittmacher — Kooperationsgemeinschaften und nicht nur nach den Gesichtspunkten der Architekten. Wenn wir nicht von der in unserer sozialistischen Landwirtschaft immer mehr wachsenden gesellschaftlichen Vitalität ausgehen, würden wir die früheren Fehler wiederholen. Die Einbeziehung der Kleinstädte ändert an der sozialistischen Grundorientierung unserer sozialistischen Siedlungspolitik nichts und darf auf keinen Fall als neue Parole „Jetzt nur noch Landstädte" aufgefaßt und mitgenommen werden. Das ist in erster Linie eine politisch-ideologische und in zweiter Linie erst eine baufachliche Frage.

Die Feststellungen des Genossen Dr. Barm zur Frage der Mindestgröße eines Siedlungszentrums der untersten Stufe entsprechen auch unserer Auffassung. Die von irgendwelchen Teilgebieten abgeleiteten Zahlen von mindestens fünf, zehn oder mehrtausend Einwohnern führen zur Fehlorientierung. Die heute vertretbare unterste Einheit hat sicher keine dauernde Gültigkeit, weil die hier zugrunde liegenden Kennziffern sich mit dem weiteren landwirtschaftlichen Fortschritt und der sozialistischen Entwicklung insgesamt verändern, aber sie bildet gegenwärtig einen wichtigen Ausgangspunkt für dorfpolitische Überlegungen. Denn in den ausgesprochenen Agrargebieten können wir heute aus soziologischen und ökonomischen Gründen noch nicht auf diese unterste Stufe von Siedlungszentren verzichten, wie es einige für diese Lösung bereits herangereifte Kooperationsgemeinschaften beweisen. Mit jeder größeren Einwohnerzahl werden die Voraussetzungen aber wesentlich günstiger, was uns ja zu Schlußfolgerungen für die Ausnutzung der Ressourcen in bereits überörtlich wirkenden Faktoren in den kleinen Landstädten verpflichtet.

Dipl.-Ing. Klaus Kluge

Direktor des Büros für territoriale Planung in Neubrandenburg

Die Erfahrungen aus der Bearbeitung des Beispiels Ferdinandshof können uns helfen, den notwendigen Vorlauf zu gewinnen für ähnliche Projekte in unserem Bezirk und in der DDR. Sie gestatten uns einen Blick in die Zukunft, ohne gleich davon abzuleiten, daß wir schon durchgängig in den nächsten Jahren überall solche Beispiele schaffen könnten. Sie zeigen uns die Probleme, die mit der fortschreitenden sozialistischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten auch auf dem Lande in wachsender Breite zu lösen sind. Die Perspektive Ferdinandshofs als wissenschaftlich technisches Zentrum wird zu einem wesentlichen Teil von spezifischen Funktionen bestimmt, enthält aber andererseits eine ganze Reihe von Faktoren, die allgemein anwendbar sind. Beim Vergleich der notwendigen Grundmittel für die soziale und technische Infrastruktur mit den Grundmitteln der Produktionsstruktur konnten wir feststellen, daß der Aufwand für Wohnbausubstanz, Verkehrsanlagen, technische Versorgung und so weiter hier in Dörfern der Nordbezirke erheblich größer ist als für die Zwecke der Produktion, daß er aber umgerechnet auf den Einwohner oder die bebaute Fläche noch unter dem Durchschnitt der DDR bleibt.

Im Hinblick auf das Verhältnis des Siedlungszentrums zu den übrigen Siedlungen im Einzugsbereich sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß es erforderlich ist, in den letzteren durch Maßnahmen der Werterhaltung, Grüngestaltung, Ergänzungen zur technischen Versorgung und so weiter ebenfalls Verbesserungen zu schaffen. Denn es wird nicht möglich sein, sämtliche Einwohner in kurzer Zeit im Siedlungszentrum zu konzentrieren. Aber eins wird erforderlich, nämlich den Zusammenhang zwischen dem Siedlungszentrum und den übrigen Siedlungen des jeweiligen Gebietes spürbar und begreiflich zu machen. Die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur im Zentrum bilden die Anziehungspunkte für alle Menschen des Gebietes, sie sehen hier ihre sozialistische Perspektive und werden auf diesem Wege überzeugt, daß sie bei hinreichendem Verschleiß ihrer Wohnungen ins Zentrum umziehen. Auch diese Entwicklung fördert das Gemeinschaftsdenken und das Lösen aus kleinbäuerlichen Vorstellungen.

Arch. Konrad Püschel, Dozent

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Die Planungsarbeit für die Entwicklung im nördlichen Teil des Kreises Weimar wird stark beeinflußt von der Kooperationsgemeinschaft Berlstedt. Bei dieser Siedlungsplanung haben das Büro für Territorialplanung und das Büro für Städtebau des Bezirkes und die Hochschule für Architektur und Bauwesen eng zusammengearbeitet. Dieses Beispiel bot uns gewissermaßen die Möglichkeit eines Experimentes, an dem nicht nur die Besonderheiten dörflicher Prognosearbeit im Bezirk Erfurt, sondern auch die Methoden des Planungsverlaufs ermittelt und erprobt werden konnten.

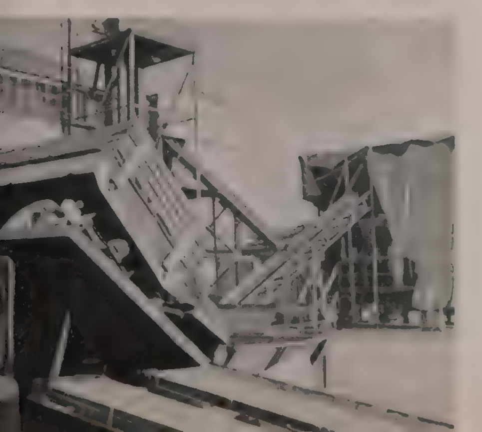
Für die Bevölkerungsentwicklung in den Dörfern des betreffenden Gebietes sind verschiedene Tendenzen zu beachten. Die Arbeitskräfte der Landwirtschaft werden verringert. Damit wird zunächst ein Anwachsen der Pendler eintreten, aber auch eine Abwanderung zu den Industriestandorten beziehungsweise in verkehrsgünstige oder stadtnahe Dörfer, in kleine Städte und in wachsendem Maße in die Siedlungszentren. Bei den Überlegungen zur Bestimmung der zukünftigen Größe der Siedlungszentren Berlstedt und Buttelstedt muß wohl erwogen werden, wieweit hier die neben den Werktätigen der Landwirtschaft und den sonst im Dorf Beschäftigten Industriearbeiter aus den umliegenden Städten auf die Dauer ansässig bleiben.

Der noch lange anzunehmende Bestand aller Siedlungen verpflichtet, sie in gepflegtem Zustand zu halten. Es verpflichtet uns um so mehr, weil die Katasterwerte bei etwa 75 Prozent der Wohngebäude die Zustandsstufen I und II verzeichnen. Auch wenn man diese Bewertung als recht optimistisch ansieht und nur 50 Prozent in diesen Stufen rechnet, wird man um eine liebevolle Rekonstruktion dieser Dörfer nicht herumkommen.









Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, die zunehmende Konzentration der Produktion und erweiterte Kooperationsbeziehungen bedingen auch eine Änderung der Siedlungsstruktur.

Eierfabrik Hottelstedt

Agrochemisches Zentrum in Schafstädt (Tanklager für wasserfreie Ammoniak-Flüssigdünger)

Rinderstall der LPG Viezen

Zusammenarbeit zwischen Zuckerfabrik Güstrow und Landwirtschaftsbetrieben

Siedlungszentrum und Siedlungsnetz

Architekt BDA Karl Kraus
Bezirksarchitekt
Rat des Bezirkes Neubrandenburg

... Insbesondere im Bezirk Neubrandenburg enthält die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus die vordringlichste Aufgabe, den historisch gewachsenen Unterschied in den Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land in möglichst kurzer Zeit zu überwinden. Diese große Aufgabe kann nur dann befriedigend gelöst werden, wenn es uns gelingt, die Entwicklung der produktiven Bereiche unseres Bezirkes, vor allem der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, weit vorausschauend einzuschätzen und die hier wachsenden Potenzen auch für die Neugestaltung der ländlichen Umwelt zu nutzen. Das ist natürlich nur möglich, wenn alle Bürger den objektiven, gesetzmäßigen Charakter dieser Entwicklung und die daraus resultierenden Vorteile für die Gesellschaft und den einzelnen erkennen und aktiv mitarbeiten.

Der Bezirk Neubrandenburg hat gegenwärtig 633 000 Einwohner, die bis zum Jahre 2000 nach der Vorausberechnung auf rund 900 000 Einwohner anwachsen werden. Auf einem Quadratkilometer leben hier 59 Einwohner, das sind rund 100 Einwohner weniger als im Durchschnitt der Republik. 52 Prozent aller Einwohner leben in Gemeinden unter 2000 Einwohnern, deren durchschnittliche Größe bei nur 270 Einwohnern liegt. Diese geringen Einwohnerzahlen sowie der niedrige Ausstattungsgrad der Siedlungen mit Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur, reichen nicht aus, um in allen diesen Orten nicht nur bessere Wohnbedingungen, sondern auch sozialistische Lebensverhältnisse zu schaffen. Dazu gehören auch kurze Wege zu kulturellen Einrichtungen, Handelseinrichtungen und Schulen, Kindergärten, Polikliniken sowie Dienstleistungen und eine Vielzahl von anderen Möglichkeiten, die die Persönlichkeitsentwicklung fördern. Selbst wenn es gelingen würde, alle materiellen Voraussetzungen zu erfüllen, bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die gegenwärtig vorhandenen Einwohner je Siedlung nicht ausreichen, um hier ein reges geistig-kulturelles Leben zu ermöglichen. Das wird nur durch Konzentration der Einwohner in größeren Siedlungszentren erreichbar. Die Realisierung und das dabei einzuschlagende Tempo ist natürlich von der Entwicklung der produktiven Bereiche, das heißt im Bezirk Neubrandenburg hauptsächlich von der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, abhängig.

Der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz je 100 ha LN beträgt zur Zeit etwa 13 Arbeitskräfte. Die Prognose der Entwicklung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft weist aus, daß es bis 1980 in diesem Bereich zu beträchtlichen Strukturveränderungen kommen wird. Der Arbeitskräftebesatz je 100 ha LN wird im Bezirksdurchschnitt auf 8 bis 10 zurückgehen. Gleichzeitig wird sich der Anteil der in der Nahrungsgüterwirtschaft und in Dienstleistungseinrichtungen Beschäftigten erhöhen. Der Übergang der Landwirtschaft zu industriemäßigen Produktionsmethoden wird durch die Konzentration der Produktion bei gleichzeitiger Spezialisierung gekennzeichnet sein, in deren Verlauf sich spezialisierte Produktionseinheiten auf kooperativer Basis herausbilden, deren Größe und Konzentration von den territorialen Besonderheiten der spezifischen Produktion und dem Stand der Technik bestimmt werden.

Diese Tendenzen fördern nicht nur den Konzentrationsprozeß des Wohnens, sondern sie erfordern ihn. Wenn wir nicht parallel zur Konzentration der Produktion auch zur Konzentration des Wohnens und der gesellschaftlichen Einrichtungen kommen, sondern diese Entwicklung dem Selbstlauf überlassen, dann würde mit wachsender Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, eine zunehmende Anzahl von Werktätigen unseres Bezirkes vom dezentralisierten Wohnort zum zentralisierten Produktionsort über größere Entfernungen pendeln müssen. Diese Bewegung bringt zusätzliche Belastungen für Volkswirtschaft und Bürger. Besonders benachteiligt würden dabei die Frauen und Kinder sein. Genau das Gegenteil ist jedoch notwendig, wenn wir die Arbeits- und Lebensbedingungen im Komplex verbessern wollen, wie es die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus von uns fordert.

Bei der Herausbildung von Siedlungszentren müssen wir jedoch auch daran denken, daß nicht immer die Standorte landwirtschaftlicher Großproduktionsanlagen mit den Konzentrationspunkten des Wohnens und der gesellschaftlichen Einrichtungen zusammenfallen werden oder können. Da für die Standortwahl konzentrierter Produktionsanlagen ökonomische Faktoren den Ausschlag geben können und auch hygienische Gesichtspunkte zu beachten sind, wird auch der Fall eintreten, daß die Werktätigen wie in den Städten vom zentralen Wohnort zur Produktionsanlage fahren müssen. Dieser Verkehr wird jedoch bei zentralen Wohnorten viel leichter als bei dezentralisierten zu bewältigen sein. Wichtig ist, daß der Werktätige in einer zentralen Siedlung wohnt, die ihm günstige Möglichkeiten für die Persönlichkeitsentwicklung bietet.

Eine solche Änderung der Siedlungsstruktur kann selbstverständlich nicht durch abstrakte Planungen und administrative Maßnahmen erreicht werden. Diese Aufgabe erfordert vielmehr eine wissenschaftliche Erprobung und Beweisführung durch das praktische Beispiel, das dann im Prozeß der Verallgemeinerung die notwendige Beweiskraft ausstrahlt und dadurch den Konzentrationsprozeß parallel zur Planung fördert.

Ferdinandshof im Kreis Ückermünde bot günstige Voraussetzungen für die Entwicklung eines solchen Beispiels. Hier zeichnen sich die Konturen des künftigen Profils der sozialistischen Landwirtschaft mit allen Auswirkungen auf das Siedlungsnetz bereits heute deutlich ab.

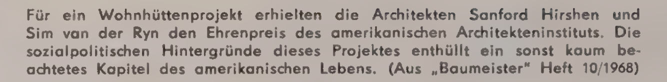
... Bei der industriellen Rindermast wird heute eine Arbeitsproduktivität je Arbeitskraft erzielt, die höher liegt als in der chemischen Industrie. Die Kooperationsbeziehungen zwischen den LPG des Koperationsbereiches und dem Kombinat für industrielle Mast haben ein hohes Niveau erreicht. In der gesellschaftlichen Gesamtprognose des Bezirkes ist bereits eine Teilprognose für das Gebiet Ferdinandshof vorhanden. Diese Teilprognose, die unter Leitung des Vorsitzenden des Rates des Kreises und unter Mitarbeit aller Ratsbereiche entstanden ist, beinhaltet die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, die im Prognosezeitraum hier verlaufen werden. Großen Anteil an der wissenschaftlichen exakten Herausarbeitung der ökonomischen Entwicklungsfaktoren hat das Büro für Territorialplanung, das in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirkslandwirtschaftsrat, dem Kombinat und den örtlichen Räten die Wirtschaftsbeziehungen im gesamten Kooperationsbereich untersuchte ...

Die geschilderten politischen und ökonomischen Bedingungen, die wir zu einem wesentlichen Teil auch durch die Arbeit am Generalbebauungsplan mit herausgearbeitet haben, bilden den Ausgangspunkt für die Formulierung von Leitgedanken für die Funktion, für den bau- und bildkünstlerischen Ausdruck und für die gesellschaftspolitische Wirkung eines Siedlungszentrums.

Siedlungszentren sind meines Erachtens die politischen und kulturellen Mittelpunkte und Hauptwohnorte der Einwohner bestimmter ländlicher Einzugsbereiche, deren Entwicklung durch Kooperationsverpflechtungen und -beziehungen gefordert



Siedlung bei Aalen in Westdeutschland „Eine Untat gegen Menschen und Landschaft" (Aus „Baumeister" Heft 5/1968)



Für ein Wohnhüttenprojekt erhielten die Architekten Sanford Hirshen und Sim van der Ryn den Ehrenpreis des amerikanischen Architekteninstituts. Die sozialpolitischen Hintergründe dieses Projektes enthüllt ein sonst kaum beachtetes Kapitel des amerikanischen Lebens. (Aus „Baumeister" Heft 10/1968)



Ein Flur – ein Hof:
Geplante Streusiedlung Frohnhofen, Kreis Jülich in Westdeutschland



Verstreute Konzentration – „Verbesserungsvorschlag" von E. Biskupek
(Aus „Bauen auf dem Lande" Heft 7/1968)



Baugebiet für Ortserweiterung

Eigener Ortsteil für Bauernhöfe, Spezialbetriebe und Dienstleistungsbetriebe

und die durch eine günstige Lage im Verkehrsnetz charakterisiert werden. Dabei werden sich im Verkehrssystem zwei Aspekte herauskristallisieren. Einmal von der Bewegung Siedlung/Siedlungszentrum, Kreisstadt und Bezirksstadt und zweitens von den Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Kooperationsbereiches her. Das Siedlungszentrum verfügt über alle für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen, deren Kapazität auf die Einwohner des gesamten Einzugsbereiches, einschließlich des Zentrums selbst, ausgelegt sein müssen.

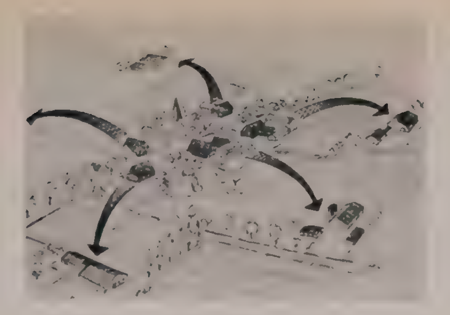
Das Siedlungszentrum gestalten, heißt aber auch, das gesamte Siedlungsnetz gestalten. Es gibt keine isolierte Entwicklung und Gestaltung von Siedlungszentren. Die Gestaltung des Siedlungszentrums muß sich immer logisch in das Leitbild für die Gestaltung des Siedlungsnetzes einfügen. Das Leitbild haben wir im Generalbebauungsplan formuliert. Es geht davon aus, daß Siedlungen und Städte nicht als feste Zustände geplant werden können, sondern daß es darauf ankommt, die Siedlung als ein dynamisches System zu begreifen. Es gilt, die gesetzmäßig ablaufenden Entwicklungsprozesse rechtzeitig zu erkennen und sie in jeder Phase ihrer Entwicklung so zu lenken, daß rationelle gebietswirtschaftliche Beziehungen entstehen und nachteilige Auswirkungen der Industrialisierung auf Mensch und Natur ausgeschaltet werden. Unser Leitbild erstrebt einen differenziert gestalteten Raum, indem sich Landschaft und Siedlung gegenseitig steigern und die produktive Tätigkeit des Menschen nicht zu einer planlosen Zersiedlung der Landschaft führen darf, sondern neue Erlebnisse und Schönheiten schafft. Da die Grenzen solcher Landschaftsgebiete nicht identisch sind mit den politischen Grenzen der Bezirke, ist es notwendig, bei diesen gestalterischen Fragen im Rahmen des Generalbebauungsplanes zu einer Zusammenarbeit zwischen den Bezirken zu kommen. Eine solche Zusammenarbeit besteht zur Zeit zwischen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. Unser Leitbild ist gesellschaftlich determiniert. Es wurzelt in unserer sozialistischen Verfassung und entspricht dem humanistischen Charakter unserer Gesellschaftsordnung. Es stellt einen bewußten Gegensatz zur kapitalistischen Theorie der Stadtlandschaft dar ...

... Sie spiegelt einmal mehr die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems wider, gesellschaftliche Entwicklungsprobleme im Interesse des Menschen zu lösen. Ich glaube, wir sollten der Theorie der Stadtlandschaft eine unseren gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende Theorie entgegenstellen und popularisieren.

Die Notwendigkeit eines differenziert gestalteten Siedlungssystems und Siedlungsnetzes ergibt sich noch aus anderen Überlegungen. Unser ländlicher Siedlungsraum wird künftig immer mehr zum Erholungsraum der Stadtbewohner. Dieser Trend wird sich mit wachsender Motorisierung noch verstärken.

Deshalb dürfen wir trotz Industrialisierung und der Zielstellung, auch der Landbevölkerung städtische Lebensbedingungen zu bieten, keine Nivellierung der Erlebnisbereiche zwischen Stadt und Land zulassen. Es ist im Gegenteil bei der Gestaltung der Siedlungszentren und des Siedlungsnetzes eine Differenzierung anzustreben. Das erfordert das Hervorheben typischer Besonderheiten.

Die Konzentration und Kooperation in der landwirtschaftlichen Produktion eröffnet uns die Möglichkeit, auch die großlandschaftlichen Zusammenhänge schöpferisch zu gestalten. Damit können im Bezirk Neubrandenburg eindrucksvolle Landschaftsräume, die den Erholung und Entspannung suchenden Menschen schöne Erlebnisse bieten, geschaffen werden. Es wird zu überprüfen sein, welche Möglichkeiten der Landschaftsgestalter in Zusammenarbeit mit dem Landwirt hat, um die Neu-



„Aussiedlung von Altgehöften aus der beengten Dorfanlage schafft Raum für Gemeinschaftsanlagen, Läden, Parkplätze und Wohnungen." (Aus „Bauen auf dem Lande", Sonderheft 1966)

. . . Die in der BRD vorherrschende Flurlage ist z. B. in der DDR nicht gegeben. In der BRD führt Streubesitz (hauptsächlich hervorgerufen durch Erbteilung) auch heute noch zu unzusammenhängenden Bewirtschaftungsflächen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der „staatlichen" Landwirtschaft in der DDR sind hier im Vorteil. Weitere Hindernisse für den Fortschritt in der BRD sind die traditionelle Unbeweglichkeit des Grundstückshandels und das weitverbreitete „Verschachern" von Wiesen und Ackerflächen für die nichtlandwirtschaftliche Bebauung. Derartige Probleme stellen sich auf Grund unterschiedlicher Eigentumsverhältnisse in der DDR nicht. Auch ist dort die Umfunktionierung des Ortskerns im Rahmen der Ortsplanung wesentlich einfacher . . . Prof. G. G. Dittrich, Nürnberg

ordnung des ländlichen Wegnetzes auf die Trassenführung großer Vorfluter sowie die Anlage von Staubecken so zu beeinflussen, daß mehr als die reine Zweckmäßigkeit, nämlich auch Schönheit für die Menschen entsteht.

Die Tendenzen der Spezialisierung der Feldwirtschaft werden auch zu spezifischen Bauwerken führen, in denen die erzeugten Produkte gelagert oder verarbeitet werden. Wir können diese Auswirkung heute schon an den Füttertürmen in Ferdinandshof oder an den riesigen Speicheranlagen für Getreide und Saatgut in Malchin erleben.

Auch hier entstehen spezifische bauliche Ausdrucksformen in Übereinstimmung mit einem differenziert gestalteten Landschaftsbild. Unsere sozialistische Entwicklung eröffnet also weitere Perspektiven. Das muß auch in der baulichen Gestaltung der Siedlungszentren zum Ausdruck kommen.

Anzustreben ist eine weit vorausschauende kühne Umgestaltung, die auch Raum läßt für die sich weiterentwickelnden Bedürfnisse unserer Menschen. Das Siedlungszentrum soll viele Vorzüge des Lebens in der Stadt bieten, ohne den Vorteil der engeren Verbindung mit der Natur aufzuheben.

Wir müssen das Zentrum als Stätte der Begegnung begreifen und gestalten. Die gesellschaftlichen Einrichtungen haben wir auf engem Raum konzentriert, so daß hier einerseits Menschen verschiedener Altersstufen und Berufsgruppen zusammengeführt werden, andererseits durch die geschickte Zuordnung der Bauten zueinander sowie durch Überlagerung und Verflechtung verschiedener Funktionen der Passant zum Besuch mehrerer Einrichtungen angeregt wird. Unter den gesellschaftlichen Bauten nimmt die Schule eine besondere Rolle ein. Der Mensch wird in der Zukunft ständig bis ins hohe Alter mit ihr in Verbindung stehen müssen, um mit der Entwicklung schritthalten zu können. Dieses Gebäude wird daher einer echten Mehrzwecknutzung unterliegen. Entsprechend dieser zentralen Funktion wird sie für die Zentrumsbildung herangezogen. Ähnliches gilt für den Sport. Die letzte Staatsratssitzung hat hierzu weitreichende Beschlüsse gefaßt. Wir sind der Auffassung, daß dieses neue Verhältnis zum Sport auch seinen städtebaulichen Ausdruck finden kann und muß. Sport treiben wird mehr und mehr zu einer typischen Verhaltensweise für den sozialistischen Menschen. Wir haben aus diesem Grunde bei der Gestaltung des Zentrums von Ferdinandshof auch die geforderte Schwimmhalle an den zentralen Platz gelegt.

Der industrielle Wohnungsbau sollte grundsätzlich auf keinen Fall in sogenannten Randsiedlungen geplant werden, sondern muß den großzügigen Rahmen für den zentralen Bereich bilden.

Ich habe nachgewiesen, daß es notwendig ist, eine differenzierte Gestaltung des Siedlungsnetzes anzustreben. Das bedeutet, auch unverwechselbare einmalige Ortsbilder zu schaffen, die den ganzen schöpferischen Reichtum unserer Gesellschaftsordnung widerspiegeln. Das kann bereits durch die geschickte Nutzung vorhandener Potenzen der Landschaft, der typographischen Lage und historisch wertvoller Bausubstanz erreicht werden. Unser Ziel ist die Unverwechselbarkeit des Ortes durch Bauten, die in unserer Gesellschaftsordnung entstehen, maßgeblich zu bestimmen. Das führt nur dann zum gewünschten Erfolg, wenn eine Übereinstimmung zwischen architektonischer Form, ideologischem Inhalt und gesellschaftspolitischer Wirkung gesucht wird. Diese Einheit ist aber nur dann zu erreichen, wenn den Architekten neben den ökonomischen und gebietswirtschaftlichen Parametern auch eine politisch-ideologische Zielstellung vorgegeben wird, aus der sich auch die Aufgabenstellung für den bildenden Künstler ableiten läßt. Sie bildet nach unserer Meinung überhaupt erst die Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Architekt und bildendem Künstler . . .

In einer Reihe von Dörfern werden die Einwohnerzahlen zurückgehen. Auch für die in diesen Dörfern wohnenden Menschen müssen mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus sichtbare Veränderungen und eine rasche Verbesserung des Lebensniveaus eintreten. Die Verkleinerung einer Siedlung darf also nicht so verstanden werden, daß hier nur noch die vorhandene Substanz sozusagen im Raubbau abgewirtschaftet wird und jeglicher Bauaufwand sinnlos wird. Hier führt die Entwicklung lediglich dazu, daß bauliche Investitionen unter anderen Gesichtspunkten als im Siedlungszentrum eingesetzt werden. An der Verschönerung der Umwelt, Rationalisierung der Produktions- und Lebensprozesse muß auch hier gearbeitet werden. Auch dieser Prozeß muß durch die örtlichen Organe gelenkt und darf nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Auf weite Sicht müßte dabei landwirtschaftliche Nutzfläche zurückgewonnen, das örtliche Wege- und Versorgungsnetz verkürzt und so die Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Siedlung der verringerten Einwohnerzahl angepaßt werden . . .

Abschließend gestatten Sie mir bitte noch, auf eine weitere Tendenz hinzuweisen. Die im Bezirk vorhandenen Potenzen für die Entwicklung des Erholungswesens lassen für eine Reihe von Siedlungen, die über günstige landschaftliche Voraussetzungen verfügen, neue Gesichtspunkte auftauchen, die einer Verkleinerung solcher Dörfer als Folge der Veränderung der Produktionsweisen der Landwirtschaft entgegenwirken. Wir stehen vor der Frage, ob es nicht sinnvoll ist, freiwerdende Gebäude für Erholungszwecke umzubauen und Erholungsneubauten unter Wahrung des Ortscharakters in der Ortslage zu errichten. Bei geschickter Planung könnte dadurch eine Reihe von Vorteilen sowohl für die Einwohner als auch für den Erholungsuchenden entstehen. Auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht könnte eine solche Entwicklung vorteilhaft sein.

Das sind einige Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit am Siedlungsnetz und an der Gestaltung des Siedlungszentrums Ferdinandshof. Ich möchte abschließend noch einmal darauf hinweisen, daß es sich um Erfahrungen handelt, die unter den spezifischen Voraussetzungen des Bezirkes Neubrandenburg gewonnen worden sind.

Wirtschaftliche Entwicklung des Einzugsbereiches von Ferdinandshof



Zur Gestaltung von Siedlungszentren

Prof. Dr.-Ing. Till Lammert, Architekt BDA,
Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Bauten
der Deutschen Bauakademie

... Die auf dem VII. Parteitag erarbeitete Gesamtprognose, die das Zukunftsbild unserer sozialistischen Gesellschaft zeichnet, geht davon aus, daß Ökonomie und Technik nur Mittel zum Zweck sind, daß unser Ziel „die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft" ist.

Diese humanistische Maxime ... ist auch das Grundanliegen der Städtebauer und Architekten bei der Herausbildung und Gestaltung der Siedlungszentren auf dem Lande. Damit wird die Gesamtaufgabe der Dorfplanung zu einem im tiefsten Sinne politisch-ideologischen Problem, zieht sie doch in prognostischer Gesamtsicht einen progressiven strukturellen Wandel in der Lebenssphäre nach sich ...

Grundlage für unsere Konzeption zur Realisierung dieser qualitativ neuen Aufgabe in der Dorfplanung ist die gewaltige qualitative Umwälzung in der Landwirtschaft, ... die mit der Kooperation zwischen den LPG und den Endproduzenten der Nahrungsgüterwirtschaft neue und perspektivische Formen der konzentrierten und arbeitsteilig spezialisierten gesellschaftlichen Produktion gefunden hat ... Diese vielfältige Kooperation von Landwirtschaft und industrieller Großproduktion und Automation schafft neue gesellschaftliche und menschliche Beziehungen, stellt an Individuum und Kollektiv neue Anforderungen. Erster Ausdruck dieser neuen Kommunikationssphäre sind solche Anlagen der landwirtschaftlichen Produktion wie die Rindermastanlage Ferdinandshof und die großen Milchvieh- und Geflügelanlagen mit ihren hochproduktiven mechanisierten und teilautomatisierten Produktionsverfahren; der künftige Einfluß der Nahrungsgüterwirtschaft ist dabei noch nicht voll erfaßt.

Die neuen Arbeitsbedingungen und -anforderungen, das Produktionsmilieu, wecken adäquate Bedürfnisse und Kommunikationsbeziehungen in der gesellschaftlichen und privaten Sphäre ...

Es ist schon heute festzustellen, daß die agrarökonomischen Dimensionen mit der Entwicklung der Kooperationsbeziehungen nur noch selten mit den Einzugsbereichen der für die Herausbildung sozialistischer Lebensverhältnisse erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen in Siedlungszentren übereinstimmen. Wir wissen aber auch, daß bei der Gestaltung des Siedlungsnetzes und der einzelnen Siedlungskörper größere Zeiträume kalkuliert werden müssen und eine relative Beständigkeit der Investitionsmaßnahmen große politische und soziologische Bedeutung hat. Diese Überlegung erscheint bei der engen Zusammenarbeit mit den Genossenschaften, den Räten der Gemeinden beziehungsweise den Gemeindeverbänden wichtig und wird wesentlich zur Vermeidung von Fehlinvestitionen beitragen.

In diesem Zusammenhang muß auch der Funktion und Gestaltung der kleinen Landstädte erhöhte Aufmerksamkeit in prognostischer Sicht geschenkt werden. Zweifellos muß die Gestaltung der Siedlungszentren heute und in der nächsten Zeit da erfolgen, wo auf der Basis gefestigter Kooperationsbeziehungen die ideologische Vorbereitung der Werktätigen auf dem Lande so weit fortgeschritten ist, um mit den Bauern progressive Formen der gebauten Umwelt zu schaffen. Es dürfte aber auch sicher sein, daß in Zukunft mit der Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der DDR die kleinen Landstädte immer attraktiver werden ...

Bei der Herausbildung und Gestaltung von ländlichen Siedlungszentren muß davon ausgegangen werden, allen Menschen auf dem Lande bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, vor allem aber der Jugend eine gehaltvolle und interessante Lebenssphäre zu geben. Das gilt auch für die Bewohner von Dörfern, die sich voraussichtlich nicht zu Siedlungszentren entwickeln werden. Hier sind die Mittel und Kapazitäten für die Modernisierung, bessere Nutzung und Instandhaltung der vorhandenen Gebäude und technischen Anlagen und für die Verschönerung des Dorfbildes einzusetzen ...

Um diese komplizierten Probleme bewältigen zu lernen, wird es auch in der Dorfplanung notwendiger denn je, moderne Methoden der marxistischen Organisationswissenschaften anzuwenden. Nur so gelangen wir zu einem Höchstmaß an Objektivität bei der Feststellung der Ausgangsdaten, bei der Zustandsanalyse, bei der Ermittlung der Entwicklungsbedingungen auf dem Lande und in den Siedlungszentren und bei ihrer prognostischen Einschätzung, beginnend bei der Produktion und bis in die Lebenssphäre jedes einzelnen auf dem Lande lebenden Menschen. Dabei muß das gesellschaftliche Teilsystem Siedlungszentrum von der gesellschaftlichen Strukturentwicklung unseres Landes ausgehen, nur dann wird unsere Arbeit zur intensiven Vermehrung unseres Nationaleinkommens durch standort- und umfanggerechte Investitionen beitragen und Fehleinschätzungen, Fehlinvestitionen oder Überdimensionierung vermeiden helfen.

Der Boden kann fruchtbarer gemacht, aber nicht vermehrt werden. Stadt- und Dorfplanung müssen ihn der Landwirtschaft erhalten



Leitgedanken zur weiteren Arbeit in der Dorfplanung

■ Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem VI. Parteitag, heißt es: „Mit der fortschreitenden sozialistischen Entwicklung auf dem Lande verändert sich das Antlitz unserer Dörfer. Sie entwickeln sich zu Dörfern, in denen die kulturellen und sozialen Errungenschaften der Stadt mehr und mehr Eingang finden und zu einem höheren geistigen und kulturvollen Leben der Dorfbewohner führen."

Diese strategische Orientierung wurde auf dem X. Deutschen Bauernkongreß durch den 1. Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, für den vor uns stehenden Abschnitt unserer gesellschaftlichen Entwicklung wie folgt präzisiert: „In unserer DDR sind wir jetzt auch in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in breiter Front in die Etappe der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus eingetreten. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der guten genossenschaftlichen Arbeit wird für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen im Dorf eine grundlegende neue Basis geschaffen."

■ Die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht ist ausschlaggebend für die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande; die auf der Bündnispolitik beruhende Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse führt zu einer tiefgreifenden Wandlung der gesamten Struktur der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Dabei haben die sich ständig entwickelnden Kooperationsbeziehungen der Landwirtschaft prinzipielle Bedeutung, mit ihrer Hilfe gelingt es in der großen Auseinandersetzung im Klassenkampf die wissenschaftlich-technische Revolution durchzusetzen. Mit dem dafür erforderlichen hohen Bildungsniveau ändert sich die Stellung des Menschen auf dem Lande, und es wachsen seine Bedürfnisse. Immanenter Bestandteil dieses Entwicklungsprozesses ist die schrittweise Überwindung noch bestehender wesentlicher Unterschiede zwischen Stadt und Land.

■ Ein bedeutendes Merkmal der sozialistischen Kooperation auf dem Lande ist,

daß die Werktätigen immer umfassender den wissenschaftlich-technischen Fortschritt meistern und sich sehr schnell zu geistig und kulturell hochgebildeten Persönlichkeiten entwickeln. Das Denken und Handeln unserer Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern richtet sich immer mehr über die Grenzen des Dorfes hinaus und erhält eine stärkere gesamtgesellschaftliche Orientierung. Es wächst das sozialistische Bewußtsein.

Unsere anteilige Leistung als Städtebauer und Architekten zur Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land besteht darin, mit den der Architektur eigenen Mitteln die räumliche Umwelt zu gestalten, damit sie die Herausbildung sozialistischer Lebensverhältnisse für alle Werktätigen in der Landwirtschaft und auf den Dörfern fördert und beschleunigt.

Wie sollen wir an diese Aufgabe herangehen und was müssen wir dabei beachten?

■ „Unsere Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern sind an der größten Umwälzung der Landwirtschaft und des Lebens im Dorf beteiligt, die es jemals in der Geschichte gegeben hat", sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem X. Deutschen Bauernkongreß. Sie überwinden die kleinbäuerliche Enge, die heute noch das Bild unserer Dörfer prägt. Mit dem Bau und der Bewirtschaftung neuer moderner Großanlagen, wie in Ferdinandshof, werden sie zu Schrittmachern der wissenschaftlich-technischen Revolution. Mit den neuen Anforderungen und Bedingungen der Produktion in derartigen Anlagen wächst das Bedürfnis nach einem neuen, den sozialistischen Produktionsverhältnissen adäquaten Lebensmilieu.

Dem können unsere überkommenen Dörfer und Kleinstädte in ihrer heutigen Gestalt nicht mehr genügen.

■ Die neuen Lebensbedürfnisse der Menschen auf dem Lande erfordern eine schrittweise Konzentration des gesellschaftlichen Lebens, des Wohnens in Siedlungszentren. Nach den derzeitigen Erfahrungen und Erkenntnissen ist ein sozialistisches ländliches Siedlungszentrum ein Ort, der sich innerhalb eines Systems von ländlichen Siedlungen als politisches, gesellschaftliches und ökonomisches Zentrum herauskristallisiert. Hier sollten vordringlich die Neu- und Umbaumaßnahmen konzentriert werden. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, die kulturelle und soziale Betreuung und die materielle Versorgung der Einwohner des Einzugsbereiches schrittweise sozialistischen Bedingungen anzupassen. In solchen Orten werden sich nach und nach alle Einwohner des Bereiches ansiedeln.

■ Die Auswahl und die Gestaltung der ländlichen Siedlungszentren sind eine gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Aufgabe von großer Tragweite. Sie greift ein in das individuelle und gesellschaftliche Leben jedes vierten Bürgers unserer Republik und kann deshalb nur mit den Mitteln der sozialistischen Demokratie in völliger Übereinstimmung mit unserer Verfassung gelöst werden. Dazu sind die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und die Einbeziehung aller Bürger unter zielstrebiger Leitung der örtlichen Volksvertretungen unabdingbare Voraussetzungen.

■ Die Auswahl und die Gestaltung der Siedlungszentren auf dem Lande müssen von den prognostischen Dokumenten des Bezirks, insbesondere den Generalbebauungsplänen, ausgehen und mit den Perspektivplänen durch konzentrierten Einsatz der Kräfte und Mittel sichern, daß auch auf dem Lande geschlossene und eindrucksvolle städtebauliche Ensembles entstehen, die eine hohe architektonische Wirksamkeit ausüben, die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegeln und damit den Stolz unserer Bürger



Neue Arbeitsbedingungen, wie bei dieser Grünfuttertrocknungsanlage, wecken adäquate Bedürfnisse und Kommunikationsbeziehungen in der gesellschaftlichen und privaten Sphäre.

auf ihre sozialistische Heimat und die Liebe zu ihr vertiefen helfen. Die Siedlungszentren sollen ihren Bewohnern im wesentlichen die Vorzüge der Stadt bieten, ohne den Vorteil der engeren Bindung mit der Natur und der Landschaft aufzuheben.

■ Bei der städtebaulichen und architektonischen Umgestaltung eines Siedlungszentrums gilt es, von der Substanz an Bauten und technischen Anlagen und von der vorhandenen räumlichen Ordnung auszugehen. Das Siedlungszentrum soll von innen nach außen wachsen, möglichst ohne landwirtschaftliche Nutzfläche zu bebauen. Wir müssen es lernen, dabei an die progressiven regionalen Traditionen anzuknüpfen und die natürlichen und morphologischen Gegebenheiten besser auszunutzen. Das erfordert städtebauliche, architektonische und künstlerische Spitzenleistungen, die an die Besonderheiten der Landschaft und des Territoriums anknüpfen, zu gestalteten Höhepunkten in unseren sich ständig wandelnden Agrarlandschaften werden und die neuen Wesenszüge einer sozialistischen Architektur auf dem Lande herausbilden helfen.

■ Die gesellschaftlichen Gebäude müssen städtebaulich so geordnet werden, daß ein repräsentatives Ortszentrum mit einem Platz entsteht, dessen architektonische und künstlerische Gestaltung die sozialistische Menschengemeinschaft zum Ausdruck bringt und einladend auf Bewohner und Besucher wirkt. Das dominierende Charakteristikum der gesellschaftlichen Einrichtungen ist ihre Einmaligkeit und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Konzentration und Kombination, sie werden für die gesamte räumliche Gestaltung und Neuordnung solcher künftigen ländlichen Zentren mit städtischem Charakter stark bestimmend sein.

■ Unter den gesellschaftlichen Einrichtungen des Zentrums bildet die Schule einen Eckpfeiler für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande. Sie wird im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Revolution immer mehr zum Bildungszentrum für alle Menschen des Einzugsbereiches, beginnend mit der allgemeinen schulischen Erziehung bis zur spezialisierten Erwachsenenqualifizierung. Diese hohe gesellschaftliche Funktion muß in der architektonisch-künstlerischen Gestaltung der Bauwerke zum Ausdruck kommen.

Bei den gesellschaftlichen Einrichtungen insgesamt wird es darauf ankommen, von der optimalen Befriedigung der vorhandenen und sich ständig neu herausbildenden Bedürfnisse der Menschen auszugehen, die sich im Prinzip nicht von den Bedürfnissen der Menschen in der Stadt unterscheiden werden; dem sind alle technologischen, technischen und ökonomischen Gesichtspunkte unterzuordnen.

■ Trotz gewisser Unterschiede in den Lebensgewohnheiten der Stadt- und Landbevölkerung kann der Wohnungsbau auf dem Land weitgehend nach den gleichen Gesichtspunkten wie der städtische Wohnungsbau erfolgen. Erforderlich ist ein vielseitiges und variables Angebot sowohl hinsichtlich der Grundrißgestaltung und Ausstattung als auch der Geschoßanzahl. Bei der architektonischen Gestaltung der Wohngebäude sollten mehr die regionalen Traditionen und Besonderheiten zum Ausdruck kommen.

■ Die gesellschaftliche Arbeitsteilung im Sozialismus führt auch auf dem Lande zu einer starken Konzentration der Produktionsstätten. Sie bestimmen immer mehr das Bild der Landschaft und die Gestalt der Siedlungskörper. Wir müssen es lernen, auch diese Bauten und Anlagen, in denen die Menschen einen erheblichen Teil ihrer Zeit verbringen, anziehend zu gestalten und harmonisch in das Gesamtbild der städtebaulichen Ensembles einzuordnen.

■ Wie in unseren Städten wollen auch die Werktätigen in unseren Dörfern in einer schönen Umgebung arbeiten, wohnen und ihre Freizeit gestalten und nutzen. Deshalb wird die Gestaltung von gärtnerischen Anlagen, von Freiflächen, Sportanlagen, Erholungsflächen und der Straßenräume auch in den Dörfern zu einem Schwerpunkt der Entwurfsarbeit der Städtebauer und Architekten. Es kommt gerade im Dorf darauf an, Bäume, Sträucher und Blumen als wichtigste Gestaltungsmittel zu gebrauchen, um die städtebaulichen Räume erlebnisreicher zu machen und harmonische Beziehungen zur Landwirtschaft herzustellen.

Diese Leitgedanken betreffen nicht nur die Siedlungszentren, sondern alle Dörfer. Im Rahmen des Wettbewerbes „Schöner unsere Städte und Gemeinden" ist den Städtebauern und Architekten als den berufenen Helfern der Volksvertretungen und den Bürgern in den ländlichen Gemeinden eine große Aufgabe zugewiesen. Durch die Architekten sind ideenreiche und eindrucksvolle Lösungen der Wohn- und gesellschaftlichen Bauten für die Siedlungszentren auf dem Lande, der Bildungszentren und Kulturhäuser, aber auch für die modernen Bauten der industriemäßigen Großproduktion zu finden. Es gilt, eine Fülle von Aspekten materieller, sozialer und kultureller Art schöpferisch zu bewältigen, ausgehend und gestützt auf den Erfahrungsschatz, die Wünsche und Anforderungen der Werktätigen auf dem Lande, an ihr künftiges Lebens- und Arbeitsmilieu. Das seine gesellschaftliche Funktion qualifiziert erfüllende Siedlungszentrum kann deshalb nur im Ergebnis prognostisch orientierter, sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entstehen . . .

Aus dem Schlußwort

(Die Ausarbeitung der Leitgedanken erfolgte in Zusammenarbeit mit Dipl.-Ing. Martin Grebin und Dr. Hans Grünberg)

VOLKSVERTRETUNG GEHT NEUE WEGE



Interview mit Bürgermeister Olbrich

Rat der Gemeinde Ferdinandshof

red.: Herr Bürgermeister, was bewog den Rat der Gemeinde zu dem beispielhaften Entschluß, für die Entwicklung von Ferdinandshof einen Wettbewerb auszuschreiben?

Bürgermeister: Die 260jährige Geschichte des Ortes Ferdinandshof ist eng verbunden mit dem Kampf seiner Bewohner um die Urbarmachung und Kultivierung von großen Teilen des Niederungsmoores im Gebiet der Friedländer Großen Wiese, in deren südlichen Teil Ferdinandshof entstand. Unter der preußischen Feudalherrschaft wurden die Einwohner unseres Ortes aber um die Früchte ihrer harten Arbeit betrogen. Daran änderten auch die leeren Versprechungen der verschiedenen kapitalistischen Regierungen nichts.

Erst unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht unseres Staates gelang es, das Moor zu bezwingen und das gesamte Gebiet der Friedländer Großen Wiese vorbildlich zu entwässern. Im Ergebnis der Melioration stiegen die Erträge des Grünlandes in einem Umfang, daß sich ihre herkömmliche Verwertung in vielen zersplitterten landwirtschaftlichen Betrieben nicht mehr als ökonomisch erwies. Auf dieser so rasch verbreiterten Futterbasis begann daher unser volkseigenes Gut, das heutige Kombinat für industrielle Mast, 1964 mit der Erprobung und dem Ausbau modernster Anlagen für die Bullenmast, die in Größe, Technologie und Arbeitsproduktivität das Weltniveau bestimmen.

Die Entwicklung kooperativer Beziehungen zwischen dem Kombinat für industrielle Mast und einer Reihe leistungsstarker LPG hat das ökonomische Potential und die Produktionseffektivität weiter gesteigert. Es hat aber gleichzeitig den Widerspruch zwischen den neuen Produktionsverhältnissen und den modernsten Produktivkräften einerseits sowie dem veralteten Siedlungsnetz deutlicher spürbar gemacht.

Mein kleiner historischer und ökonomischer Exkurs ist notwendig, um zu verstehen, daß Volksvertretung und Rat unserer Gemeinde bei der Planung der baulichen und baukünstlerischen Gestaltung des Ortes Ferdinandshof als sozialistischen Siedlungsschwerpunkt vor Aufgaben standen, die ohne Beispiel sind. Zur Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages kam es uns darauf an, eine Prognose zu erarbeiten, die mit hoher Genauigkeit die Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung aller Bereiche widerspiegelt. Diese Prognose ergab unter anderem detaillierte Forderungen an die bauliche und baukünstlerische Gestaltung des Ortes, deren Realisierung neue Wege verlangt. Bei der Konzipierung der Projektvorgaben gingen wir davon aus, daß die Schaffung unseres Siedlungsschwerpunktes unter Beachtung der spezifischen Bedingungen zu einem Modellfall für die ganze Republik und von internationaler Bedeutung werden könnte. Aus diesem Grunde wandten wir uns in einer Ausschreibung an sieben namhafte Archtitektenkollektive der DDR.

red.: Wie schätzen Sie und die Einwohner Ihrer Gemeinde das Ergebnis ein?

Bürgermeister: Die Einwohner nicht nur unserer Gemeinde, sondern des gesamten Kooperationsgebietes haben in einer mehrtägigen Ausstellung alle Entwürfe gründlich geprüft. Sehr anerkennende Äußerungen gab es vor allem zur hohen Qualität und den vielfältigen originellen Lösungen, die in den Modellen dargestellt wurden. Wir meinen, daß alle Kollektive die große Bedeutung ihrer Arbeit voll erkannten. Besonderes Lob erhielt natürlich der Entwurf des Kollektivs der Deutschen Bauakademie, der von der Jury mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Die Meinung der Bevölkerung deckte sich völlig mit dem Urteil der Preisrichter, worin auch die gewachsene Sachkenntnis und die hohe politische Reife unserer Einwohner sichtbar werden. Sehr beifällig wurde oft bemerkt, daß Realismus, Kühnheit und Zukunftsfreude sowie ökonomisches Denken (besonders [illegible] bei der vorbildlichen Einordnung der Neubauten in die Altbausubstanz) zu einer glücklichen Einheit verbunden sind.

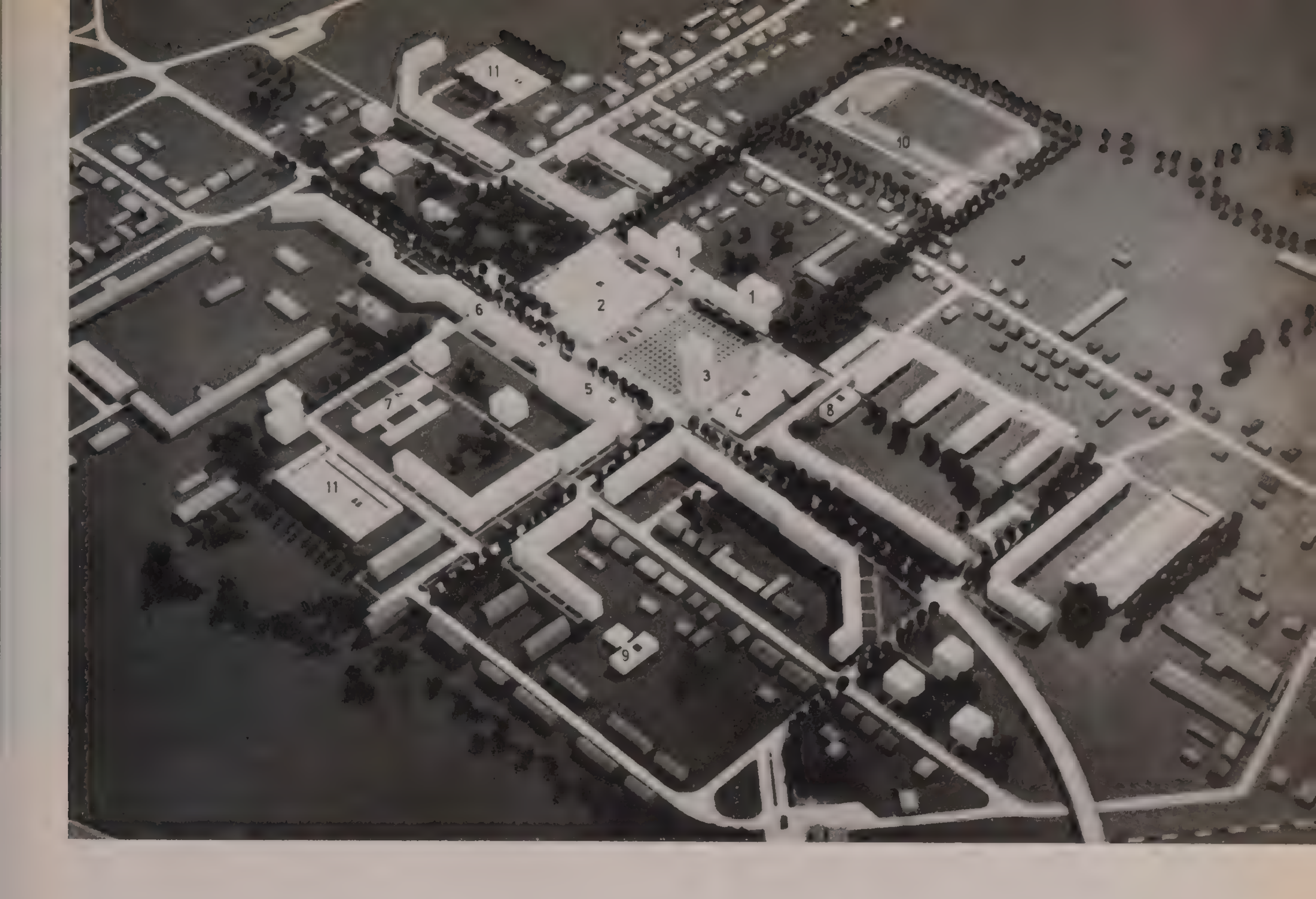
red.: Welche Hinweise gab der Rat der Gemeinde nach der demokratischen Aussprache mit der Bevölkerung für die weitere Bearbeitung des Projektes?

Bürgermeister: Wir haben durch den Wettbewerb eine Fülle von Gestaltungsideen erhalten, die mit der Bevölkerung umfassend beraten wurden. Unsere Hinweise für die Vervollkommnung und Realisierung des Projektes haben sicherlich allgemeine Bedeutung, so daß ich einige nenne:

1. Die Umgestaltung muß so projektiert und ausgeführt werden, daß im hohen Maße abgeschlossene, voll funktionstüchtige Bauensembles entstehen.
2. In jeder Phase der Ausführung sollte die Proportionalität zwischen Einwohnerzahl und gesellschaftlichen Einrichtungen weitgehend gesichert sein.
3. Für die Synthese von Architektur und bildender Kunst sind nicht nur weitere Untersuchungen, sondern auch vielfältige Formen der Zusammenarbeit von Architekten, Malern, Bildhauern und Bevölkerung nötig.

Abschließend möchte ich auch durch Ihre Zeitschrift nochmals allen Kollektiven, die sich an unserem Wettbewerb beteiligten, herzlich danken.

Wir sind sicher, daß sich durch die Umgestaltung unseres Ortes zum Siedlungsschwerpunkt viele interessante Erfahrungen für die sozialistische Architektur unserer Republik ergeben.



Bebauungskonzeption für das Siedlungszentrum Ferdinandshof

Architekt BDA Karl Kraus, Bezirksarchitekt
Dipl.-Ing. Arnfried Metelka, stellvertretender Bezirksarchitekt
Rat des Bezirkes Neubrandenburg

1 Bebauungsleitplan (Modellfoto)

1 Bildungseinrichtungen:
zwei polytechnische Oberschulen, Berufsschule des VEB Kombinat für industrielle Mast

2 Kultur-, Handels- und Versorgungskomplex:
Mehrzwecksaal, Schülergaststätte, Speisegaststätte, Bauernstube, Weinstube, Lesecafé, Großküche, Zirkel- und Klubräume, Bibliothek

3 Hochhaus:
Forschungs- und Entwicklungszentrum des VEB Kombinat für industrielle Mast, Kooperationsrat, Rat der Gemeinde

4 Volksbuchhandlung, Sauna und Schwimmhalle

5 Internat für die Berufsschule des VEB Kombinat für industrielle Mast, Appartements für Gäste des Ortes, im Erdgeschoß Komplexannahmestelle für Dienstleistungen, Friseur- und Kosmetiksalon, Postamt, Sparkasse

6 Wohnungsbau, 5geschossig
Erdgeschoß als Wirtschaftsgeschoß, Landambulatorium, Apotheke

7 Kindergarten und Kinderkrippe

8 Kindergarten

9 Kinderkrippe

10 Sportstätten und Turnhalle

11 Gebäudekomplex für Kleintierhaltung, Fahrzeug- und Geräteunterbringung

Die Bebauungskonzeption für Ferdinandshof ist eine Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie und des Büros für Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg.

Entsprechend der Empfehlung des Preisgerichts wurde aus Mitarbeitern der Deutschen Bauakademie, des Büros für Stadt- und Dorfplanung und des Bezirksbauamtes Neubrandenburg ein Kollektiv zusammengestellt, das unter Leitung des Bezirksarchitekten, Kollegen Kraus, die vorliegende Fassung der Bebauungskonzeption erarbeitete. Die Mitarbeiter dieser Gruppe waren:

Dr.-Ing. K. Kirsch, Deutsche Bauakademie
Dipl.-Ing. W. Stallknecht, Deutsche Bauakademie
Dipl.-Ing. W. Pfau, Deutsche Bauakademie
Dipl.-Ing. R. Mees, Deutsche Bauakademie
Dipl.-Ing. D. Karasch, Büro für Stadt und Dorfplanung Neubrandenburg
Ing. E. Manthey, Büro für Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg
Dipl.-Ing. B. Merkel, Büro für Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg
Dipl.-Ing. A. Metelka, Bezirksbauamt Neubrandenburg.

Die vorliegende Konzeption ist in harter Arbeit und nach vielen interessanten Streitgesprächen mit Vertretern der örtlichen Räte und Mitgliedern der Kreis- und Bezirksleitung der SED, insbesondere dem 1. Sekretär, Genossen Chemnitzer, entstanden. Große Unterstützung erhielt das Kollektiv durch den Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Professor Heynisch, und durch Professor Henselmann.

Die interessanteste Diskussion wurde am 20. Mai 1968 geführt, als sich führende Partei- und Staatsfunktionäre, unter ihnen das Mitglied des Politbüros Genosse Gerhard Grüneberg, der Vorsitzende des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft, Genosse Ewald, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Genosse Dr. Fichtner, und der Minister für Bauwesen, Genosse Junker, anläßlich einer Informationsreise in Ferdinandshof und Dedelow aufhielten und zu der bis dahin erarbeiteten Bebauungskonzeption für Ferdinandshof Stellung nahmen.

Es zeigte sich, daß die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Vorstellungen nicht der Dynamik, Großzügigkeit und Einmaligkeit der gegenwärtigen und vor allem der künftigen Entwicklung der Landwirtschaft entsprachen, deren Konturen sich bereits in den Produktionsanlagen für industrielle Rindermast in Ferdinandshof abzeichnen. Mit der Entwicklung des Ortes Ferdinandshof sollte aber ein der großen Entwicklung im Produktionsbereich adäquates Beispiel für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise auf dem Lande geschaffen werden, das die Überlegenheit unserer Gesellschaftsordnung überzeugend zum Ausdruck bringt.

Nach dieser Aussprache wurde die Arbeit neu konzipiert und dabei von folgenden Hauptgesichtspunkten ausgegangen:

■ Das Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Lande sollte mit baulichen Mitteln erlebbar gemacht werden. Das wird erreicht durch die Herausbildung eines großzügig angelegten Zentrums und die Stellung der wichtigsten gesellschaftlichen Gebäude in diesem Zentrum.

■ Es sollten beispielhafte Voraussetzungen für die Entwicklung einer sozialistischen Lebensweise auf dem Lande – bei ökonomischem Einsatz der Mittel – geschaffen werden. Das wird erreicht durch die Konzentration und Kombination der gesellschaftlichen Einrichtungen für das Einzugsgebiet und die zeitlich richtige Konzentration des Wohnungsbaues im Siedlungsschwerpunkt.

2

■ Mit der Gestaltung des Siedlungszentrums sollte ein Beispiel zur Herausbildung neuer Wesenszüge der sozialistischen Architektur geleistet werden, die typisch für die DDR und zugleich charakteristisch für unser Landschaftsgebiet sind. Das wird zum Beispiel durch Verwendung örtlichen Materials (Friedländer Ton) und durch Formen, die typisch für den Nordraum unserer Republik sind, unterstützt.

Die Lage des Zentralen Platzes wurde aus der Hauptbewegungsrichtung der Einwohner des Einzugsgebietes im Zentrum und den vorhandenen Freiflächen abgeleitet. Um diesen großzügig angelegten Platz gruppieren sich in logischer Zuordnung die wichtigsten gesellschaftlichen Gebäude, so daß ein klarer städtebaulicher Raum mit hoher gesellschaftlicher Wirksamkeit und guter Ökonomie entsteht. Dieser Raum wird durch die Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen zum Kristallisationspunkt des gesellschaftlichen Lebens des Einzugsgebietes, zur Stätte der Begegnung, der politischen Demonstration, der festlichen Repräsentation und des vergnüglichen Feierns.

Der Platz wird von unterschiedlich und interessant gestalteten Randzonen umgeben, die das Gefühl des Geborgenseins, der Heimat vermitteln sollen und zum Verweilen einladen. Die Fußgängerzonen sollen durch Plastiken, Wasserspiele und Schauvitrinen abwechslungsreich, anziehend, erholsam und lehrreich gestaltet werden.

Die Besonderheiten eines ländlichen Siedlungszentrums sollen durch eine lockere Grünverbindung vom Platz zu den Randzonen erreicht werden, so daß der Besucher trotz der Urbanität des Zentrums die Nähe der freien Landschaft ahnt. Das gilt ganz besonders für den Bereich nördlich des Kultur- und Versorgungskomplexes, wo sich durch den Ausbau eines vorhandenen Parkes ein lockerer Übergang in die Landschaft ergibt, und für die südliche Platzwand, wo durch die Stellung der Schwimmhalle und die angrenzenden Kleinsportanlagen eine Grünverbindung zum Sportforum geschaffen wird.

Die weithin sichtbare Dominante des Siedlungsschwerpunktes wird das 14geschossige Hochhaus sein. Es vereinigt den Rat der Gemeinde und die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die wissenschaftlichen Einrichtungen des Kombinates für industrielle Mast unter einem Dach. Als Sitz der wissenschaftlichen Einrichtungen und des Rates der Gemeinde macht das Gebäude in der flachen Landschaft die Schrittmacherfunktion der Produktivkraft Wissenschaft in diesem Gebiet anschaulich. Zugleich drückt es die Besonderheit des Siedlungszentrums Ferdinandshof aus und trägt wesentlich zur Unverwechselbarkeit des Ortsbildes bei.

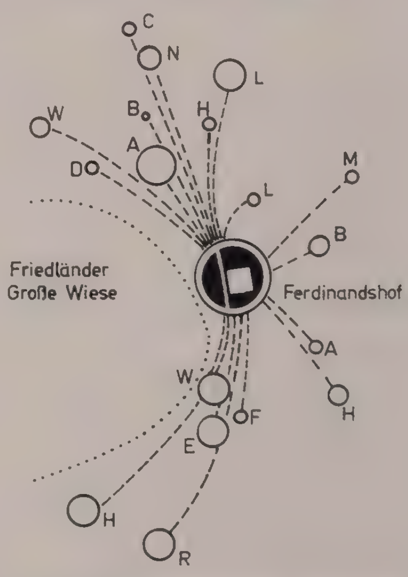
Das Hochhaus steht in der verlängerten Straßenachse der F 109 aus Richtung Anklam. Die Ankündigung des Ortes aus großer Entfernung ist so gegeben. Die Möglichkeit, den großen Landschaftsraum von der letzten Etage des Hochhauses aus erleben zu können, gab den Anlaß, dort ein Café einzurichten. Durch den Einbau von Lichtbändern wird die Symbolfunktion des Hochhauses auch nachts wirksam sein.

Ein weiteres geistiges Zentrum stellt der Schulkomplex an der Ostseite des zentralen Raumes dar. Er enthält zwei 2zügige Oberschulen, das polytechnische Zentrum und eine Ausbildungsstätte des Kombinates für industrielle Mast. Durch die Einbeziehung der Schulen in den zentralen Raum werden auch die Kinder an alle geistigen, ökonomischen und kulturellen Potenzen des Ortes angeschlossen. Hier ordnet sich auch die Erwachsenenqualifizierung und Berufsausbildung ein, die in Zukunft immer größere Bedeutung erlangt.

Die Betriebsberufsschule des VEB Kombinat für industrielle Mast gibt das Modell der sozialistischen Berufsausbildung und polytechnischen Bildung in der Landwirtschaft. Jährlich werden 125 Lehrlinge für die industrielle Rindermast und Rinderaufzucht, 150 leitende Kader, 40 Hoch- und Fachschulabsolventen und 80 Werktätige als Spezialisten ausgebildet. In enger räumlicher Beziehung zu diesem Bildungszentrum liegen Freiflächen zur Pausenerholung sowie Sportflächen. Den Erwachsenen stehen die Flächen der öffentlichen Grünanlagen auf dem Platz zur Verfügung.

Die nördliche Platzwand wird durch den Kultur-, Handels- und Versorgungskom-

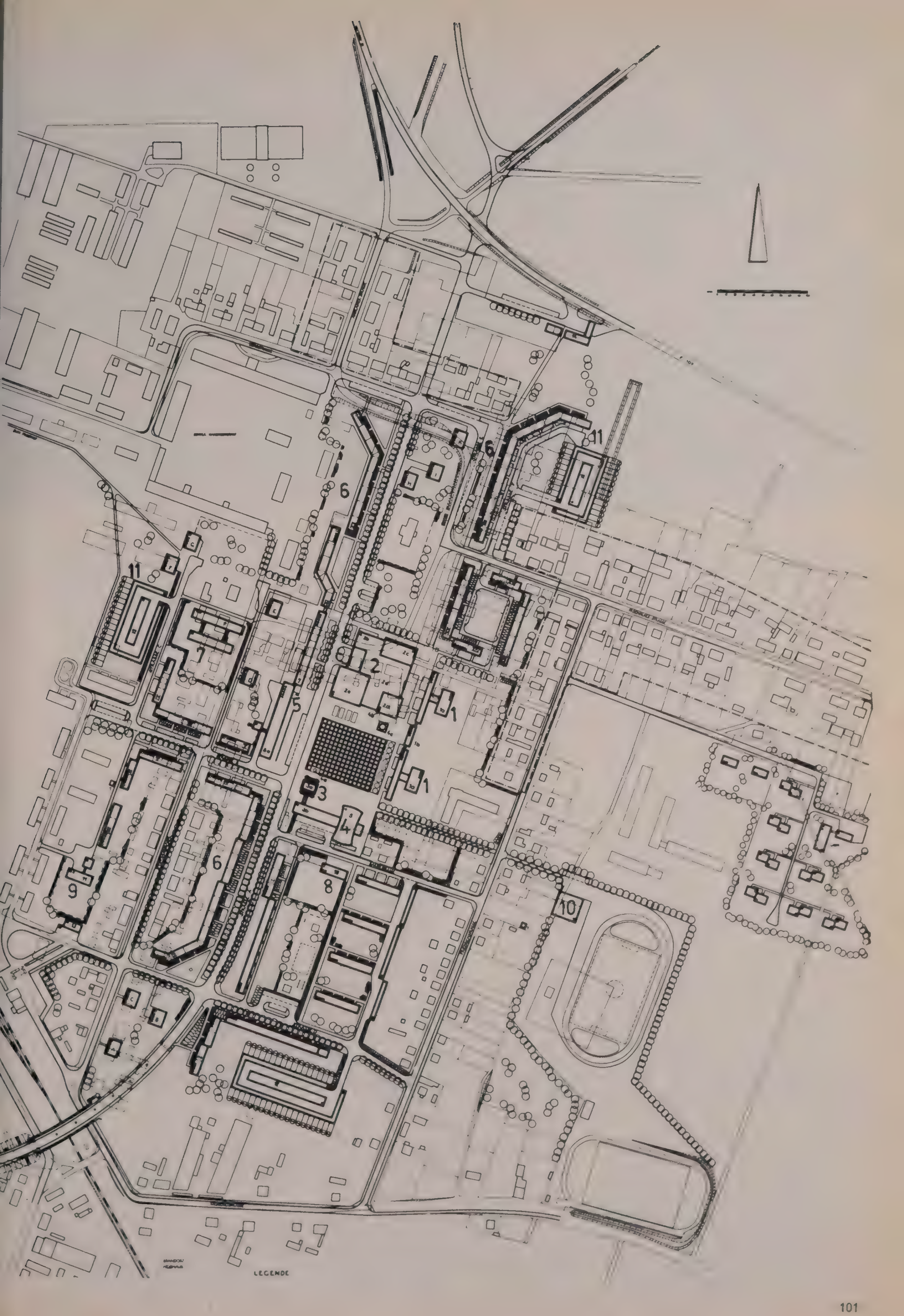
2 Baubestand im Jahre 1968 (Modellfoto)



3 Lage des Siedlungsschwerpunktes Ferdinandshof im Einzugsbereich

4 Bebauungsleitplan ▶

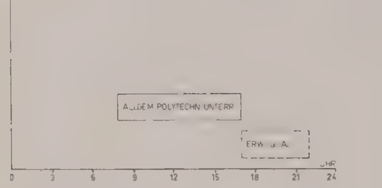
1 Bildungseinrichtungen:
2 Kultur-, Handels- und Versorgungskomplex: Mehrzwecksaal, Schülergaststätte, Speisegaststätte,
3 Hochhaus
Forschungs- und Entwicklungszentrum des VEB Kombinat für industrielle Mast
4 Volksbuchhandlung, Sauna und Schwimmhalle
5 Internat für die Berufsschule des VEB Kombinat für industrielle Mast, im Erdgeschoß Komplexannahmestelle für Dienstleistungen
6 Wohnungsbau, 5geschossig
Erdgeschoß als Wirtschaftsgeschoß, Landambulatorium, Apotheke
7 Kindergarten und Kinderkrippe
8 Kindergarten
9 Kinderkrippe
10 Sportstätten und Turnhalle
11 Gebäudekomplex für Kleintierhaltung, Fahrzeug- und Geräteunterbringung


11
6
6
11
7
2
5
1
1
3
4
6
9
8
10
LEGENDE

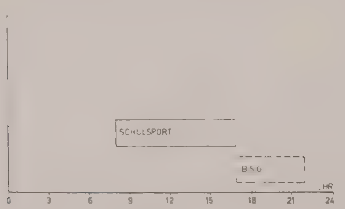
tionsverflechtungen

6 bis 13 Schematische Darstellung der wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen im Siedlungsschwerpunkt

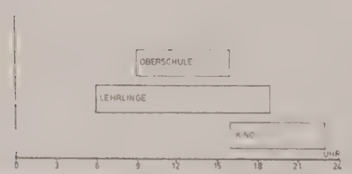
14 Modellfoto des gesellschaftlichen Zentrums



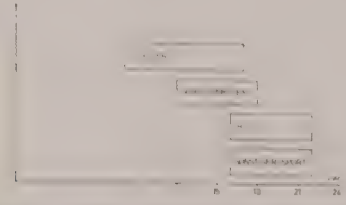
6 Bildungszentrum: Bessere Auslastung ist gewährleistet durch Erwachsenenqualifizierung in den Abendstunden



7 Turnhalle: Nutzung für Schulsport und Betriebssport



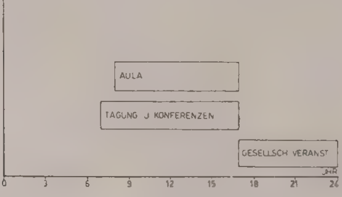
8 Die Zusammenfassung der Speiseräume für die polytechnischen Oberschulen und Betriebsberufsschule zu einer großen Einheit ermöglicht eine ganztägige Auslastung. Eine Funktionsüberlagerung mit dem Mehrzwecksaal ist jedoch nicht möglich, da dieser ebenfalls ganztägig für Tagungen benötigt wird.



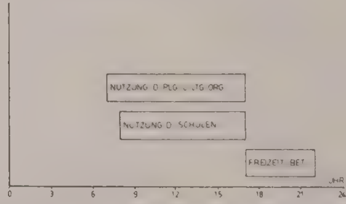
9 Schwimmhalle: Vielfältige Nutzung für Schulsport, Betriebssportgemeinschaft und sonstige Sportveranstaltungen



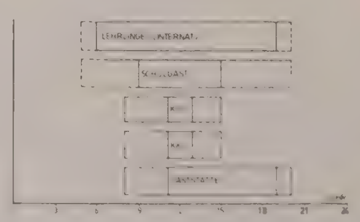
10 Polytechnisches Zentrum: Bisher mehrere gesonderte Räume, die Funktion kann durch die Werkräume in den Oberschulen übernommen werden.



11 Mehrzwecksaal: Bisher Auslastung ab 17 Uhr. Es ist eine Nutzung als Aula und für Tagungen möglich.



12 Klubräume: Indem die Klubräume tagsüber als Beratungsraum für LPG und Leitungszentrum genutzt werden, ist eine ganztägige Auslastung möglich. Die Räume können auch für Zusammenkünfte und Feiern in kleinerem Kreis genutzt werden.



13 Küche: Die Zusammenlegung zu einer Zentralküche ermöglicht eine optimale Auslastung.



plex gebildet. Im einzelnen enthält dieser Komplex:

Mehrzwecksaal mit 450 Plätzen (teilbar in 350 und 100 Plätze)
Bibliothek mit 14 000 Bänden und Leseraum
Foto- und Amateurfilmstudio
Zirkelraum für bildende und angewandte Kunst
Klub- und Probenraum
Kabinett für Weiterbildung und Methodik
Veteranenklub
Saal für Schülerspeisung, Jugendklub und Kino, teilbar in 3 mal 150 m²
Kegelbahn
Küche
Kleiner Gastraum mit 40 Plätzen
Kaffeestube mit 60 Plätzen
Bauernstube mit 50 Plätzen
Weinstube mit 50 Plätzen

Kaufhaus mit Lebensmittelverkauf 600 m² und Industriewarenverkauf 700 m².

Dieses Programm verspricht eine maximale Auslastung aller Kapazitäten und eine derartige Vielgestaltigkeit und Lebendigkeit, daß dieser Komplex immer wieder neue Anziehungskraft ausstrahlen wird.

Der Vorplatz an der Südseite des Komplexes ist durch die günstige Besonnung zur intensiven Gestaltung in enger Verbindung mit den Werken der bildenden Kunst besonders geeignet. Über dem Eingang des Kulturkomplexes soll in einem Bildfries das neue sozialistische Lernen und Leben gestaltet werden. Dieser Fries steht in Beziehung zur Gestaltung des Springbrunnens vor dem Mehrzwecksaal. Als Hauptthema der bildkünstlerischen Gestaltung ist die Gruppenplastik vor dem Hochhaus gedacht. Sie soll die Pioniertaten der Freien Deutschen Jugend bei der Urbarmachung der Friedländer Großen Wiese darstellen.

Das Zentrum des kulturellen und geselligen Lebens des ganzen Wirtschaftsraumes Ferdinandshof ist so zum Park orientiert, daß der Küchenbetrieb bei Volksfesten auch für die Bewirtschaftung der Freiflächen genutzt werden kann.

Die westliche Platzwand wird vom Internat des VEB Kombinat für industrielle Mast gebildet. In der Erdgeschoßzone des Gebäudes sind komplexe Dienstleistungseinrichtungen wie Ambulanz, Apotheke, Hauswirtschaftsdienste, Post, Sparkasse, Friseur und andere vorgesehen.

In den Obergeschossen sind Internatsplätze für die Berufsschule des VEB Kombinat für industrielle Mast und einige Appartements für Gäste des Ortes ausgewiesen. Die Wege der Schüler zur Schülerspeisung, zur Schule und zum Sport sind möglichst kurz gehalten.

Eine Volksbuchhandlung mit Ausstellungsteil bildet die Verbindung zwischen dem Hochhaus und der Schwimmhalle, zu der auch eine Sauna gehört. Die exponierte Stellung der Schwimmhalle und die unmittelbare Anbindung der Sportflächen an den zentralen Raum sollen deutlich machen, wie in der sozialistischen Gesellschaft an der allseitigen Bildung des Menschen gearbeitet wird und der Sport mehr und mehr zum täglichen Bedürfnis wird.

Der vorwiegend 5geschossige Wohnungsbau ist an das Zentrum herangeführt und trägt zur Steigerung des Eindruckes der zentralen Bereiche bei. Besonderer Wert wurde auf die Gestaltung der Ortseinfahrten und der Randzonen gelegt. Der Wohnungsbau ist auf der Verwendung des Typs P Halle mit ebenerdigem Wirtschaftsgeschoß aufgebaut. Damit wird dem sehr hohen Grundwasserstand in Ferdinandshof entsprochen. Die Gebäude können unabhängig von ihrer Anordnung von beiden Seiten her verkehrsmäßig erschlossen werden, und es ergeben sich Möglichkeiten, in den Erdgeschossen für ältere Menschen bequeme Wohnungen zu schaffen.

Als Varianten sind darüberhinaus Gebäude mit vier Wohngeschossen (4 WE je Geschoß) und einem Wirtschaftsgeschoß vorgesehen. Die verbleibende Altbausubstanz wird durch ein Sanierungsprogramm in ihrem Wert wesentlich gesteigert, so daß eine Angleichung an das Lebensniveau und den Ausstattungsgrad in den neuen sozialistischen Komplexen möglich wird. Altes und Neues bilden so eine gestaltete Einheit.

Zur Haltung von Kleintieren und zum Unterstellen von Geräten und Fahrzeugen werden in der Nähe der Wohnungsbausubstanz besondere Anlagen gebaut.

Kindergärten werden an zwei Standorten innerhalb des Wohngebietes ausgewiesen. Ein Kindergarten mit 108 Plätzen steht in enger Verbindung mit dem Schulkomplex, der andere mit 180 Plätze soll als Kombination mit einer Kinderkrippe errichtet werden.

Zur Zeit wird der Ort Ferdinandshof stark durch Produktionsanlagen mit schlechtem Geruch belästigt. Mit der Sanierung müssen deshalb der Gießereibetrieb im Süden und die Schweinemastanlage im Nordwesten verlagert werden. Es ist vorgesehen, die alten Produktionsstätten als Garagen oder als Handwerkerstützpunkte weiter zu nutzen.

Durch die völlige Veränderung der Verkehrsführung, das heißt durch den Neubau der Hauptstraße im Ort, wird für jeden Einwohner und Besucher zwingend das Ferdinandshof der sozialistischen Gesellschaftsordnung erlebbar. Der Bau der neuen Straße hat weiterhin den Vorteil, daß mit dem Bau des Zentrums sofort begonnen werden kann und die sozialistische Umgestaltung des Ortes schrittweise von innen nach außen fortschreitet. Landwirtschaftliche Nutzflächen werden nicht in Anspruch genommen, Altbausubstanz muß zunächst in geringem Umfang abgebrochen werden. Die Reste feudalistischer Gestaltungsmerkmale des früheren Herschaftssitzes verschwinden somit völlig.

Die notwendigen Parkplätze sind an den gesellschaftlichen Einrichtungen vorgesehen. Im Wohngebiet nehmen Parkstreifen den ruhenden Verkehr auf. Die Buslinien aus den Nachbargemeinden führen durch das Zentrum zum Bahnhof, um eine bequeme Verbindung zwischen Straßen- und Schienenverkehr zu erreichen

Die F 109 führt den Fernverkehr am Ortsrand des Zentrums vorbei. Eine Tankstelle und Raststätte im Norden des Ortes an der F 109 geplant. Sie soll einen Imbiß-raum und einen Spezialitätenladen erhalten, der die Aufmerksamkeit der Touristen – die F 109 ist eine Hauptstraße für den Bäderverkehr – auch auf diese Weise auf den Ort lenken soll.

Die Architektur sowohl des Wohnungsbaues als auch der gesellschaftlichen Einrichtungen wird im Zusammenwirken mit den räumlichen Maßstäben, den örtlichen Besonderheiten (Fassadenverkleidung mit Friedländer Tontafeln) und der bildkünstlerischen Gestaltung ein sozialistisches Ortsbild schaffen, daß die geistigen Potenzen der sozialistischen Menschengemeinschaft in den Mittelpunkt stellt und die Einwohner mit Stolz und Liebe zur sozialistischen Heimat erfüllt.

Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Siedlungszentrums Ferdinandshof

Architekt BDA Karl Kraus, Bezirksarchitekt
Rat des Bezirkes Neubrandenburg

Der Rat der Gemeinde Ferdinandshof hatte nach Abstimmung mit der Bezirksleitung der SED Neubrandenburg, dem Rat des Bezirkes Neubrandenburg und dem Bund Deutscher Architekten vom 2. 2. 1968 bis zum 6. 3. 1968 unter sieben eingeladenen Architektenkollektiven einen Ideenwettbewerb zur städtebaulichen Gestaltung für das Siedlungszentrum Ferdinandshof ausgeschrieben, dessen Ergebnis wir nachfolgend veröffentlichen. Dieser Wettbewerb sollte zur prinzipiellen Klärung der Gestaltung künftiger Siedlungszentren im Bezirk Neubrandenburg beitragen.

Gegenwärtig arbeiten etwa 42 Prozent aller Beschäftigten des Bezirkes Neubrandenburg in der Land- und Forstwirtschaft. Im Prognosezeitraum bis 1980 kommt es infolge der rasch anwachsenden Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu einem Strukturwandel innerhalb dieses Beschäftigtenbereiches zugunsten der Nahrungsgüterproduktion und der Dienstleistungen. Die damit verbundene Migration schafft günstige Voraussetzungen für die schrittweise Konzentration der Landbevölkerung in Siedlungszentren, wo den Werktätigen alle Voraussetzungen für die Entwicklung sozialistischer Lebensverhältnisse geboten werden können, die unter Beibehaltung der gegenwärtigen Siedlungsstruktur (52 Prozent der Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern; die durchschnittliche Siedlungsgröße beträgt nur 270 Einwohner) nicht realisiert werden könnten.

Solche Siedlungszentren sind die geistigen, politischen und kulturellen Mittelpunkte eines bestimmten ländlichen Einzugsbereiches, der durch enge Kooperationsverflechtungen, gemeinsame Großproduktionsanlagen und durch ein abgerundetes Verkehrsnetz gebildet wird.

Aufgabe des Wettbewerbs

Ferdinandshof wird im Bezirk Neubrandenburg auf Grund des hier vorhandenen Vorlaufes in der Entwicklung industriemäßiger Produktionsvorhaben in der Landwirtschaft das erste Beispiel eines unter sozialistischen Verhältnissen gestalteten Siedlungszentrums. Die Hauptaufgabe seiner städtebaulichen Gestaltung besteht deshalb darin, schon in den nächsten Jahren am praktischen Beispiel zu zeigen, wie die Landbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten unter sozialistischen Produktionsverhältnissen und industriemäßigen Produktionsbedingungen leben wird.

Die bauliche Gestaltung von Ferdinandshof muß von seiner Funktion als politisches, geistig-kulturelles Zentrum und Hauptwohnort des Einzugsgebietes ausgehen. Die Einwohnerzahl des erwähnten Einzugsgebietes sinkt voraussichtlich von gegenwärtig 11 000 auf 9000 Einwohner (einschließlich Ferdinandshof). Die Einwohnerzahl von Ferdinandshof wird von heute 2340 auf etwa 5000 Einwohner ansteigen.

In der städtebaulichen Gestaltung sollte der Charakter des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zum Ausdruck kommen. Der Umgestaltungsprozeß des Ortes sollte von innen nach außen verlaufen. Anzustreben ist eine weit vorausschauende und kühne Umgestaltung, die unter rationeller Einbeziehung der vorhandenen Bausubstanz die sich verändernden Bedürfnisse entsprechend der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse berücksichtigt.

Der Umgestaltungsvorschlag soll in Etappen lösbar sein. Besondere Bedeutung kommt der vorrangigen Herausbildung des komplexen gesellschaftlichen Zentrums zu. Dabei ist durch Kombination und Flexibilität verschiedener Bauwerke eine Überlagerung und Verflechtung bestimmter Funktionen zu erreichen.

Das Siedlungszentrum muß zu jeder Tages- und Jahreszeit eine anziehende Wirkung ausstrahlen. Das erfordert die sorgfältige Gestaltung seiner Silhouette, die – auch nachts – weithin sichtbar das Neue zum Ausdruck bringen muß.

Größte Beachtung muß auch der Gestaltung der Ortseinfahrten geschenkt werden. Sie sind die Visitenkarte des Siedlungszentrums. Das Verkehrsnetz ist so zu organisieren, daß der technologische Verkehr (Grünfutter- und Güllefahrzeuge, Mähdrescher, schwere Feldfahrzeuge mit verschmutzender Wirkung) möglichst tangential geführt wird, während der Zielverkehr gesellschaftlicher Art unter Beachtung seiner Entwicklungstendenzen möglichst direkt in den zentralen Bereich geleitet werden sollte.

Das Zentrum ist großzügig, aber nicht großräumig zu gestalten. Für die Landbevölkerung, die, durch den Produktionsprozeß bedingt, ständig mit der freien Landschaft in Berührung kommt, ist der Besuch eines zurückhaltend dimensionierten Platzes mit städtischem Gepräge ein ebensolches Erlebnis wie für den Städter die freie Landschaft. Die Lebendigkeit eines derartigen Zentrums hängt von den dort vorhandenen Einrichtungen ab. Sie sollten so ausgewählt und einander zugeordnet sein, daß zu jeder Tageszeit hier Leben herrscht, gleichzeitig aber auch vielfältige städtebauliche Räume entstehen.

Bei der Beleuchtung des Zentrums sollte beachtet werden, daß Licht eines der wichtigsten Werbemittel ist. Unter den klimatischen Bedingungen des mecklenburgischen Winters ist diese Tatsache doppelt wichtig. Gerade im Winterhalbjahr sollen die Einwohner des Einzugsgebietes zum Besuch des Zentrums mit seinen kulturellen und Bildungseinrichtungen angeregt werden.

Im Zentrum sollten die Menschen den verschiedensten Werken der bildenden Kunst begegnen.

Mit der Umgestaltung des Ortes zum Siedlungszentrum sollte nicht seine Geschichte abgerissen werden. Für den Ort typische Gebäude, Gedenksteine, Baumgruppen und anderes sollten geschickt in die Umgestaltung einbezogen werden.

Preisgericht

Das Preisgericht setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:
Herr Olbrich
Bürgermeister der Gemeinde Ferdinandshof
Prof. Henselmann
Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie
Ing. Kraus
Bezirksarchitekt Neubrandenburg
Prof. Dr.-Ing. Lammert
Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Bauten der Deutschen Bauakademie
Dipl.-Ing. Klaus Kluge
Direktor des Büros für Territorialplanung Neubrandenburg
Dipl.-Ing. Grebin
Direktor des Büros für Städtebau Rostock
Herr Kloth
Vorsitzender des Rates des Kreises Ueckermünde
Herr Martin Berger
Sekretär für Wirtschaftspolitik der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED
Herr Horst Dettmann
Sekretär für Kultur
der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED
Herr Lauke
Kombinat Industrielle Mast
Herr Länk
Landwirtschaftsrat der DDR
Zum Vorsitzenden des Preisgerichtes wurde Professor Henselmann gewählt.

Bewertungskriterien

Das Preisgericht einigte sich auf folgende Bewertungskriterien zur Beurteilung der Entwürfe:

1. Städtebauliche und architektonische Gestaltung des sozialistischen Dorfes auf der Grundlage der sozialistischen Lebensweise und der modernen industriellen landwirtschaftlichen Produktion

Der politisch-ideologische Inhalt sollte sich durch die der sozialistischen Lebensweise entsprechende Gestaltung der Struktur ausdrücken (Wohnen, mittelbare Produktion, Freizeiträume, die der Qualifizierung, der kulturellen Selbstbetätigung, der Erholung und anderem dienen), durch Einrichtungen der geistigen und körperlichen Kultur mit Einschluß derjenigen Kommunikationsräume, welche den verschiedensten Kommunikationsformen der Bewohner dienen, sowie durch die Herausbildung einer eindrucksvollen Silhouette mit Einschluß der architektonischen Markierung der Ortseingänge, der Beziehung zur Landschaft und der Integration des historisch gewachsenen Dorfes mit den neuen Bauten, die den politisch-ideologischen Inhalt unseres Lebens widerspiegeln.

Ein wichtiges Kriterium innerhalb dieser Bewertung bilden auch die Gestaltung lebendiger und plastischer Baukörper und die Synthese von Architektur und bildender Kunst, die Vertiefung des Heimatbildes auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der gleichzeitigen Herausbildung einer unverwechselbaren Gestaltung für das Dorf Ferdinandshof.

2. Berücksichtigung der Ökonomie der Zeit und des Raumes bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung

Hier wird besonders die Herausbildung von Verkehrslösungen für Fahrzeuge und Fußgänger bewertet, welche die verschiedensten funktionellen Bereiche zweckmäßig verbinden und eine lebendige Kommunikation ermöglichen unter gleichzeitiger ökonomischer Nutzung des Grund und Bodens.

3. Ökonomie der Mittel

Hier werden die Möglichkeiten der Durchführung in Etappen bewertet, die Effektivität des Aufwandes und die Konzentration der verschiedenen Einrichtungen einschließlich der möglichen Funktionsüberlagerungen und die sinnvolle Erhaltung der Altbausubstanz.

4. Anwendung der technologischen und industriellen Möglichkeiten der modernen Bauproduktion unter gleichzeitiger Herausbildung lebendiger und künstlerisch gut gestalteter Bauformen

Vor Beginn des Bewertungsrundganges einigte sich das Preisgericht darauf, allen Teilnehmern mitzuteilen, daß die eingesandten Arbeiten ein beachtliches Niveau architektonischen Könnens zeigen, das ganz besonders anerkannt werden muß im Hinblick auf die sehr kurze zur Verfügung stehende Zeit. Da es sich um den ersten Wettbewerb in der DDR hinsichtlich der Gestaltung eines sozialistischen Dorfes unter modernen Kooperationsverhältnissen handelt, hält es das Preisgericht für verständlich, wenn einige der Lösungen die Zielsetzung der gestellten Aufgabe noch nicht erreichten.

Das Preisgericht gab nach Beendigung seiner Arbeit dem Rat des Bezirkes Neubrandenburg die Empfehlung, den ersten Preis unter Einbeziehung der guten Ideen des dritten Preises zur Grundlage für die Ausarbeitung der endgültigen Bebauungskonzeption zu machen.

1

1. Preis

Dipl.-Ing. Wilfried Stallknecht
Dr.-Ing. Karin Kirsch
Dipl.-Ing. Wilfried Pfau
Dipl.-Ing. Herbert Kuschy
Dipl.-Ing. Georg Mees
Deutsche Bauakademie

Perspektiven: Dipl.-Ing. Gerd Wessel
Lageplan: Ursula Broeschke, Vera Tieth

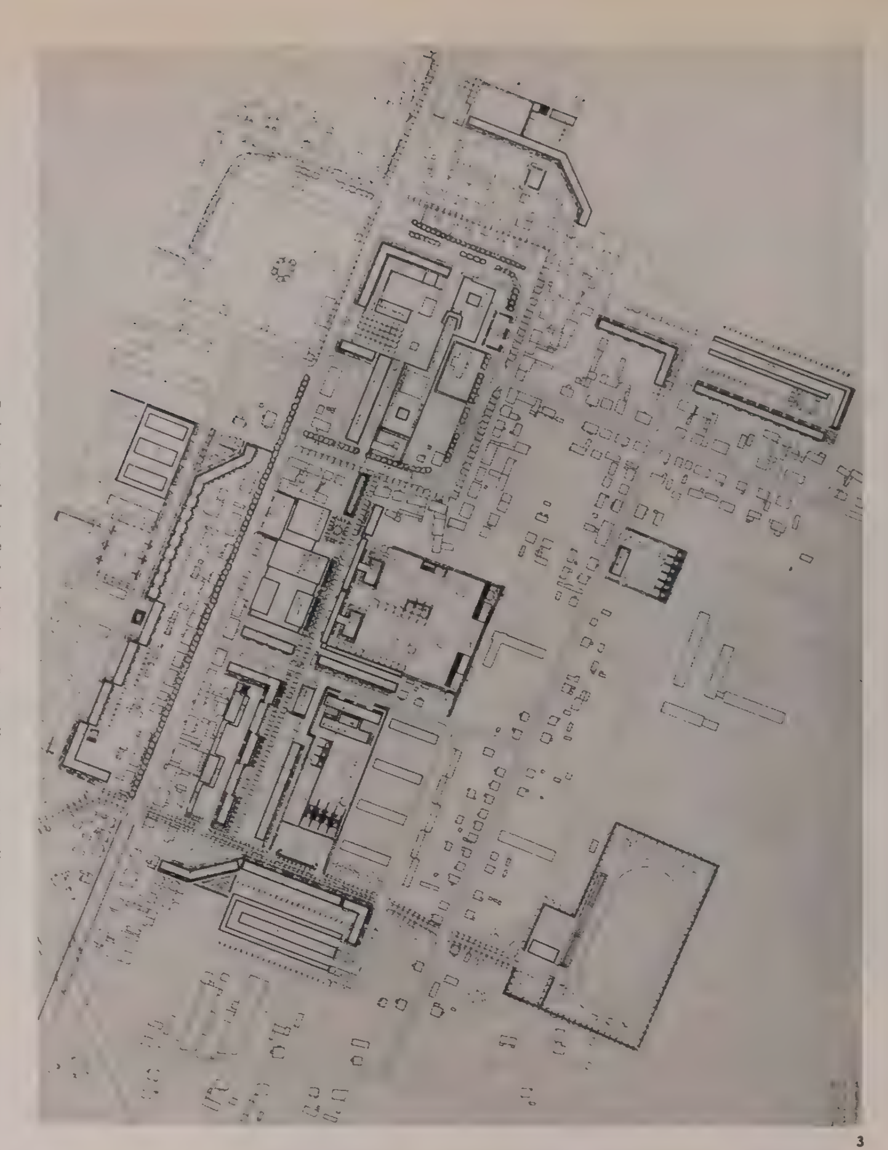
1 Gesellschaftliches Zentrum

2 Modell des Zentrums

2

3 Lageplan Ferdinandshof

4 Modell des Zentrums



Begründung des Preisgerichts:

Der 1. Preis ist allen anderen Arbeiten dadurch überlegen, daß er die oben genannten Prinzipien erfaßt und eine Lösung aufzeigt, die architektonisch befriedigt. Trotz einer außergewöhnlich komprimierten Anlage sind mit großem Feingefühl städtebauliche Räume herausgearbeitet worden, deren Abmessungen nicht wie bei den meisten Arbeiten überdimensioniert sind, sondern die dem spezifischen Maßstab von Ferdinanshof entsprechen. Auch zwischen der historisch gewachsenen Substanz und der Neubebauung werden gute Beziehungen hergestellt, die sich auch im Maßstab der Bauten ausdrücken.

Das Hochhaus wird mit einer unverwechselbaren Form herausgebildet. Auch die Einbeziehung von wertvoller Bausubstanz, welche die dörfliche Tradition dieser Landschaft aus der Vergangenheit ausdrückt, wird als gut empfunden.

Durch die sparsame Verwendung von Hochhäusern und das Berücksichtigen der materiellen Basis der Bauproduktion wird ein guter Ansatz für die Realisierung dieses Projektes geschaffen. Die angebotene Verkehrslösung wird vom Preisgericht gutgeheißen, da hier eine konsequente Lösung für den Fahr- und den Fußgängerbereich gegeben ist. Das Zentrum wird vom Fahrverkehr tangiert, so daß es gut erschlossen werden kann und erlebbar wird, ohne daß der Fahrverkehr gestört wird.

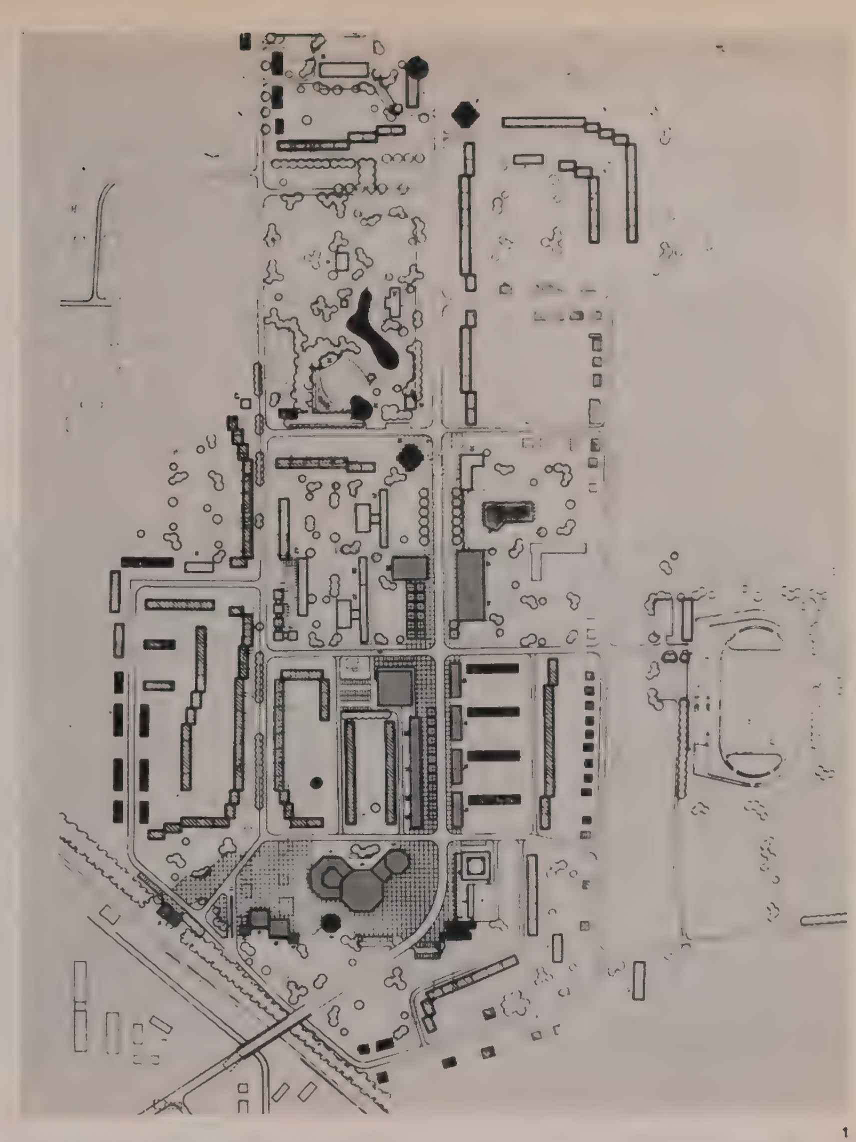
Das Preisgericht vermißt noch eine lebendige und plastische Durchdringung einzelner Baukörper und damit zusammenhängend eine innere Integration von Architektur, Skulptur und Malerei. Es wird empfohlen, bei einer weiteren Durcharbeitung eine stärkere Einbeziehung von Grünräumen vorzunehmen.

3

4

3. Preis

Dipl.-Ing. Iris Grund
Dipl.-Ing. Manfred Hartung
Gartenarch. Klaus Radecke
VEB Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg



Begründung des Preisgerichts:

Hervorgehoben sind bei dieser Arbeit die gute Gliederung der gesamten Anlage und die phantasievolle Gestaltung der plastischen Durchbildung der Baukörper entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung.
Weiter ist hervorzuheben, daß die Baukörper entsprechend der gesellschaftlichen Funktion unterschiedlichen Ausdruck erhalten (Produktion, Erholung und anderes). Auf diese Weise wird auch der politisch-ideologische Inhalt gut ausgedrückt.
Drei wesentliche Nachteile werden vom Preisgericht festgestellt:
– Die Durchführung des gesamten Verkehrs durch das Zentrum, da der Wirtschaftsverkehr eine bedeutende Rolle spielt und eine erhebliche Störung für den gesellschaftlichen Bereich darstellt.
– Nach Auffassung des Preisgerichts sind der zentrale Platz und die sich daran anschließende Hauptstraße überdimensioniert, so daß die Bezugsgröße bei aller Anerkennung der Großzügigkeit zu großräumig angelegt ist.
– Es wird bedauert, daß bei der Gestaltung des Wohnungsbaus nicht die gleiche Phantasie aufgewandt wurde wie bei den gesellschaftlichen Bauten.



1 Lageplan Ferdinandshof

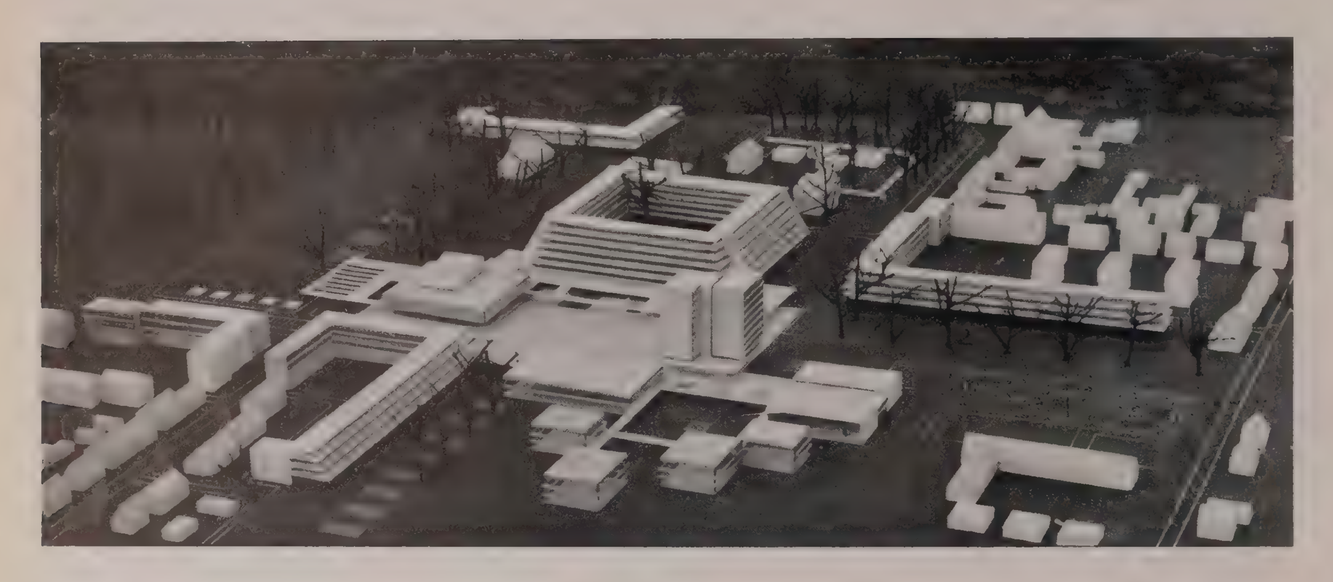
2 Modell des Zentrums

Anerkennung

Ing. Dr. H. Fischer
Dipl.-Ing. H. J. Blödow
Dipl.-Ing. E. Halmagyi
Dipl.-Ing. W. Hartnick
Dipl.-Ing. K. Hormann
Technische Universität Dresden

Begründung des Preisgerichts:

Diese Arbeit erhielt eine Anerkennung, weil die Verfasser, von der vorhandenen Struktur des Dorfes ausgehend, interessante räumliche Erweiterungen vorschlagen, die die Beziehungen zur Landschaft und zum Freiraum aufnehmen. Gleichfalls wird die gute Verkehrslösung anerkannt.
Es erscheint dem Preisgericht aber nicht möglich, den überwiegenden Teil der Wohnungen in vielgeschossiger Bebauung unterzubringen und diese Bebauung in Form eines geschlossenen Hofes anzulegen. Eine etappenweise Durchführung ist auf diese Weise nicht möglich.



Im 2. Rundgang ausgeschieden

Dipl.-Ing. D. Karasch
Dipl.-Ing. B. Merkel
Ing. E. Manthey
Gartenarch. W. Otto
Dipl.-Bildh. K. Rätsch

Büro für Stadt- und Dorfplanung
des Rates des Bezirkes Neubrandenburg

Begründung des Preisgerichts:

Obwohl sich die Verfasser offensichtlich bemüht haben, eine ökonomische Gesamtlösung zu finden, die gleichzeitig eine Ergänzung der vorhandenen räumlichen Struktur des Dorfes darstellt, ist es ihnen nicht gelungen, räumliche Strukturen zu finden, die den gesellschaftlichen Inhalt des neuen Lebens auf dem Lande ausdrücken.

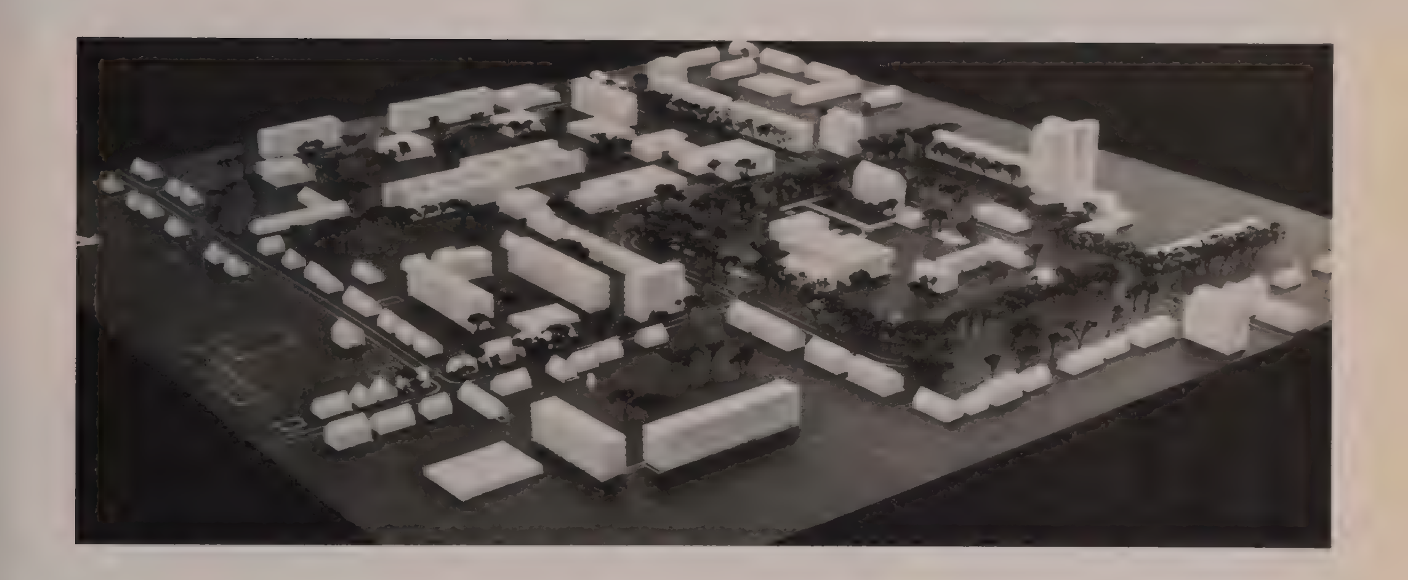


Im 2. Rundgang ausgeschieden

Prof. Dipl.-Arch. H. Räder
Dipl.-Arch. K. Püschel
Dipl.-Gärtner H. O. Sachs
Dipl.-Ing. A. Zindler
Dipl.-Ing. H. Wenzel
cand. ing. A. Räder
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Begründung des Preisgerichts:

Die Arbeit zeigt zwar gute einzelne, aufgegliederte Baukörper, die sich jedoch nicht zu einer Gesamtstruktur zusammenfinden. Auf diese Weise wurden die politische Zielstellung der Aufgabe und die sich daraus ergebende gestalterische Möglichkeit verfehlt.

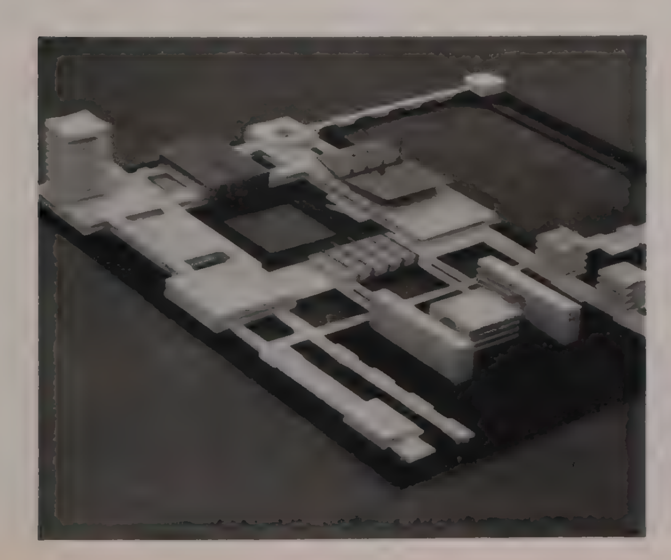


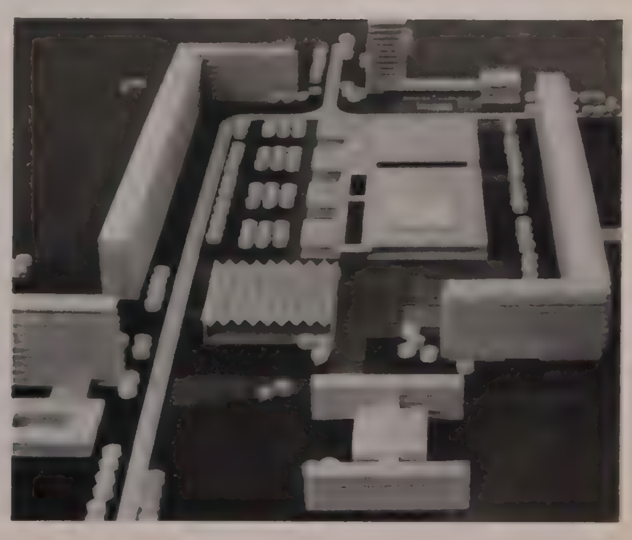
Im 1. Rundgang ausgeschiedene Arbeiten

Diese Arbeiten mußten ausscheiden, da bei aller Anerkennung der gestalterischen Qualität, die sich in beiden Arbeiten ausdrückt, ihre Verwendung für die zur Beratung stehende Aufgabe, vor allem aus ökonomischen Gründen, nicht möglich ist. Hinzu kommt, daß die städtebauliche Form in sich völlig abgeschlossen ist und eine Realisierung in Etappen nicht zuläßt.

Dipl.-Ing. Jochen Beige
Architekt Gerhard Wollner
Architekt Helmut Kuntzagk
VEB Hochbauprojektierung Frankfurt/Oder, Betriebsteil Eisenhüttenstadt

Dipl.-Ing. G. Vandenhertz
Architekt H. Gödecke
Architekt H. Schaefer
Gartenarch. R. Kortsch
VEB Landbauprojekt Potsdam







1

Projektant: VEB Landbauprojekt Potsdam

Entwurf: Karl-Heinz Birkholz, Architekt BDA

Mitarbeiter: Architekt Jochen Sänger
Architekt Heinz Malskies
Architekt Wolfgang Merz
Architektin Katja Humitsch
Architekt BDA Gerhard Köhne

Statik: Bauingenieur Gerhard Müller
Bauingenieur Erwin Nachtigall

Bauwirtschaft: Bauingenieur Hermann Schunke
Bauingenieur Werner Noack

Heizung und Lüftung: Ingenieur Paul Caspers

Elektroanlage: Ingenieur Franz Hanysz

Lüftungstechnische Beratung: Prof. Dr. Schiffel, Technische Universität Dresden

Maschinentechnische Ausrüstung: Kollektiv Ingenieur Steinbach, Dresden

Grüngestaltung: Architekt BDA Butzmann

Erschließung: Bauingenieur Werner Schotteck

Beratung: Dr. Schremmer
Institut für Tierzuchtforschung
Dummerstorf

Schweinemastanlage mit 3600 Plätzen

Architekt BDA Karl-Heinz Birkholz
VEB Landbauprojekt Potsdam

Als eine der ersten großen Aufgaben hatte im Jahre 1964/65 der VEB Landbauprojekt Potsdam die Projektierung einer industriemäßig betriebenen Schweinemastanlage übernommen.
Das Projekt sollte für alle sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe ein Beispiel zur industriemäßigen Schweinemast auf wirtschaftseigener Futtergrundlage darstellen. Im Jahre 1965/66 erfolgte vom VEB Landbaukombinat Frankfurt (Oder) die Bauausführung.
Die Schweinemastanlage hat eine Kapazität von 3600 Tieren. Beim Einstallgewicht von 40 kg und einem Netto-Endgewicht von 110 kg sollten bei einem jährlichen Umschlag von 2,3 Tieren 6200 dt Eigenproduktion Schweinefleisch erzielt werden.

Den industriemäßigen Charakter der Anlage bilden

- die kompakte Zuordnung der Stallgebäude mit den Verbindungsbauten und dem Futterhaus (alles gegenüber Einzelställen unter einem Dach),
- die automatische Futteraufbereitung und Beschickung der Ställe mit Futter über Rohrleitungen (nur die Dosierung in den Trögen erfolgt aus ökonomischen Gründen manuell),
- das Halten der Tiere auf Vollspaltenboden mit automatischer Unterflurentmistung (Schleppschaufelanlagen),
- Die kontinuierliche Beschickung der Mastanlage in einem Abstand von drei Wochen mit je 400 Läufern und somit auch die Auslieferung der Mastschweine in diesem Zeitabstand.

In der Anlage sind nur zwei Arbeitskräfte beschäftigt.

Die gesamte Anlage gliedert sich in zwei Bereiche:

- Wirtschaftsbereich mit Sozialteil, Heizhaus, Futterhaus, Dämpfhaus und Siloanlage, Schweinean- und -auslieferung, Krankenstall, Garagen, Kadaverhaus und Gülleanlage
- Stallbereich mit Ställen und Verbinder

Diese Unterteilung ist aus seuchenhygienischen Gründen notwendig und ergab im Zusammenhang mit den Technologien und den vorgegebenen Stalleinheiten zu je 400 Tieren die Bebauung.

2



3

Bauzeit: 1965 bis 1966
Generalauftragnehmer: VEB Landbaukombinat Frankfurt (Oder), Sitz Wriezen
Kapazität: 3600 Mastplätze
Baukosten: 3 920 240 Mark
Umbauter Raum: 20 417 m³
Bebaute Fläche: 4 535 m²
Baukosten/Kapazitätseinheit: 1089 Mark
Baukosten/m³ umbauter Raum: 192 Mark
In den Kosten sind die Ausrüstung und Erschließung enthalten.

1
Blick auf die Mastställe

2
Blick in die Buchtenreihe

3
Gesamtanlage

Die Gestaltung wird im wesentlichen durch die Mastenbauweise, Laststufe 0,8 Mp, mit den Wandbauelementen der Warmbaureihe Gasbeton sowie den BS-Holzbindern mit Wellasbestbetonplatteneindeckung bestimmt.

Sehr bestimmend wirken die Verbindungsbauten. Sie sind das Kernstück der ganzen Anlage und der erste Schritt zum Kompaktbau auf dem Gebiet der Schweinehaltung.

Die Schweinemastanlage Wilmersdorf wurde als Muster- und Experimentalbau projektiert und ausgeführt. Von mehreren Kooperationsgemeinschaften wurden nach diesem Projekt bereits weitere Anlagen bei geringfügigen Veränderungen (bedingt durch den Standort und die Futteraufbereitung) gebaut.

Der Standort der Schweinemastanlage befindet sich neben einer Grünfuttertrocknungsanlage außerhalb des Ortes. Landwirtschaftliche Nutzflächen wurden nicht in Anspruch genommen. Die Zufahrtsstraßen sowie der Anschluß an eine vorhandene Trafostation waren gegeben.

Erläuterung der Objekte

Mastställe

Funktionelle Lösung

Die 4,5 Mastställe wurden räumlich in 9 Belegungseinheiten mit je 400 Tieren unterteilt, die in 12 Buchten bei 0,50 m² Buchtenfläche je Tier gehalten werden. Die gesamten Buchtenflächen wurden mit Spaltenböden ausgestattet. Unter der Buchtenreihe läuft eine Schleppschaufel zur Kotrăumung. In allen Ställen ist eine Klimatisierung (automatische Be- und Entlüftung) vorgesehen. Jedes Tier hat einen Freßplatz.

Die Belegung eines Stallteiles erfolgt geschlossen, wobei nach der Räumung eine Desinfektionszeit von drei bis vier Tagen vorgesehen ist.

Die unter der Buchtenreihe befindliche Schleppschaufel fördert das Kot-Harn-Gemisch bis zum Mitteltrakt, von dort gelangt es über eine andere Schleppschaufelanlage in die Abwurfgruben.

Bautechnische Lösung

Die Mastställe wurden aus den Elementen der Stahlbetonskelett-Montagebauweise (0,8 Mp) gebaut. Die Außenwände bestehen aus 240 mm dicken Gas-Silikatbetonelementen. Für die Innenwände wurden Leichtbetoninnenwandplatten, 190 mm dick, verwendet.

Als Dachkonstruktion wurden Typenbinder gewählt, das Dach ist mit Wellasbestbetonplatten eingedeckt.

Die Kotkanalwangen sind aus Betonfertigteilen, die Kanalsohle und der Fußboden aus Ortbeton. Alle Kotroste bestehen aus Stahlbeton B 300, Abmessung: 1700 mm × 500 mm × 100 mm.

Ausrüstung und Ausstattung

Als technische Ausrüstung ist außer der Schleppschaufelanlage eine Futterleitung mit Abgängen zu den Futtertrögen fest eingebaut. Das Futter in den Trögen wird durch Futterschieber dosiert, die vom Kontrollgang über den Trögen bedient werden.

Alle Buchtentrennwände bestehen aus Stahl. Die Pfosten sind in Rohrhülsen aufgestellt.

Verbinder

Funktionelle Lösung

Der Verbinder wird als Treibweg für den An- und Abtransport der Tiere sowie für die Installation der Futterverteilungsrohre, der Heizleitungen, der Elektrozuleitungen und der Wasserleitung genutzt. Unter Flur befindet sich der zentrale Kotkanal mit den Schleppschaufeln.

Bautechnische Lösung

Wie bei den Ställen, außer Dach.

Das Dach besteht aus Betonfertigteilen, Dachneigung 5°, Dacheindeckung nach TGL 116–0881.

Krankenstall mit Garage und Kadaverraum

Funktionelle Lösung

Krankenstall, Kadaverraum und Garage befinden sich in einem Gebäude, jedoch räumlich klar voneinander getrennt. Der Krankenstall, mit einer Kapazität von 25 Tieren, hat eine direkte Verbindung zum Futterraum und Tierarztraum. Zwischen Garage und Krankenstall befindet sich der Desinfektionsraum. Der Garage zugeordnet ist ein Werkstattraum.

Die Haltung der Schweine im Krankenstall erfolgt einzeln und in Gruppen; der Dung wird als Treibmist abgeführt.

Bautechnische Lösung

Das Bauwerk wurde in Ziegelmauerwerk ausgeführt. Über den Garagen ist eine Stahlbetondecke (100 mm dick), alle übrigen Decken sind untergehängte Decken.

Für die Dachkonstruktion wurde ein Brettbinder des Typs U 12 verwendet; die Eindeckung erfolgt mit Wellastbetontafeln. Der Krankenstall ist über einen Heizrohrkanal an die Heizzentrale angeschlossen.

Futterhaus mit Dämpfplatz und Heizung

Funktionelle Lösung

Aus seuchenhygienischen, brandschutztechnischen und verkehrstechnischen Gründen liegt das Futterhaus einschließlich Heizung und Dämpfplatz in Verlängerung des ersten Maststalles an der Nordseite der Anlage.

Die Heizzentrale mit Kohlenlager, Boilerraum und Pumpenraum ist im Futterhaus untergebracht. Das Heizsystem ist eine Pumpenwarmwasserheizung 90/70 °C.

Für die Kartoffeldämpfmaschine wurden zur Dampfversorgung vier Niederdruckdampferzeuger, Typ DQ 37, mit je 7 m² Heizfläche vorgesehen. Über einen gemeinsamen Dampfsammler und eine Dampfleitung werden die auf dem Dämpfplatz stationär aufgestellten Dämpfmaschinen versorgt.

Bautechnische Lösung

Die Außenwände wurden in Stahlbetonskelett-Montagebauweise (0,8 Mp) errichtet, während die Innenwände in traditioneller Bauweise ausgeführt wurden.

Die Gründung der Stützen erfolgte in Hülsenfundamenten B 160. Die Dachkonstruktion besteht aus Holznagelbindern und Pfetten mit untergehängter Decke, die Dacheindeckung erfolgte mit Wellastbestbetonplatten.

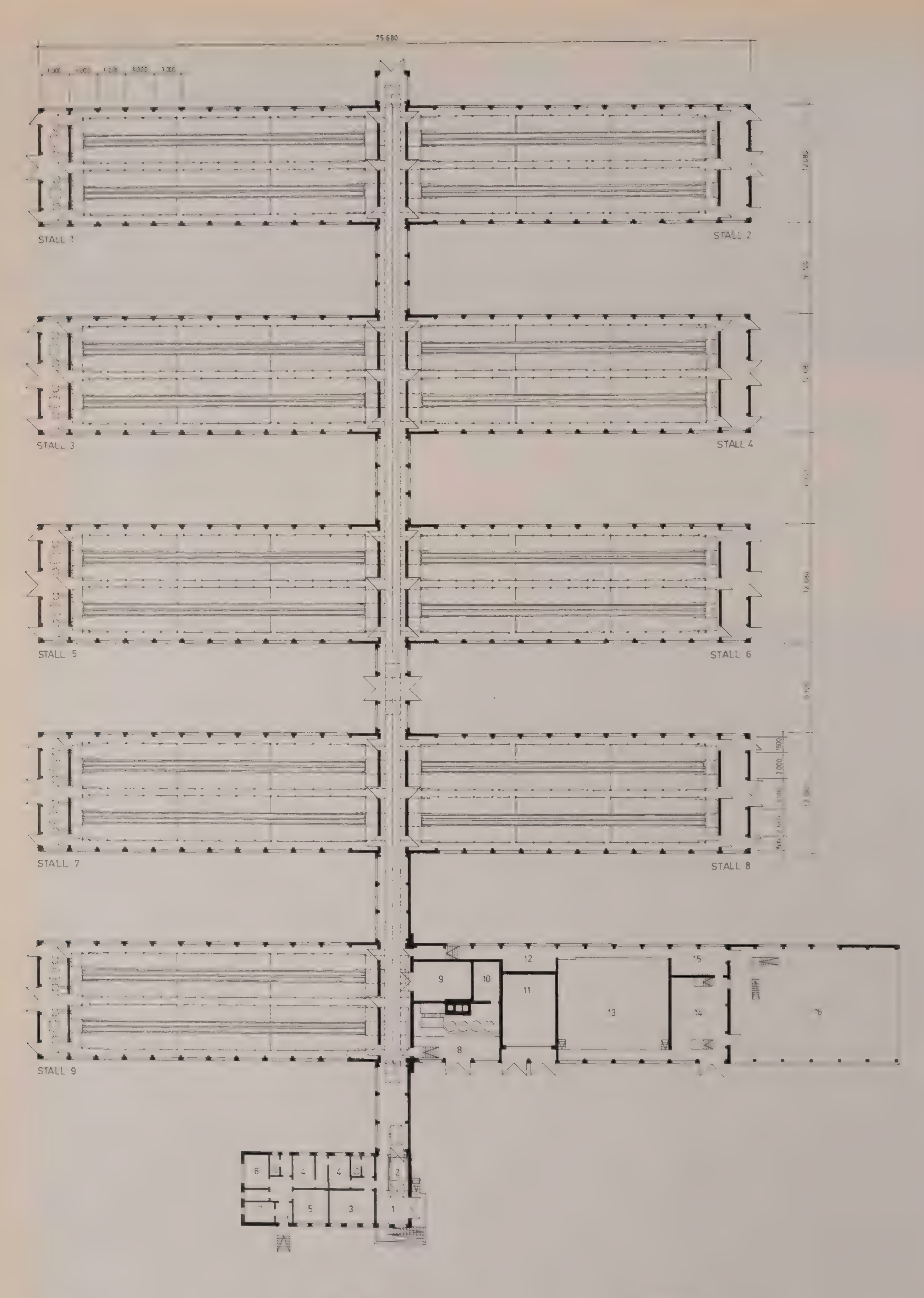
Ausrüstung und Ausstattung

Die technologische Ausrüstung des Futterhauses gliedert sich in

Maschinenkette vom Annahmeförderer bis einschließlich Dämpfmaschinen,

Maschinenkette für Rüben,

Maschinenkette zur Silobeschickung.



4
Grundriß 1 : 500
1 Auffangraum
2 Bad
3 Aufenthaltsraum
4 Wasch- und Umkleideanlage
5 Büro
6 Veterinär
7 Anschlußraum
8 Heizraum
9 Boilerraum
10 Pumpenraum
11 Kohlelager
12 Werkstatt
13 Kraftfutter
14 Mischraum
15 Schaltraum
16 Offener Dämpfplatz

5
Schnitt durch den Verbinder 1 : 200

6
Schnitt durch das Stallgebäude 1 : 200

7
Blick auf Maststätte und Verbinder

8
Blick auf den Sozialteil, die Heizung und die Gülleanlage mit Schlammabsatzbecken



Maschinenkette zum Entnehmen der Silage,
Maschinenkette zur Kraftfutterannahme, Lagerung, Entnahme und Zuführung zu den Mischern,
Mischanlage,
Dämpfanlage,
Wasserdosierungsanlage.

Gülleanlage und Schlammabsatzbecken

Funktionelle Lösung

Schieberschacht
Rechenschacht
Sammelbehälter 31 m^3
Güllepumpwerk
10 Güllebehälter zu je 300 m^3
Güllebehälter 31,7 m^3
Schlammabsatzbecken mit Pumpenschacht

Der Schieberschacht wurde zwischen zwei Ställen am Verbinder mit den Abwurfgruben angeordnet. In ihm endet eine Leitung NW 250 aus den Abwurfgruben, die durch einen Keilflachschieber mit Elektroantrieb, Typ MAW 3, verschlossen ist.

Das Öffnen der Schieber erfolgt mittels Ägirschaltung.

Der Rechenschacht hat einen Stabrechen mit einer Spaltbreite von 60 mm und soll grobe Bestandteile zurückhalten, damit die Pumpe sich nicht verstopft.

Vor dem Pumpenwerk ist ein Sammelbehälter angeordnet, der bei Betriebsstörungen mittels Baggers entleert werden kann.

Im Güllepumpwerk wurden die beiden Kreiselpumpen und die Elektroausrüstung untergebracht. Als Pumpen sind horizontale Kreiselpumpen, Typ KRD 150/420, installiert. Eine Pumpe dient zum Füllen der Behälter, die zweite zum Umpumpen. Bei Betriebsstörungen können die Funktionen der Pumpen vertauscht werden.

Um zu verhindern, daß die Gülle der kranken Tiere mit der der gesunden vermischt wird, wurde für den Krankenstall ein gesonderter Güllebehälter mit 31,7 m^3 errichtet. Die Homogenisierung der Gülle und die Abfuhr erfolgen im Güllewagen. Die Gülle der Maststallanlage wird in 10 Behältern zu je 300 m^3 gelagert. Die Behälter werden über die beiden seitlichen Druckrohre NW 100, die in je zwei oberen und zwei unteren Düsen NW 50 enden, gefüllt. Zum Umrühren wird der Ablaßschieber geöffnet, die Pumpe saugt die Gülle aus dem Behälter und drückt sie wieder in denselben Behälter durch die seitlichen Leitungen. Dabei sollen die beiden oberen Düsen die Schwimmdecke zerstören und die unteren den abgesetzten Schlamm aufwirbeln.

Das Schlammabsatzbecken nimmt das anfallende Wasser der Rüben- und Kartoffelwäsche auf und gibt das gereinigte Wasser wieder in die Waschanlage ab. Je Saison werden rund 90 t Schlamm vom Becken aufgenommen.

Bautechnische Lösung

Die Güllebehälter haben eine trichterförmig ausgebildete Sohle aus Stahlbeton B 225, die Umfassungswände sind aus Betonformsteinen nach TGL 4–46, Form B, vollfugig in MG III gemauert. Die Abdeckplatten aus Stahlbeton B 225 mit je zwei Einstiegsöffnungen sind als Plattenbalken ausgebildet. Die Behälter haben einen Durchmesser von 9,46 m und eine Wasserspiegeltiefe von 5,20 m.



7



8

Siloanlage

Funktionelle Lösung

Die Siloanlage wurde nördlich des Futterhauses gebaut. Es sind oberirdische Silos. Die Anlage ist in sechs Doppelzellen gegliedert.

Beschickt werden die Silos über eine Bandstraße, die vom Dämpfplatz bis in das zu füllende Silo reicht. Das letzte Förderband sollte als fahrbare Bandbrücke ausgebildet und mit Abstreifer versehen werden. Die Entnahme sollte mittels Greifers T 157 über SFZ erfolgen.

Bautechnische Lösung

Die Silowände bestehen aus Betonfertigteilen. Die Silotrennwände sind montierbar; der Silofußboden ist mit einem Gefälle von 1 Prozent aus B 280 einschichtig hergestellt.

Außenanlagen

Straßen aus Beton B 300

Grünanlagen und Wege

Die gesamte Anlage ist mit Maschendraht 1,50 m hoch eingezäunt. Rings um die ganze Stallanlage ist ein 10 m breiter Windschutzstreifen angelegt. Am Eingang und vor den Stallgebäuden sind niedrige Gehölze angepflanzt worden.

Zwischen den Ställen ist ein Wildrasen angelegt, und in der ganzen Anlage sind einzelstehende Bäume gepflanzt worden.

Farbgestaltung

Alle Gebäude haben einen weißen Kalklatex-Außenanstrich erhalten. Der Sockel, die Türen und Tore, das Gesims und die Stahlleitern an den Stallgiebeln sind graugrün gehalten.

Die Maschinen und Geräte im Futterhaus und auf dem Dämpfplatz sind in lichtem Blau gestrichen.

Das Dach, die Giebel und die Traufverkleidungen bestehen aus grauen Asbestbetonplatten.



1

Jungviehlaufstall für 336 Tiere

Bauingenieur Peter Krohn
Bauingenieur Wolfgang Reglin
Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation „Agroprojekt“ Neuruppin

Durch die Entwicklung von Hauptproduktionsrichtungen in der Landwirtschaft kommt es zu einer weiteren Spezialisierung der Betriebe. Produzierte bisher eine Genossenschaft alle landwirtschaftlichen Produkte, so richtet sich die Produktion heute schon nach den gegebenen Möglichkeiten. Durch die Hauptproduktionsrichtungen kommt es zu größeren Tierkonzentrationen. Dem muß durch entsprechende Gebäude Rechnung getragen werden.

Die LPG Lentzke spezialisiert sich auf die Jungrinderaufzucht. Für die Aufzucht von Jungrindern existieren bisher wenig brauchbare Projekte. Wir erhielten den Auftrag, einen Stall zu projektieren, der eine größere Menge Jungrinder aufnehmen kann.

Wie bei dem 312er Milchviehstall (s. S. 116 und 117) gingen wir davon aus, die Elemente des laufenden Produktionsprogrammes der Betonwerke zu verwenden.

Bei der vorgesehenen Konzentration und dem laufenden Typenprogramm der Betonwerke hielten wir es für zweckmäßig, auch bei dem Jungviehstall vom Typenstall L 203 „e“ auszugehen.

Um den Stall voll auszulasten, mußte eine neue Aufstallungsform gefunden werden.

Wie wir schon bei dem Milchviehstall feststellten, ist eine mobile Mechanisierung sehr platzaufwendig.

Bei den Überlegungen zur Mechanisierung mußte berücksichtigt werden, daß die Entmistung die zeitraubendste Arbeit ist. Also mußte mindestens sie mechanisiert werden.

Bei den vorliegenden Projekten handelt es sich um einen geschlossenen Laufstall mit Liegeboxen und Teilspaltenboden für Jungvieh von ein bis zwei Jahren. An jeder Stallängsseite befinden sich 12 Liegeboxen in Queraufstallung. Jede Liegebox ist mit 14 Tieren belegt. Die Liegeplätze sind durch Trennbügel abgegrenzt. Der Liegeplatz ist mit Gummimatten oder Holzpflaster ausgelegt. Die Quergänge zwischen den Boxen und der Freßplatz erhalten einen Spaltenboden. Der mittige Futtergang dient auch als Kontrollgang. Die Krippe mit Fangfreßgitter dient zwei Tieren als Freßplatz. Die Fütterung erfolgt durch Umtreiben. Die Selbsttränken sind in den Boxen angeordnet.

Das Futter wird mit einem Futterverteilungswagen und einer Stallarbeitsmaschine in die Krippen verteilt. Entmistet wird mittels Treibmistverfahrens von den Querkanälen in den Längskanal, in dem eine Unterflurschleppschaufel läuft. Das Kot-Harn-Gemisch wird in geschlossene Güllebehälter eingeleitet.

Die Tiere werden strohlos gehalten.

Das Gebäude ist ein eingeschossiger Flachbau in Stahlbetonskelett-Montagebauweise mit Hülsenfundamenten. Die Stahlbetonstützen haben einen Achsabstand von 3000 mm. Der Wandaufbau besteht aus Stahlbetongrundschwellen, Sockelbalken aus Leichtbeton mit Schwerbetonvorsatz und Gasbeton-Außenwandplatten, 240 mm dick. Für die Dachkonstruktion wurden freitragende Trapezbinder in Holznagelbauweise (Schneegebiet II) mit 25 Prozent Dachneigung als Kaltdach gewählt. Die untergehängte Decke besteht aus ebenen Asbestbetonplatten mit einer Wärmedämmschicht. Als Dacheindeckung sind Asbestbetonwelltafeln, Profil 5, vorgesehen.

Durch die Veränderung der Liegeplatzbreiten und Standlängen läßt sich die Belegungsdichte des Stalles verändern.

Der Aufbau des Stalles bleibt in seiner Konzeption erhalten. Es ergeben sich durch die Veränderung zwei weitere Ställe:

402 Tiere für zwei Altersgruppen von sechs Monaten bis zu einem Jahr und von ein bis zwei Jahren

504 Tiere von sechs Monaten bis zu einem Jahr

Sämtliche aufgeführten Jungviehställe sind im Angebotskatalog enthalten. Durch Kombination der drei Ställe lassen sich Aufzuchtanlagen von beliebiger Größe entwickeln.

Auch vorhandene Milchviehanlagen, die in der Perspektive nicht mehr benötigt wer-

1
Außenansicht

2
Schnitt 1 : 200

3
Grundriß 1 : 500

4
Box mit Freßgitter

5
Futtergang

Kennzahlen:

Gesamtanschlußwert:	18,0 kW
Gleichzeitigkeitsfaktor:	0,7

Baukosten (Preisbasis 1967)

Mit technologischer Ausrüstung:	480 000 Mark
Ohne technologische Ausrüstung:	472 500 Mark

Kosten/Tierplatz

Mit technologischer Ausrüstung:	1 429 Mark
Ohne technologische Ausrüstung:	1 406 Mark

den, können zu Aufzuchtanlagen rekonstruiert werden.

Wir denken, daß wir mit den vorgestellten Ställen einen Weg aufgezeigt haben, der der Landwirtschaft hilft, die Zeit zu überbrücken, bis sich die gegenwärtig in der Entwicklung befindlichen Großanlagen in der Praxis bewährt haben.

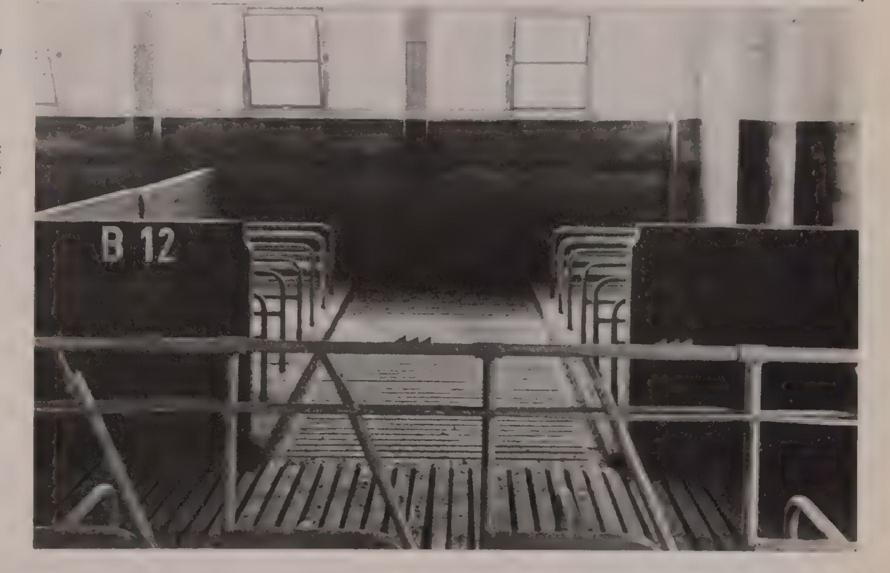
Die künftig zu bauenden Anlagen werden in der Größenordnung weit über die bisherigen hinausgehen. Jungviehställe mit einem jährlichen Ausstoß von 1000 und mehr hochtragenden Färsen sind schon über das Stadium der Entwicklung hinaus.

Bei dem von uns entwickelten Großstall handelt es sich um einen Kompaktbau aus standardisierten Bauelementen. Der Innenausbau trägt den Altersstufen von sechs Monaten bis zur hochtragenden Färse Rechnung. Die Ausbaustufen können miteinander kombiniert werden und sind untereinander austauschbar. Mit diesem Kompaktbau läßt sich praktisch jede Zusammensetzung hinsichtlich der Altersgruppen der Tiere erreichen.

Mit dem Bau des ersten Stalles dieser Art soll in diesem Jahr begonnen werden. Die Fertigstellung ist für 1970 vorgesehen.

Der Bau solcher Großanlagen bleibt vorerst noch Kooperationen mit entsprechenden Voraussetzungen vorbehalten. Diese Anlagen sollen jedoch auch den anderen Kooperationen zugänglich gemacht werden.

4



5



Anbindestall für 312 Milchkühe



Bauingenieur Peter Krohn
Bauingenieur Wolfgang Reglin
Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation „Agroprojekt" Neuruppin

In den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED und des X. Deutschen Bauernkongresses wurde die Perspektive der sozialistischen Landwirtschaft festgelegt. Durch die weitere Entwicklung von Kooperationsbeziehungen werden die Voraussetzungen zur industriemäßigen Produktion geschaffen. Die Investitionen in der Landwirtschaft sind vorrangig auf die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, die Schaffung neuer Lagerkapazitäten, die Errichtung moderner Produktionsanlagen, die dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt entsprechen, die Rationalisierung und Rekonstruktion vorhandener Stallbauten und den Bau gegenwärtig unbedingt notwendiger Stallungen, vor allem für die Jungviehaufzucht, zu konzentrieren.

Aus diesem Grunde wurden durch den Projektanten verschiedene Untersuchungen angestellt, die alle Möglichkeiten zur Rationalisierung und Rekonstruktion erfaßten. Die Ergebnisse wurden zusammengefaßt und ausgewertet.

An dieser Auswertung waren außer dem Projektanten Vertreter der LPG und Mitarbeiter des Kreisbetriebes für Landtechnik beteiligt. Als Resultat wurden verschiedene Technologien festgelegt, die in dem neuen Stall angewandt werden könnten.

Für die Stallkonstruktion wurde auf das Typenprogramm in Montagebauweise zurückgegriffen, wobei das Typenprogramm weitgehend beibehalten werden sollte.

Als geeignet erwies sich der für 200 Milchkühe ausgelegte Typenstall L 203 „e" mit einer Stützweite von 21 000 mm und einer Länge von 75 000 mm, zumal er bereits in vielen Genossenschaften gebaut wurde. Durch die Veränderung des Stallprofils erreicht man die optimale Ausnutzung des Stallraumes.

Der von uns konzipierte Stall hat im Gegensatz zum L 203 „e" eine stationäre Mechanisierung. Die nutzbare Fläche im Stall vergrößert sich, da die stationären Mechanismen weniger Platz benötigen als die mobilen.

Der so gewonnene Platz ermöglicht eine sechsreihige Aufstallung, so daß 112 Tiere mehr im Stall untergebracht werden können.

Das Projekt für diesen veränderten Stall wurde dem Institut für Tierzuchtforschung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Iden-Rohrbeck, dem Institut für landwirtschaftliche Betriebs - Arbeits - Ökonomik Cundorf und dem VEB Hochbauprojektierung Schwerin zur Begutachtung vorgelegt. Von allen drei Instituten kamen die Unterlagen mit einem negativen Bescheid zurück.

Die LPG Brunne beschloß trotz dieser negativen Beurteilung, einen Stall mit der neuen Technologie zu bauen. Anfang 1967 begann das Landbaukombinat Potdsam, Produktionsleitung Neuruppin, mit der Montage des ersten Bauabschnittes. Im November 1967 konnte der Stall an die LPG übergeben werden.

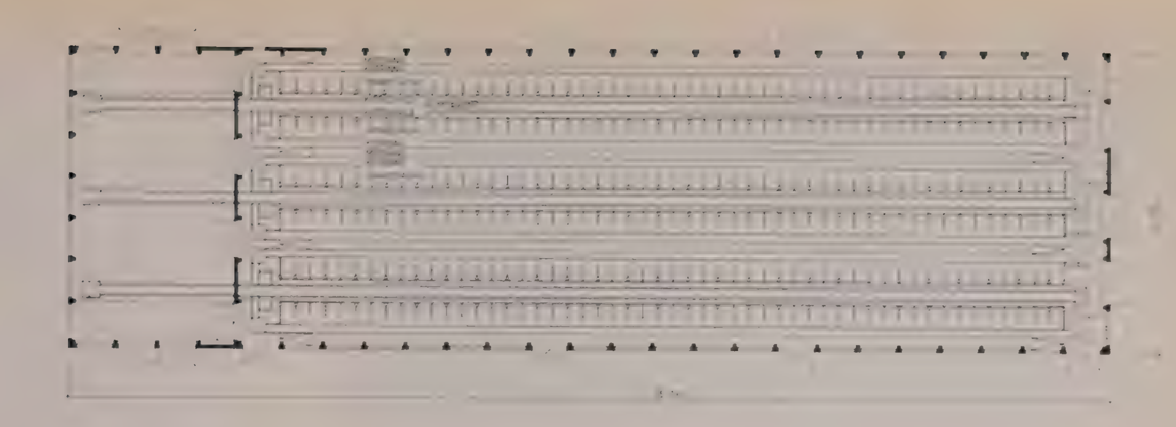
Die bisher mit dem Stall gesammelten Erfahrungen beweisen, daß wir auf dem

1 Blick auf die Kratzerkettenentmistung

2 Erster Bauabschnitt. Überblick



3



Kennzahlen

Gesamtanschlußwert: 52,0 kW
Gleichzeitigkeitsfaktor: 0,8
Baukosten (Preisbasis 1967)
Ohne technische Ausrüstung und Rohrmelkanlage: 452 000 Mark
Mit technischer Ausrüstung, ohne Rohrmelkanlage: 562 000 Mark
Kosten/Tierplatz
Ohne technische Ausrüstung: 1 450 Mark
Mit technischer Ausrüstung: 1 800 Mark

3 Grundriß 1 : 500

4 Freßgitter

5 Blick auf die Futterkette

richtigen Wege sind. Inzwischen ist der zweite Stall in Brunne im Bau. Nach dessen Fertigstellung werden sich 624 Milchkühe in einer Anlage befinden. Zur Anlage gehören ein von uns etwas verändertes Milchhaus L 209, Bergeräume, Silos und weitere Außenanlagen.

Der erste Stall in Brunne hat eine sechsreihige Längsaufstallung. Ein giebelseitiger Futterraum dient der Futterlagerung und der Beschickung der Futterketten. Die Tiere stehen auf Kurzständen 1600 mm/1100 mm und sind mit Halsrahmenfangvorrichtungen angebunden. Das Futter wird über Futterketten zugeführt und kann manuell oder über Stapelbänder dosiert werden. Das Kraftfutter wird aus dem Kraftfutterverteilungswagen oder der Rohrbeschickungsanlage in die Krippen verabreicht. Die Beschickung mit Rauhfutter und Einstreu erfolgt mittels Gebläses und Zyklone, wobei das Rauhfutter im Futterraum und das Streustroh im Stall auf die Kratzerketten aufgegeben wird. Entmistet wird der Stall durch die Kratzerketten. Der geförderte Dung wird über eine schräge Förderstufe auf der Dungplatte abgesetzt. Der Stall hat eine Zwangslüftung, die automatisch gesteuert wird. Für je zwei Tiere ist ein Selbsttränkebecken vorgesehen. Die Milchgewinnung erfolgt über Rohrmelkanlagen.

Das Gebäude ist ein eingeschossiger Flachbau in Stahlbetonskelett-Montagebauweise mit Hülsenfundamenten oder Bohrlochgründung.

Die Stahlbetonstützen haben einen Achsabstand von 3000 mm. Der Wandaufbau besteht aus Stahlbetongrundschwellen, Sockelbalken aus Leichtbeton mit Schwerbetonvorsatz und Wandplatten aus Gasbeton von 240 mm Dicke. Für die Dachkonstruktion wurden freitragende Trapezbinder in Holznagelbauweise (Schneegebiet II) mit 25 Prozent Dachneigung als Kaltdach gewählt. Die untergehängte Decke besteht aus ebenen Asbestbetonplatten mit Wärmedämmschicht. Als Dacheindeckung wurden Asbestbetonwelltafeln, Profil 5, verwendet. Die Holztore sind wärmegedämmt, die Fenster bestehen aus einteiligen Stahlbetonfenstern mit Sohlbank.

Die Milch gelangt aus den Rohrleitungen in den Ställen in offene Milchbehälter. Von hier läuft sie mit Gefälle in die Milchwaage. Vom Milchhaus wird sie über den Plattenwärmeaustauscher, der die Milch auf 4 °C herunterkühlt, in isolierte Milchlagertanks mit je 6300 l Fassungsvermögen gedrückt. Der Milchlagerraum ist so bemessen, daß er vier Milchlagertanks mit je 6300 l und einen Magermilchtank mit 4000 l Nutzinhalt aufnehmen kann.

Im Maschinenraum sind acht Maschinensätze „Gigant“ installiert, da für die äußeren Milchleitungsschleifen je zwei Maschinensätze benötigt werden.

Das für die Rohmilchkühlung erforderliche Eiswasser wird unter Ausnutzung des günstigen Nachstromtarifs in der Zeit von 21 bis 6 Uhr mittels eines NH_3-Aggregates vom Typ NSEB 2120 in einem Eiswasserbehälter (300 000 kcal) erzeugt und gespeichert.

In den Verbindungsgängen zu den Ställen sind die Sozialeinrichtungen untergebracht.

Für die Anlage in Brunne wurde ein Investkostenvergleich auf der Preisbasis 1967 angestellt. Als Grundlage für den Kostenvergleich dienten die bisher gebauten Typen und Wiederverwendungsprojekte.

Kostet der Kuhplatz in einer herkömmlichen Anlage 5400 Mark, so liegt er mit 3987 Mark in Brunne um 1413 Mark niedriger. Das entspricht einer Gesamteinsparung für eine 624er Anlage von 881 712 Mark. Außerdem werden durch die neue Technologie 11 Arbeitskräfte frei. Durch die Konzentration der Tiere wird zudem weniger Baugelände benötigt, was bei einem Kostenvergleich nicht unerheblich ist.

Werden sämtliche Einsparungen ausgewiesen, so ergibt sich eine Summe von 1,2 Millionen Mark.

Inzwischen wurde das Projekt weiterentwickelt. Im einzelnen sind für die Entmistung der Verfahren (Kratzerkettenentmistung, Staukanalentmistung, Treibentmistung) und für die Mechanisierung der Fütterung zwei Lösungen (Futterkette, Futterband) vorgesehen. Beide Verfahren miteinander kombiniert ergeben sechs verschiedene Lösungen.

Sämtliche Lösungen können auch bei der Rekonstruktion vorhandener Anlagen angewandt werden.

Die zuvor erwähnten Entwicklungen wurden in den Katalog der Angebotsprojekte für den Landwirtschaftsbau 1969/70 aufgenommen und sind als Typenunterlagen zu beziehen.

4



5





1



2

Faulbehälter am Rande einer Großstadt

Dipl.-Ing. Siegfried Ludewig, KDT
VEB Industrieprojektierung Berlin I

Projektant: VEB Industrieprojektierung Berlin I
Entwurf: Architekt E. Mahnkopf
Statik: Dipl.-Ing. W. Günther

Der zunehmende Wasserverbrauch in den Haushalten und in der Industrie bedingt auch eine höhere Kapazität an Abwasserreinigungsanlagen durch den Ausbau vorhandener und den Aufbau neuer moderner Anlagen.

Heute noch wird ein großer Teil der Berliner Abwässer auf Rieselfeldflächen gereinigt. Um diese Unzulänglichkeit zu beseitigen, wird zur Zeit im Stadtbezirk Weißensee ein modernes Klärwerk gebaut, das mit einer künstlich-biologischen Klärung nach dem Belebtschlammverfahren arbeitet und einen großen Teil der Abwässer der Hauptstadt reinigen soll (1).

Zu den interessanten Bauwerken dieser Kläranlage zählen die Faulschlammbehälter, bei denen die Formgebung als zweckvolle Lösung einer statischen Bauaufgabe entsteht, wobei eine Vielzahl von Zusammenhängen zwischen Betriebstechnologie, Konstruktion, Gestaltung und bauphysikalischen Problemen zu beachten ist.

Technologie der Ausfaulung

Das Klärwerk erhält in der ersten Baustufe vier Behälter mit je 8000 m^3 Inhalt. Die Faulschlammbehälter nehmen den anfallenden organischen Frischschlamm aus der Vorreinigung, den Schwimmschlamm und den eingedickten Belebtschlamm der biologischen Stufe auf. Der Schlamm wird dann einem Zersetzungsprozeß unterworfen, der unter Luftabschluß durch erhöhte Temperaturen gefördert wird, wobei er durch die Tätigkeit und Entwicklung anaerober Bakterien zunächst verflüssigt und dann vergast wird (2).

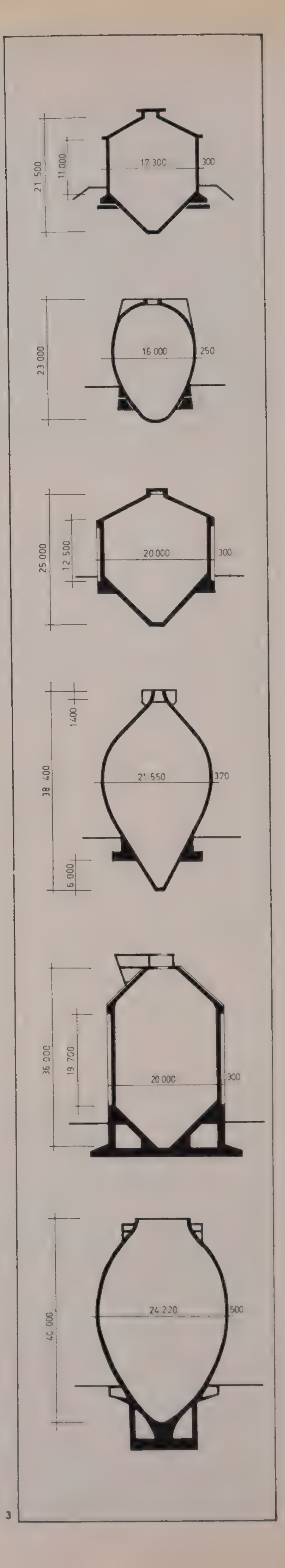
Die Ausfaulung wird wesentlich durch die Temperaturen beeinflußt, deshalb wird der Frischschlamm vorgewärmt, bevor man ihn dem Behälter zuführt.

Der ausgefaulte Schlamm wird auf Beeten getrocknet und kann anschließend kompostiert und in der Landwirtschaft zur Bodenverbesserung verwendet werden. Die Schlammtemperaturen der Anlage betragen während des Ausfaulprozesses 35 °C. Täglich wird etwa 4 Stunden lang ein gewisser Anteil des Faulschlammes neu hinzugeführt, wobei entsprechende Mengen des ausgefaulten Schlammes entnommen werden und Faulwasser abgeführt wird. Der gesamte Inhalt wird dann umgewälzt und befindet sich danach 12 Stunden in Ruhe. Die Umwälzung geschieht durch eine Propellerpumpe, die im oberen Ende eines Standrohres angebracht ist, das in der Mitte des Behälters steht. Der Zersetzungsprozeß des ganzen Inhalts dauert durchschnittlich 20 Tage, das heißt, in dieser Zeit ist die Gesamtmenge einmal durch tägliches Hinzuführen erneuert worden.

Formgebung und Gestaltung

Bei derartigen neuzeitlichen Kläranlagen dominiert stets die Gruppe der Faulschlammbehälter; sie bestimmt durch ihre senkrechte Entwicklung im Gegensatz zu den flachliegenden, dem Gelände angepaßten großflächigen Beckenanlagen auffallend und weithin sichtbar das Erscheinungsbild.

Bei den großen Behältern wählte man in verschiedenen Ländern die Eiform. Diese Form bietet aus der fließenden Begren-



3

zung des Innenraumes statische und klärtechnisch-betriebliche Vorteile, da man dabei das Verhältnis Faulraumoberfläche zu Faulrauminhalt besonders klein halten kann, wodurch geringere Wärmeverluste entstehen (3).

Der stehende Kreiszylinder-Behälter herrscht aber wegen seiner einfachen Herstellung in der Praxis vor – diese Form wird überwiegend bei kleiner und mittlerer Größenordnung gewählt. Während das Mittelstück der Behälterform aus einer senkrecht stehenden Zylinderschale besteht, wird der Behälter oben und unten durch je eine Kegelschale abgeschlossen. Es entsteht dann ein trapezförmiger Gesamtquerschnitt. Der Behälter ist meist auf einem Ringfundament aufgelagert.

Um eine konstante Temperatur des Behälterinhalts zu gewährleisten, erhalten die Faulbehälter eine nahezu vollkommen geschlossene Wärmedämmung ihrer Außenflächen. Die in unserem Falle gewählte Wärmedämmung erforderte eine Verkleidung, die aus einer Aluminiumhaut besteht und so ausgebildet wurde, daß die eigentliche Behälterform weitgehend erhalten blieb und eine statisch befriedigende und ansprechende architektonische Wirkung erzielt wurde. Ein Vergleich der Querschnittsformen für bereits ausgeführte Bauwerke zeigt die Abbildung 3.

Die vier einzeln stehenden Behälter werden betriebstechnisch zusammenhängend genutzt. Deshalb wurden sie derart in einer Gruppe aufgestellt, daß über zwei Rohrtürme die Zuführung erfolgt und sich für die Rohrleitungsbrücken die kürzesten Spannweiten ergaben. Ein Aufzugsturm ergänzt diese Gruppe und schafft die Möglichkeit, zu den Rohrleitungsbrücken zu gelangen, die gleichzeitig einen Laufsteg besitzen und den Zugang zu allen Behältern gestalten.

Der einseitig angeordnete Behälterkopf dient zur Aufnahme technologischer Ausrüstungsteile. Er bleibt schalungsglatt und hebt sich sichtbar von der oberen Kegelschale ab, die als Dachabschluß eine wärmegedämmte Aluminium-Pfalzdeckung auf Holzschalung erhielt.

Konstruktion

Zur Gewährleistung der Rissefreiheit des Betons wurden die Behälter vorgespannt. Die Vorspannung wurde durch in der Wand liegende Spannglieder eingetragen, die an sogenannten Lisenen übergreifen. Das geschieht mehrmals, so daß sich bei den Behältern an acht Stellen Vorsprünge (Lisenen) ergeben, die über die ganze Höhe gehen und sich auf der oberen Kegelschale fortsetzen.

Einzelheiten der Konstruktion mit ihren Problemen sind jedoch nicht Inhalt dieses Beitrages (siehe hierzu „Bauplanung – Bautechnik", Heft 10/1968). Dagegen erscheint es notwendig, die Außenhautkonstruktion näher zu beschreiben, um auch für ähnliche Vorhaben die gesammelten Erfahrungen nutzen zu können.

Die Spannbetonbehälter müssen auf der Außenseite eine geschlossene Wärmedämmung erhalten. Um das zu erreichen, wurden bisher international sehr unterschiedliche Wege beschritten. Entweder wurde eine Mauerwerksschicht mit Zwischenraum vorgesetzt, oder es wurden mit Abstand vom Behälter Fertigteilplatten versetzt. Der so entstandene Zwischenraum wurde mit Dämmaterialien ausgefüllt. Andere Behälter haben Holzkonstruktionen als Unterkonstruktion, an denen Dämmplatten befestigt wurden, und als Außenhaut eine Verkleidung aus Aluminium, Asbest oder Schiefer.

Entgegen diesen meist etwas handwerklichen Konstruktionen besteht die Unterkonstruktion der hier beschriebenen Behälter aus Stahlbetonfertigteilen (Patentanmeldung Nr. 52 795 Klasse 37 f). Diese Fertigteile wurden mit Abstand von rund 1150 mm übereinandergesetzt und bilden dadurch senkrechte Lamellen mit einem Zwischenraum vom Behältermantel, der so bemessen wurde, daß die an den Lamellen befestigte Außenhaut, bestehend aus Wellaluminium, über die Betonlisenen hinweg eine gleichmäßige, der Kreisform angepaßte Umschließung darstellt. Bei der Montage wurden die Stahlbetonelemente mit Rundstählen, die aus dem Behältermantel heraussstehen, verschweißt. Endgültig gehalten werden die Stahlbetonelemente durch ringförmig um den gesamten Behälter verlaufende, verzinkte Winkelprofile, die mit den Elementen verschraubt wurden. Dadurch bilden sie einen geschlossenen Zugring. Außerdem sind sie mit einer Holzleiste zur Befestigung der Aluminiumhaut versehen. Die Stahlbetonelemente berühren nur mit ihren verstärkten Kopfenden den Behälter und bieten durch einen gewissen Abstand ausreichenden Platz für eine zusammenhängende Wärmedämmung. Diese Wärmedämmung besteht aus mehreren Lagen Kamilit-Platten mit einer Gesamtdicke von 210 mm und einer 50 mm dicken Ekadurplatte. Sie werden durch Holzplatten an die Behälter gedrückt und können auch auf den Kopfenden der Elemente in bestimmten Höhensprüngen abgesetzt werden, um ein späteres Nachsickern zu vermeiden.

Der Raum zwischen der Dämmschicht und der Aluminium-Außenhaut ist zur durchgehenden Belüftung notwendig, um die Alterungsbeständigkeit des Aluminiums zu gewährleisten. Andererseits würde durch Schwitzwasser oder eingedrungenes Regenwasser bei Vorhandensein feuchter Luft und aggressiver Gase (CO_2, Chlorwasserstoff) das Karbonatbilden der Zinkoberfläche der Verbindungsmittel gehemmt, ähnliches gilt auch für das Aluminium. Eine Schutzschicht kann sich auf der Innenseite demzufolge gar nicht oder nur sehr langsam ausbilden, was zur Erhöhung der Korrosionsgeschwindigkeit führt. Das Kamilit ist chemisch neutral und zeigt keinen hohen Gehalt an aggressiven Komponenten. Allerdings ist vor allem dann, wenn es nicht ausreichend belüftet wird, ein merkliches Ansteigen des Sulfatgehaltes im gebrauchten Kamilit erkennbar.

Zur Verhütung von Korrosionsschäden an der Außenhautverkleidung aus Wellaluminium wurde eine Oberflächenveredlung in folgender Weise festgelegt:

Konservierung der Innenseite

Einstreichen mit Metallgrund L 17, 10 Minuten einwirken lassen, danach mit Wasser nachspülen

Einstreichen mit phenolfreiem Bitumen oder Leichtmetallgrund RF 7/417

Nach Durchtrocknung Einreiben mit Aeroschutzwachs W 46

Die Außenkonservierung erfolgt in der gleichen Weise, nur daß der Anstrich mit phenolfreiem Bitumen oder Leichtmetallgrund entfällt.

Diese Behandlung wurde auch für die verzinkten Kleineisenteile gewählt.

Zusammenfassung

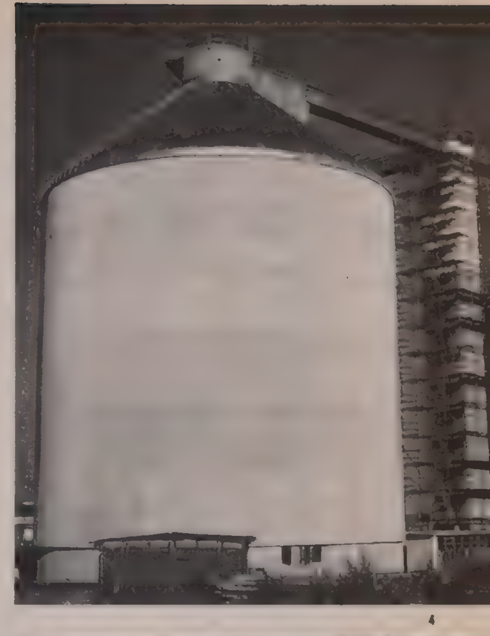
Die Gestaltung derartiger sichtbarer Behältergruppen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den konstruktiven und bauphysikalischen Problemen. Das heißt, die Form kann nicht nur aus einer auf ein bestimmtes Bedürfnis gerichteten technisch-wirtschaftlichen oder künstlerischen Gestaltung entstehen, sondern sie muß auch aus der statischen Aufgabe unter Beachtung betriebsfunktioneller Überlegungen, die sie zu erfüllen hat, erwachsen.

Literatur

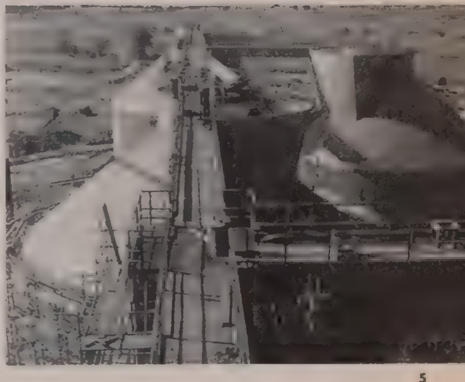
1 Randolf, E.: Moderne Abwasserreinigung für die Hauptstadt, Technische Gemeinschaft Heft 8/1967

2 Kummer, A.; Salz, A., Statik und Konstruktion des zylindrischen Faulbehälters der Kläranlage Celle, Beton und Stahlbeton, Heft 6/1959

3 Schaller, K.; Schlech, W., Bau eines vorgespannten Faulbehälters in Nürnberg, Der Bauingenieur, Heft 6/1966



4



5

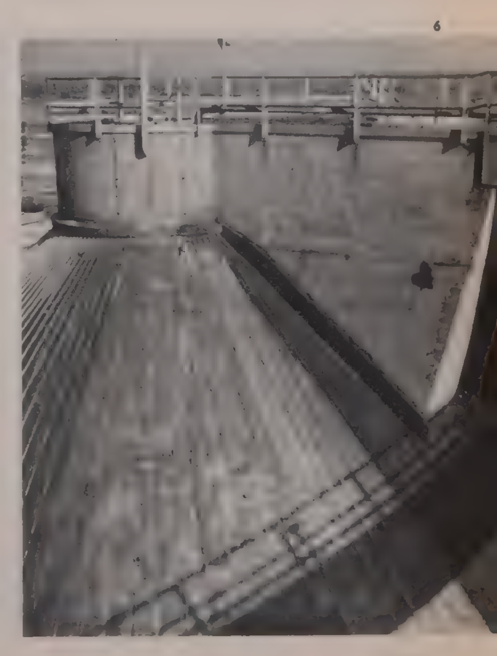
1 Klärwerk Ost in Berlin-Falkenberg

2 Modellfoto der Faulschlammbehälter

3 Größenvergleich ausgeführter Faulschlammbehälter

4 bis 6 Detail

6



Neuentwicklung von Getreidesilos

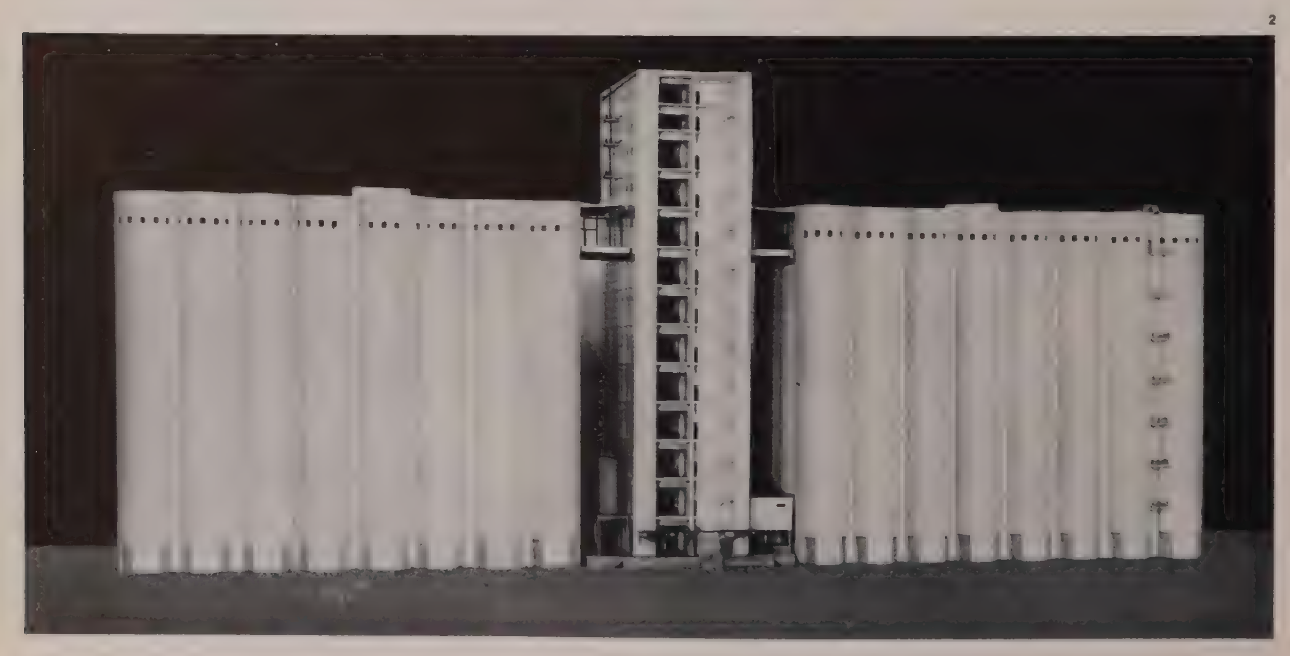
Werner Stock
VE Industriebaukombinat Magdeburg
Produktionsbereich Industrieprojektierung
Spezialprojektant für Getreide- und Saatgutsilos



1 Silo (80 000 t) und Mischfutterwerk im Bauzustand

2 Modell eines 80 000-t-Silos

Zur Verwirklichung der großen Ziele, die der Landwirtschaft im Perspektivplanzeitraum und darüber hinaus im Prognosezeitraum zur Steigerung der Hektarerträge in der Getreidewirtschaft und der Erzeugung von Schlachtvieh und Geflügel gestellt wurden, ist es notwendig, Spezialbauwerke zur Lagerung von Getreide und zur Herstellung von Mischfutter zu entwickeln und zu errichten.
In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Planträger (Staatliches Komitee für Erfassung und Verarbeitung, Berlin), Hauptprojektanten (VEB Zentrales Projektierungsbüro für Lebensmittelindustrie, Berlin), Technologen (VEB Erfurter Mälzerei- und Speicherbau), bautechnischem Projektanten (VE Industriebaukombinat Magdeburg, Produktionsbereich Industrieprojektierung, und VE Industriebaukombinat Rostock, BT Industrieprojektierung Stralsund) und bauausführendem Betrieb (VE Spezialbaukombinat Magdeburg) wurde für den erhöhten Lagerraumbedarf ein neuer Getreidesilo entwickelt.
Das Grundelement ist ein Maschinenhaus mit einem dazugehörigen 40 000-t-Rundzellen-Trakt. Eine Erweiterung dieses Grundtyps ist durch Anbau von weiteren 40 000-t-Zellen-Trakten auf 80 000 t oder 120 000 t möglich, ohne große Veränderungen am Maschinenhaus vornehmen zu müssen. Hierfür sind lediglich die zusätzlichen waagerechten Förderaggregate mit ihren Antriebselementen notwendig. Alle diese Bauwerke werden aus Stahlbeton in der Gleitbauweise hergestellt.
Mit diesen Silos ist es möglich, an den einzelnen Standorten die vom Planträger vorausberechnete Lagerraumkapazität zu schaffen. Das Getreide kann mit Lastkraftwagen, per Eisenbahn oder auf dem Wasserwege angeliefert und nach der Aufbereitung auf diesen Wegen auch wieder abgegeben werden.
Eine der bedeutendsten Funktionen dieser großen Silos ist es jedoch, das in unmittelbarer Nähe gebaute Mischfutterwerk mit aufbereitetem Getreide als der wichtigsten Komponente zur Herstellung von hochwertigem Mischfutter entsprechend dem Bedarf zu beliefern. Somit ist es möglich, in diesen Werken 100 000 t Mischfutter herzustellen und die Landwirtschaft damit auf dem Land- oder Wasserwege zu beliefern.
Aus den Abbildungen ist der Zusammenhang einer Anlage, bestehend aus einem 80 000-t-Silo und einem Mischfutterwerk, zu erkennen. Diese Anlage in Erfurt wurde Ende vorigen Jahres in Betrieb genommen. Durch diese Neuentwicklung und laufende Einarbeitung neuer Erkenntnisse – so konnte jetzt in Auswertung von Forschungsergebnissen die aufwendige Wärmedämmung an den Außenwänden der Silozellen weggelassen werden, wodurch bei einem 80 000-t-Silo eine Senkung des Bauaufwandes um 375 000 Mark erzielt wurde – trugen alle Beteiligten dazu bei, die Voraussetzungen zur Verbesserung der Getreidewirtschaft zu schaffen, um dadurch die Bevölkerung mit noch mehr und besserem Getreide, Schlachtvieh und Fleischerzeugnissen versorgen zu können.



Kleine Bibliographie zum Thema „Dorfplanung und landwirtschaftliche Produktionsgebäude"

Čiljanc, N.
Oblik novogo sela
(Das Antlitz des neuen Dorfes)
Stroitel'stvo i Architektura, Kiev **15** (1967) 5, S. 39 bis 40

Zeńkovič, G.
Zdanija obščestvennych centrov dlja poselkow i sel
(Gebäude der gesellschaftlichen Zentren für Siedlungen und Dörfer)
Stroitel'stvo i Architektura, Kiev **14** (1966) 2, S. 1 bis 5

Campe, Klaus von
Rund um die Dorferneuerung
Beton-Landbau, Düsseldorf **4** (1967) 6 (Nov./Dez.), S. 103 bis 107

. . .
Probleme und Aufgaben der Dorferneuerung in Österreich
Bauen und Wohnen, München **22** (1967) 8, S. 294 bis 298

Ganser, Karl
Modelluntersuchung zur Dorferneuerung
München: Bayrischer Landwirtschaftsverlag 1967. 106 S.

. . .
K otázce vyhledove přestavby venkovske sidlistni site
(Zur Frage der perspektivischen Umgestaltung des ländlichen Siedlungsnetzes)
Praha: VUVA 1966. 249 S.

Weinrich
Dorfbauliche Planung landwirtschaftlicher Kooperationsgemeinschaften)
In: Arbeitsmaterial zur Generalbebauungsplanung der Bezirke, Nr. 5/1967, S. 47 bis 48 und Anlagen S. 1 bis 33
Hrsg.: Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur

. . .
Dorfplanung in der DDR
Schriftenreihen der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Berlin: Deutsche Bauinformation 1967. 80 S.

Adelung, O.
Krupnýe moločnye fermy v Italii
(Große Milchviehanlagen in Italien)
Sel'skoe Chozjajstvo za Rubežom, Živodnovodstvo, Moskva **11** (1965) 8, S. 51 bis 52

Czako, J.
Einige Fragen zur Organisation der industriemäßigen Produktion in der Milchviehhaltung
Internationale Zeitschrift der Landwirtschaft, Sofia–Berlin (1967) 1, S. 35 bis 39

Borghi, Arduino
Stakle libere et aperte con zona di riposo istemata a cuccette
(Geschlossene und offene Rinderställe mit Liegeboxen)
Genio Rurale, Bologna 30 (1967) 3, S. 231 bis 245

Dannemann, Heinz
Zwei neue Milchviehanlagen
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 340 bis 341

Güttler, Peter
Kompakter Anbindestall für 396 Milchkühe
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 338 bis 339

Holzapfel, Gerhard
Milch aus 5 Etagen
Jugend und Technik, Berlin **12** (1964) 11, S. 982 bis 984

Matykiewicz, J.
Bezściolkowe budynki inwentarskie
(Ställe für einstreulose Haltung)
Informator Budownictwa Rolniczego, Warszawa **8** (1966) 9, S. 1 bis 6

Mehler, A.
Zur Entwicklung von Milchviehanlagen
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 350 bis 351

Long, David
Large Continental Dairy Units
(Große Milchviehanlagen auf dem Kontinent)
Farmbuildings, London (1966) 13, S. 16 bis 17, 19 bis 21, 23 bis 25, 27 bis 29 und 31

Marcsinak, A.
Die Entwicklung von Großanlagen für die Rinderhaltung in Ungarn
Deutsche Agrartechnik, Berlin **17** (1967) 12, S. 546 bis 548

Rohde, Eckard
Zur Planung einer Rinderstallanlage in einem Landwirtschaftsbetrieb unter den Bedingungen der Großproduktion
Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe, Rostock **15** (1966) 6, S. 785 bis 788

Wenner, H.-L., Schön, Hans
Moderne Stallformen in der Rindviehhaltung
Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Frankfurt/Main **82** (1967) 47 (Nov.), S. 1561 bis 1566

Westendorp, T.
De combinatie grupstal-doorloopmelkstal
(Die Kombination von Anbindestall und Durchlaufmelkstand)
Landbouwmechanisatie, Wageningen **18** (1967) 6, S. 559 bis 563

Masjuk, S.
Opyt stroitel'stva ovcevodčeskich kompleksov
(Erfahrungen mit dem Bau von Schafgroßanlagen)
Sel'skoe Stroitel'stvo, Moskva **21** (1967) 4, S. 15

Blanken, G.
Moderne Stallformen in der Schweinehaltung
Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Frankfurt/Main **82** (1967) 47 (Nov.), S. 1568 bis 1571

Czarnecki, W.
Bezściolkowa zmechanizowana tuczarnia w PGR Trzebiatow
(Mechanisierter Schweinemaststall für einstreulose Haltung im VEG Trzebiatow)
Informator Budownictwa Rolniczego, Warszawa **8** (1966) 9, S. 9 bis 12

Gratz, W.
Bauten für die Schweinehaltung – Internationale Tendenzen
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 354 bis 355

Holke, Reinhard; Lindner, Gerhard; Lorke, Arthur
Neue Haltungssysteme und Aufstallungsformen in der Schweinemast
Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Weimar **14** (1967) 1, S. 9 bis 12

Korjažnov, Je. und Laanmjae, V. E.
Svinovodstvo Danii
(Schweinezucht und -haltung in Dänemark)
Svinovodstvo, Moskva (1966) 8, S. 42 bis 45

Mocsary, Jozsef und Szönyi, Laszlo
A korszerü sertsfiaztato
(Ein moderner Ferkelaufzuchtstall)
Mezögazdasági Gépészet és Épitészét, Budapest (1968) 1, S. 35 bis 47

Pohlmann, H.
Der Schweinezucht- und -maststall – Möglichkeiten der Herstellung aus Fertigteilen
Beton-Landbau, Düsseldorf **4** (1967) 3, S. 43 bis 55

Weber, Albert
Liegeflächen aus Kunststoff in Viehställen
Bauen auf dem Lande, Wolfratshausen **18** (1967) 9, S. 192 bis 194

. . .
Die Zweckmäßigkeit des Spaltenbodens für die Mastschweinehaltung
Bauen auf dem Lande, Wolfratshausen **18** (1967) 9, S. 187 bis 191

. . .
Farmu pro chov prasat v Jugoslavii
(Schweinezuchtkomplex in Jugoslawien)
Vystavba Socialisticke Vesnice, Praha (1966) 12, S. 293 bis 294

Janač, K.
Stallbauten für die Intensivgeflügelhaltung in der ČSSR
Internationale Zeitschrift der Landwirtschaft, Sofia–Berlin (1967) 1, S. 88 bis 92

Klimenko, A. A.
Mechanizirovannaja pticeferma na 12 tys. kur-nesušek
(Mechanisierter Geflügelhof für 12 000 Legehennen)
Sel'skoe Chozjajstvo za Rubežom, Moskva (1966) 9, S. 60 bis 62

Meißner, Rolf
Geschoßbauten für Entenzucht
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 344 bis 345

Nelson, A. P.
Wisconsin broiler men find they cab compete with shipped in poultry
(2-geschossige Geflügelställe für Broiler)
Feedstuffs, Minneapolis **38** (1966) 47, S. 33 und 53

. . .
Ein Hühnerwolkenkratzer in Berlin
Deutsche Geflügelwirtschaft, Stuttgart **19** (1967) 4, (Jan.), S. 68 bis 70

Campe, K. und Kolt, W.
Ställe aus Industriehallen
Beton-Landbau, Düsseldorf 3 (1966) 2, S. 24 bis 36

Gardenier, J. K.
Die Entwicklung einer neuen Bauart für landwirtschaftliche Betriebsgebäude in Holland
Beton-Landbau, Düsseldorf **4** (1967) 2, S. 23 bis 29

Lammert, Till
Neue Aufgaben der Architekten beim Bauen auf dem Lande
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967) 6, S. 329 bis 330

Schalow, Paul
Konstruktive Probleme bei landwirtschaftlichen Bauten
Deutsche Architektur, Berlin **16** (1967 6, S. 356 bis 357

Zimmermann, G.
Kompaktbauweise in der Landwirtschaft
Internationale Zeitschrift der Landwirtschaft, Sofia–Berlin (1967) 3, S. 34 bis 345

Kulke, Erich
Umbau landwirtschaftlicher Gebäude
Hamburg–Berlin (W): Parey 1966. 194 S.

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Alfred Grübe, Merseburg,
2. Februar 1894, zum 75. Geburtstag

Architektin BDA Frida Schmidt, Berlin,
4. Februar 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dr. Dipl.-Ing. Kurt Pötzsch, Karl-Marx-Stadt,
9. Februar 1894, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Herbert Weinberger, Berlin,
12. Febuar 1914, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Prof. Dipl.-Ing. Gerhard Kosel, Berlin,
18. Februar 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Fritz Weber, Dresden,
18. Februar 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dr. Dipl.-Ing. Alfred Tischer, Lohmen,
21. Februar 1884, zum 85. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Karl Kwander, Berlin,
22. Februar 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Ernst Schneider, Berlin,
24. Februar 1914, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Horst Krahl, Berlin,
25. Februar 1914, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Hans Warthemann, Neubrandenburg,
26. Februar 1904, zum 65. Geburstag

Architekt BDA Prof. Dr. Gottfried Heinicke, Dresden,
28. Februar 1919, zum 50. Geburtstag

Walter Lucas verstorben

Am 14. September 1968 erlitt die Architektenschaft im Bezirk Leipzig einen hohen Verlust. Im Alter von 66 Jahren verstarb plötzlich und völlig unerwartet unser allseits hochgeschätzter Kollege, Dipl.-Ing. Architekt BDA Walter Lucas.

Die Nachricht von seinem Tode kam für alle Kollegen und Freunde so überraschend, weil Kollege Lucas bis zur letzten Minute seines Wirkens mit der ihm eigenen Vitalität und seinem gesunden Optimismus inmitten der großen vor uns stehenden Bauaufgaben der Stadt Leipzig stand.

Mit Beginn der Wiederaufbaumaßnahmen in der Stadt Leipzig arbeitete er in vorderster Front. Nach von ihm durchgeführten Messebauten auf dem Technischen Messegelände und einer Reihe Wohnungsbauten in der Stadt, war er lange Jahre als erster Chefarchitekt, Stadtarchitekt, Stadtbaudirektor und Leiter des Projektierungsbereiches „Stadtzentrum" im VEB Leipzig-Projekt tätig.

Im Rahmen seines hohen gesellschaftlichen Einsatzes wirkte er viele Jahre als Mitglied des Bezirksvorstandes, des Bundesvorstandes und des Präsidiums des Bundes Deutscher Architekten sowie einige Jahre als 1. Vorsitzender der Bezirksgruppe Leipzig, wobei sein Verdienst am Aufbau und Leben des Fachverbandes hoch eingeschätzt wird.

Walter Lucas gesamtes Wirken war geprägt durch seine Persönlichkeit, in der hohes fachliches Können, große Lebenserfahrung, unermüdliche Schaffenskraft und stete Einsatzbereitschaft mit reger gesellschaftlicher Aktivität glücklich verbunden waren.

Seine richtigen Auffassungen von der Komplexität im Beruf und von der Berufung des Architekten, die er vorlebte und praktisch umsetzte, waren Ausgangspunkt progressiver Ansätze in der baulichen Umsetzung unseres einmaligen gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses. Wenn die Gestaltung der Leipziger Bauten, der Leipziger Innenstadt – die alljährlich zu den Messen im Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit stehen – Lob und Anerkennung finden, so ist dies nicht zuletzt das Verdienst von Walter Lucas, seinen Ideen und Plänen.

Eine hohe Verpflichtung sah Walter Lucas stets in der erzieherischen und fördernden Einflußnahme auf junge Kollegen, denen er nicht nur persönliches Vorbild war, sondern die er immer mit Anregungen und Hinweisen freundschaftlich und kollegial unterstützte, denen er half, selbst Persönlichkeiten zu werden.

Auszeichnungen mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze, als mehrfacher Aktivist und Verdienter Aktivist und mit der Schinkelmedaille sind verdiente äußere Anerkennungen seiner Leistungen.

Als bestes Vermächtnis seines Wirkens und als stetes ehrenvolles Gedenken werden sich besonders die Leipziger Kollegen bemühen, das weiterzuführen und weiterzuentwickeln, worum und wozu sie zu befähigen Walter Lucas stets bemüht war, den Aufbau und die Umgestaltung ihrer Stadt für eine neue, sozialistische Menschengemeinschaft.

Standardisierung

Am 1. Januar 1969 wurde der Fachbereichstandard TGL 11 461 Blatt 7 **Baugrundmechanik; Prüfungen im Feld,** Sondierungen mit radiometrischer Oberflächensonde in der Ausgabe April 1968 verbindlich. Die Einzelheiten dieses im WTZ Industriebau entstandenen Standards betreffen die Anwendung, den Aufbau und die Wirkungsweise, Begriffe, die Kalibrierung und das Prüfverfahren.

Vom Fachbereich 180, Luft- und Kältetechnik, wurden die folgenden vier DDR-Standards in der Ausgabe Juli 1967 zur Anwendung empfohlen. Die TGL 20 337 **Bauteile und Baugruppen lüftungstechnischer Anlagen und Geräte,** Begriffe enthält 60 verschiedene Begriffserklärungen. – Die TGL 20 338 **Lüftungstechnik,** Begriffe enthält 52 verschiedene Begriffsbestimmungen. – Die TGL 20 339 **Lüftungstechnische Anlagen und Geräte** Blatt 1 Klassifizierung und Blatt 2 Begriffe enthält die Einteilung nach Schaltung und/oder Aufbau, nach der Luftaufbereitung und nach der Anwendung. Insgesamt werden 29 Begriffe erläutert.

Aus dem Fachbereich 44, Armaturen, kommen die folgenden DDR-Standards. In der Ausgabe Dezember 1966 werden die TGL 21 621 **Armaturen; Stellventile** Blatt 1 einsitzig und Blatt 2 doppelsitzig mit Flanschanschluß Baugrößen Hauptabmessungen Kennlinien ab 1. Oktober 1969 verbindlich. Für Neu- und Weiterentwicklungen erfolgte die Verbindlichkeit bereits ab 1. Oktober 1967. – In gleicher Weise wurde die TGL 21 910 Blatt 1 Armaturen; Stellventile und zugehörige Stellantriebe, Typenreihen verbindlich. – In der Ausgabe Juni 1967 wurde die TGL 22 098 Armaturen; **Absperrventile** ND 16, mit hydrostatischem Kolbenstellantrierb, Baugrößen, Haupt- und Anschlußmaße ab 1. Januar 1968 verbindlich. – Ebenso wurde die TGL 21 906 **Sanitäre Armaturen; Druckspüler,** Technische Lieferbedingungen verbindlich. Die Einzelheiten dieses Standards betreffen den Begriff des Haupttitels, die Bestellangaben u. a.

Aus dem Baustoffbereich stammt der DDR-Standard TGL 21 843 **Branntgipse.** mit Blatt 1 Technische Lieferbedingungen und Blatt 2 Physikalische Prüfung, der in der Ausgabe Juni 1967 ab 1. Januar 1968 verbindlich ist. In Blatt 1 sind Einzelheiten zu den Arten, dem Begriff, der Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Lieferung, den technischen Forderungen und dem Transport enthalten. In Blatt 2 werden die Probennahme, Probenvorbereitung, Prüfgeräte und das Prüfverfahren geregelt.

Der Fachbereichstandard TGL 21 769 **Anlagen des Straßenverkehrs; Ein- und Ausfahrten,** Verkehrstechnische Forderungen wurde für den Neubau am 1. Januar 1968 verbindlich, für den Ausbau und Umbau wurde er zur Anwendung empfohlen. Nach einigen Begriffserklärungen folgen die Festlegungen zu den Grundlagen, zur Lage an Straßen, zur Lage an Knotenpunkten und Haltestellen sowie zur Gestaltung und Bemessung.

Als Entwurf Dezember 1967 wurde der DDR-Standard TGL 11 460 **Baugrundmechanik; Bestimmung der Baugrundarten** Blatt 1 Festgestein und Blatt 2 Lockergestein veröffentlicht. In beiden Entwürfen sind Begriffe, Bestimmungsmerkmale und Grundsätze enthalten. In Blatt 2 sind ferner noch eine ergänzende Beschreibung sowie das Verfahren zur Erleichterung der Bestimmung enthalten.

Der Fachbereichstandard TGL 12 877 Maßtoleranzen im Bauwesen; **Fertigteile aus Holz,** Fenster, Innentüren wurde als Entwurf Mai 1968 veröffentlicht.

Mit einem Umfang von 45 Seiten wird der Fachbereichstandard TGL 22 733 Technische Vorschriften für Bauleistungen, **Malerarbeiten** als Entwurf Mai 1968 bekanntgemacht. Die Einzelheiten dieses künftigen Standards betreffen die Ausführung, Güteanforderungen an die Qualität der Oberflächen und Werkstoffe.

Als Entwurf Juni 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 22 819 **Tonmehl** veröffentlicht. Einzelheiten betreffen den Begriff, die Bezeichnung, technische Forderungen, Prüfung, Kennzeichnung, Verpackung, Lieferung, Transport und Lagerung.

Als Entwurf März 1968 wird der Fachbereichstandard TGL 22 977 **Fußbodendämmplatten** vorgelegt, deren Einzelheiten die Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Prüfung, den Transport sowie technische Forderungen und Festlegungen zum Abbinderegler betreffen. –er.

Rechtsnormen

In das soziale, kulturelle und architektonische Bild der Städte und Gemeinden gehören Gymnastik- und Turnsäle, Saunas und Volksschwimmhallen, vielseitig verwendbare Sportplätze und überdachte Volksportanlagen, die einen ganzjährigen Sportbetrieb erlauben. Sie sind nach dem Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik – **Die Aufgaben der Körperkultur und des Sports bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik** – vom 20. September 1968 (GBl. I Nr. 15 S. 279) bei der Rekonstruktion und dem Neubau sozialistischer Wohnkomplexe, insbesondere der Stadtzentren und auf dem Lande zu errichten und zu berücksichtigen. Dazu müssen Normative, Projekte und Modelle für kombinierte Kultur- und Sportstätten erarbeitet werden. In dem Beschluß wird festgestellt, daß zweckmäßige, schöne und repräsentative, dem Weltniveau entsprechende Stätten der sportlichen Übung, des Trainings und des Wettkampfes zum Bild unseres kulturell hochstehenden sozialistischen Staates gehören.

Am 1. Januar 1968 trat die Anordnung Nr. 2 über die **Bildung und Verwendung des Komplex-Prämienfonds auf Investitionsbauvorhaben** vom 19. März 1968 (GBl. II Nr. 33 S. 197) in Kraft, die die Anordnung (Nr. 1) vom 16. April 1966 änderte. – Am 1. Juli 1968 trat die Verordnung über die **Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinaten, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970** vom 26. Juni 1968 (GBl. II Nr. 67 S. 490) in Kraft, die auch im Bauwesen für alle genannten Organisationsformen gilt, soweit sie das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion in Verbindung mit Zweijahresnormativen anwenden. – Am 15. August 1968 trat die Erste Durchführungsbestimmung hierzu vom gleichen Tage (GBl. II Nr. 96 S. 773) in Kraft, die teilweise noch für das Planjahr 1968 galt.

Am 1. Januar 1968 trat die Anordnung über die **Mitwirkung der Organe der Technischen Überwachung der DDR bei der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen** vom 19. Februar 1968 (GBl. II Nr. 26 S. 111) in Kraft. Sie gilt in besonderem Maße für Projekte und Anlagen des Industrie-, Verkehrs- und Ingenieurbaues.

Am 1. Juni 1968 traten die Arbeitsschutzanordnungen 339/1 – **Wasserbauarbeiten** – vom 29. April 1968 (GBl. Sonderdruck Nr. 584) und 144/2 – **Abwasseranlagen** – vom 24. April 1968 GBl. Sonderdruck Nr. 585) in Kraft.

Für die Projektierung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen sind die Grundsätze für die **Einführung von 1,1 m³-Müll-Großbehältern in der Müllabfuhr** durch die Verfügung vom 14. März 1968 mit Wirkung vom 1. April 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4/5 S. 18) verbindlich.

Am 10. Mai 1968 trat die Verfügung Nr. 24 über die **Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen** im Bauwesen vom 19. Februar 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4/5 S. 18) in Kraft, nach der drei Vorschriften aufgehoben wurden und die Richtlinie für die Erteilung brandschutztechnischer Empfehlungen für Investitionsvorhaben und Standortzustimmungen zurückgezogen wurde. – Am 15. Juli 1968 trat die Verfügung Nr. 25 über die **Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen** im Bauwesen vom 14. Mai 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 6/7 S. 33) in Kraft.

Am 15. Juli 1968 trat die Richtlinie **zur Aufgabe des verbindlichen Preisangebotes und zur Bildung des verbindlichen Preises für Bauleistungen zur Durchführung von Investitionen** vom 13. Juni 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 6/7 S. 33) in Kraft, die die Preisanordnung Nr. 4410 – Neubauleistungen – präzisiert und kommentiert.

In den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1968 Nr. 6/7 S. 39 ist die Liste der zugelassenen **Bausachverständigen** für den Allgemeinen Hochbau, Allgemeinen Tiefbau sowie für Statistik und Konstruktion enthalten.

Am 1. Mai 1968 trat die Anweisung über die **Gründung des VEB Harzer Kalk- und Zementwerkes** in Kraft. -er.



HEMATECT - Defumax

der zuverlässige
Fugen-Verguß-Stoff

**für Straße,
Rollbahn
und Brücke**

Fordern Sie bitte spezielle Unterlagen oder unsere technische Beratung an



HEMATECT - WERK HERMSDORF/Thür.

Chemische Baustoffe

**W. Hegemann u. Söhne KG
653 Hermsdorf (Thüringen)**

Telefon 505-506



Klimatischer Ausgleich

Zwischen Kälte und Wärme liegen die ausgeglichenen Temperaturen, sind die klimatischen Bedingungen vorhanden, die eine angenehme Atmosphäre für den Menschen bilden.
Richtig temperierte Luft mit entsprechendem Feuchtigkeitsgehalt, ständig regeneriert, steigert das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit des Menschen.
Mit GRW-Klimaanlagen erreichen Sie in Ihren Räumen den klimatischen Ausgleich. Die GRW-Klimaregelung ist speziell geeignet für Großbauten, wie Krankenhäuser, Hotels, Theater usw. Die Geräteausführung im Baukastenprinzip garantiert eine leichte Anpassung an jede Bedingung der Luftaufbereitung.
Informieren Sie sich besonders vor der Neuprojektierung von Großbauten über die Anwendung der GRW-Klimatechnik.

Fordern Sie unser ausführliches Angebot.

VEB GERÄTE- UND REGLER- WERKE TELTOW

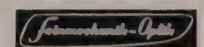
Zentraler Anlagenbau der BMSR-Technik

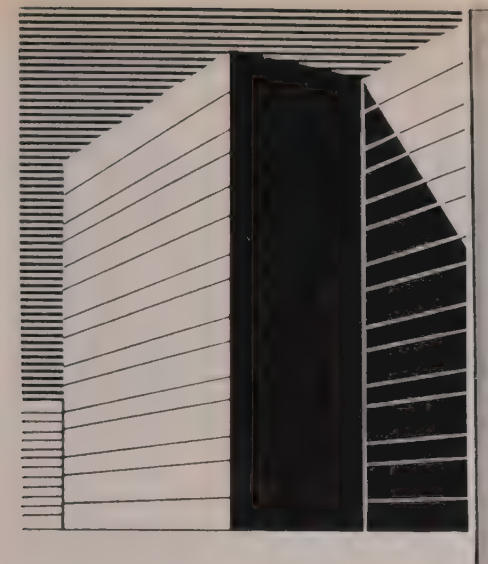
153 Teltow b. Berlin, Oderstraße 74 - 76
Vereinigung Volkseigener Betriebe Regelungstechnik, Gerätebau und Optik Berlin

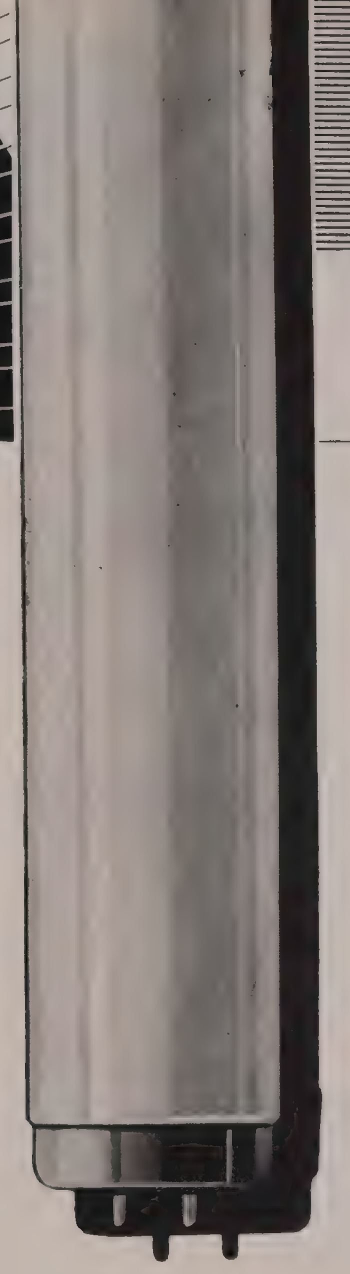


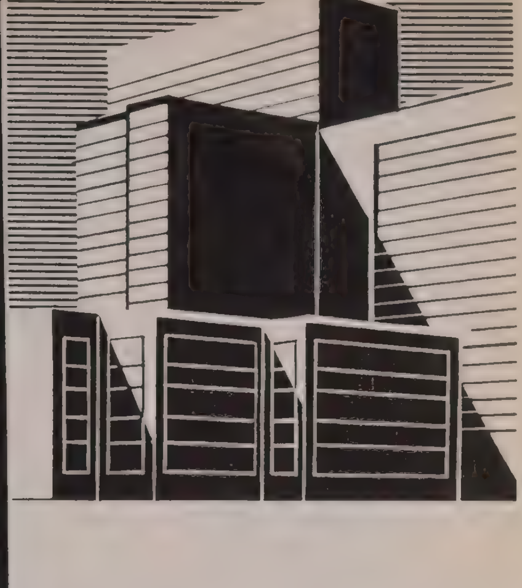


Exporteur:
Deutsche Export- und Importgesellschaft Feinmechanik-Optik mbH.
Handelsbereich Industrieautomation
DDR, 102 Berlin, Schicklerstraße 7, POB 1504
Deutsche Demokratische Republik









Wo viel Licht ist...

da ist auch viel Schatten. Diese Weisheit ist uralt und läßt viele Deutungen zu. Lichttechnisch betrachtet trifft sie besonders für punktförmige Lichtquellen zu.

Für eine ganze Reihe von Beleuchtungsaufgaben wird heute aber gleichmäßiges und blendfreies Licht verlangt. Diese Forderungen werden von N A R V A - Leuchtstofflampen in höchstem Maße erfüllt.



Besuchen Sie uns zur Leipziger Frühjahrsmesse auf der Technischen Messe, Halle 18, und im Handelshof

NARVA

LEUCHTSTOFFLAMPEN

VEB NARVA BERLINER GLÜHLAMPENWERK

1017 Berlin, Ehrenbergstr. 11-14

Kurzfassung

KB 112.3:323.1
323.1.06
DK 711.434
711.523(430.2–2.756)

O. Triebel, K. Angermüller, R. Lenz

Die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Zentrums der Bezirksstadt Suhl

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, S. 74 bis 79, 5 Abb., 1 Grundriß, 1 Schnitt, 1 Lageplan, 1 Abwicklung, 2 Perspektiven

Die Bezirksstadt Suhl mit rund 30 000 Einwohnern wird sich entsprechend ihrer Bedeutung als Industriestadt im Südthüringer Raum progressiv weiterentwickeln. Die Umgestaltung des Stadtzentrums soll der traditionsreichen Arbeiterstadt ein neues unverwechselbares Gepräge geben: Das Zentrum wird durch einen Kranz von Vertikalen markiert, dabei dominieren das 25geschossige Haus der Bildung und das 13geschossige Gebäude für den Rat des Bezirkes. Die Stadthalle als Teil des Komplexes Bildungs- und Führungszentrum bildet den städtebaulichen Schwerpunkt des zentralen Ensembles. Durch eine sinnvolle Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst wird die repräsentative Bedeutung des Zentrums unterstrichen. Typische örtliche Merkmale und Strukturen werden hierbei in eine zeitgemäße Formensprache umgesetzt.

KB 531:625.2
531:625.414
DK 725.4.011.183:725:211:725.71(430.2–2.25)

E. Kaufmann, U. Müther

Mehrzweckhalle in Rostock-Lütten Klein

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, S. 80 bis 83, 9 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt

Die 47 m × 47 m große Halle vereinigt verschiedene Funktionen ohne direkte Trennung unter einem Dach, das aus vier 70 mm dicken hyperbolischen Paraboloidschalen besteht. Die Mehrzweckhalle bietet Platz für eine Selbstbedienungskaufhalle (760 m²), einen Fischladen (60 m²), eine Selbstbedienungsgaststätte (180 Plätze), eine Grillbar (60 Plätze) und zwei Gesellschaftsräume. Die Lasten der vier Paraboloidschalen werden vorwiegend durch Schubkräfte auf die Randrippen übertragen und von diesen über die Strebestützen in die Fundamente weitergeleitet.

Alle Flächen konnten bereits nach 7 Tagen ausgeschalt werden. Einschließlich des Aufbauens des Lehrgerüstes, des Bewehrens, des Betonierens und der erforderlichen Erhärtungszeit wurden für eine Schale nur sechs Wochen benötigt; die gesamte Halle wurde in 14 Monaten gebaut und in einer guten Qualität übergeben.

KB 313.1:312.1 332.11.3
DK 711.3:330.163.14

H. Hanke

Kulturelle Aspekte bei der Planung von Siedlungszentren auf dem Lande

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, S. 89 bis 91

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft besitzt folgende grundlegende Züge: die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte von der zersplitterten Einzelwirtschaft über Genossenschaften und Kooperationsbeziehungen bis zur industriemäßigen Großproduktion, die Herausbildung eines neuen Produzententyps und der grundlegende Wandel in den Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit wird sich weiter zugunsten der geistigen Arbeit verschieben. Mit der wachsenden Freizeit und dem höheren Kulturniveau entstehen günstigere Bedingungen für die humanistische Lebensgestaltung. Aus einer soziologischen Untersuchung zum Wohnmilieu und Wohnverhalten in 10 Städten der DDR werden einige Rückschlüsse für die Entwicklung in den ländlichen Siedlungszentren gezogen.

KB 313.1
DK 711.3

T. Lammert

Zur Gestaltung von Siedlungszentren auf dem Lande

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, S. 96 und 97, 2 Abb.

Aus der sozialistischen Entwicklung in der Landwirtschaft, besonders aus der Konzentration moderner Produktionsanlagen und aus der zunehmenden Kooperation, ergeben sich neue Anforderungen für die Gestaltung des Siedlungsnetzes. Daraus erwächst die Aufgabe, Siedlungszentren zu entwickeln, die innerhalb eines Siedlungssystems die Funktion eines politischen, ökonomischen und kulturellen Zentrums übernehmen. Der Autor legt einige prinzipielle Gedanken für die Herausbildung und Gestaltung solcher Siedlungszentren dar, die ihren Bewohnern die wesentlichen Vorzüge des Lebens in der Stadt bieten sollen, ohne den Vorteil der engeren Bindung zur Natur aufzuheben.

KB 313.1:332.2
DK 711.3:711.16

K. Kraus, A. Metelka

Die Bebauungskonzeption für das Siedlungszentrum Ferdinandshof

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, S. 99 bis 103, 4 Abb., 1 Teilbebauungsplan, 10 Grafiken

Die Gemeinde Ferdinandshof (Bezirk Neubrandenburg) soll sich künftig zu einem Siedlungszentrum für einen ländlichen Bereich entwickeln. Dafür wurde jetzt eine Bebauungskonzeption ausgearbeitet, die eine schrittweise Umgestaltung und Erweiterung der Gemeinde vorsieht. Die Umgestaltung wird im Kern der alten Siedlung mit dem Aufbau eines gesellschaftlichen Zentrums beginnen. In diesem Zentrum ist der Bau eines 14geschossigen Hochhauses für Verwaltungen und wissenschaftliche Einrichtungen, eines Schulkomplexes, einer Schwimmhalle und eines Gebäudekomplexes für Einrichtungen der Kultur und des Handels vorgesehen.

KB 313.1:312.3
DK 711.3:72.092

K. Kraus

Ideenwettbewerb Ferdinandshof

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, Seite 104 bis 109, 9 Abb., 2 Teilbebauungspläne

Der Rat der Gemeinde Ferdinandshof hat einen Ideenwettbewerb für die städtebauliche Gestaltung des künftigen Siedlungszentrums ausgeschrieben. Dieser Wettbewerb sollte gleichzeitig dazu beitragen, prinzipielle Probleme bei der Gestaltung sozialistischer Siedlungszentren zu klären, da er der erste Wettbewerb in der DDR mit einer solchen Aufgabenstellung war.

Der Autor stellt die eingereichten Arbeiten vor und behandelt die wichtigsten Kriterien, nach denen die Arbeiten von der Jury beurteilt wurden. Zu diesen Kriterien gehörte die Entwicklung solcher Kommunikationsbereiche, die eine Herausbildung der sozialistischen Lebensweise fördern, die Beachtung ökonomischer Faktoren, wie die Möglichkeit einer schrittweisen Realisierung und die Anwendbarkeit industrieller Bauweisen.

Содержание

УДК 711.434 711.523(430.2—2.756)

O. Triebel, K. Angermüller, R. Lenz

74 **Архитектурно-градостроительная организация центра районного города Зуль**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 74 до 79, 5 илл., 1 гориз. проекция, 1 чертеж в разрезе, 1 план расположения, 1 развертка, 2 перспективы

Расположенный в южнотюрингском пространстве районный город Зуль с около 30 тысячами жителей в соответствии с его значением как индустриальный город прогрессивно будет развиваться дальше. Переустройство центра намечено дать новый, невповторимый характер богатому традицией рабочему городу. Композиция вертикалей ставит клеймо на центре. При этом выступают 25-этажный дом образования и 13-этажное здание районного совета. Являющаяся частью комплекса образования и управления ратуша представляет собой градостроительный центр тяжести центрального ансамбля. Синтез градостроительного, архитектурного и изобразительных искусств подчеркивает общественное значение центра. Типичные местные признаки и структуры переведены на современный язык форм.

УДК 725.4.011.183:725.211:725.71(430.2—2.25)

E. Kaufmann, U. Müther

80 **Многоцелевой павильон в г. Росток-Люттен-Клайн**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 80 до 83, 9 илл., 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе

Павильон размерами 47 м на 47 м помещает различные, не разделенные друг от друга функции под одной крышей, состоящейся из четырех гиперболических параболоидных оболочек. Павильон помещает магазин самообслуживания (760 м²), рыбный магазин (60 м²), ресторан самообслуживания на 180 мест, гриллбар на 60 мест и два общественных помещения. Нагрузки четырех параболоидных оболочек передаются — преимущественно поперечными силами — на краевые ребра и оттуда через раскосы рамной конструкции в фундамент.

Все поверхности могли быть распалублены уже после 7 дней. Включая сборку кружали и арматуры, бетонирование и необходимое время затвердевания, на одну оболочку расходовали только 6 неделей. Вес павильон построен за 14 месяцев и был передан в хорошем качестве.

УДК 711.3:330.163.14

H. Hanke

89 **Культурные аспекты планировки сельских центров расселения**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 89 до 91

Социалистическая реорганизация сельского хозяйства характеризована следующими основными чертами: Перевод производственных отношений и производственных сил с распыляющего силы индивидуального хозяйства через коллективные хозяйства и кооперационные отношения вплоть до крупного индустриального производства, создание нового типа производителей и коренное изменение условий труда и жизни. Отношение умственного к физическому труду передвигается в сторону умственного труда. Увеличивающееся свободное время и повышенный культурный уровень создают более благоприятные условия гуманистического ведения жизни. Исходя из социологического исследования обстановки и поведения жителей 10 городов ГДР сделаны некоторые выводы по развитию сельских центров расселения.

УДК 711.3

T. Lammert

96 **О композиции сельских центров расселения**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 96 и 97, 2 илл.

Из проходящего в сельском хозяйстве социалистического развития, в особенности из концентрации современных производственных установок и увеличивающейся кооперации, возникают новые требования к оформлению сети расселения. Из этого следует задача развития центров расселения, могущих перенять функцию политического, экономического и культурного центра. Автор обсуждает некоторые принципы развития и оформления таких центров расселения, которые должны представить жителям существенные преимущества жизни в городах без уничтожения более тесной связи с природой.

УДК 711.3:711.16

K. Kraus, A. Metelka

99 **Концепция застройки центра расселения Фердинандсхоф**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 99 до 103, 4 илл., 1 план деталей застройки, 10 граф. изобр.

Поселок Фердинандсхоф в районе Нойбранденбург намечается развивать в центр расселения сельской области. Для этих целей разработана концепция застройки, предусматривающая постепенную реконструкцию и расширение поселка. Началом будет создание общественного центра в ядре старого поселка. Предусмотрено строение 14-этажного высотного дома для научных и управленческих устройств, школьного комплекса, крытого бассейна для плавания и комплекса зданий для устройств культуры и торговли.

УДК 711.3:72.092

K. Kraus

100 **Идейный конкурс Фердинандсхоф**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 2, стр. 104 до 109, 9 илл., 2 планов детальной застройки

Совет сельского места Фердинандсхоф опубликовал идейный конкурс по градостроительному оформлению будущего центра расселения. Одновременно, этот конкурс должен способствовать выяснению принципиальных проблем оформления социалистических центров расселения. Данный конкурс является первым своего рода в ГДР. Автор статьи представляет поданные работы и рассматривает важнейшие критерии, по которым они оценились. К этим критериям принадлежали развитие областей коммуникации, способствующих развитию социалистического образа жизни и учет экономических факторов, как напр., возможности постепенной реализации проекта и применения индустриальных приемов строительства.

Summary

DK 711.434 711.523(430.2–2.756)

O. Triebel, K. Angermüller, R. Lenz

City Design and Architecture of the Centre in the County Capital of Suhl
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 74–79, 5 figs., 1 plan, 1 section, 1 layout, 1 elevation, 2 perspectives
Progressive development has been planned for the county capital of Suhl, a city of 30,000 inhabitants, according to its importance as an industrial centre in Southern Thuringia. The re-design of the centre is intended to impart new and unique features to this city which is characterised by a longstanding working class tradition. The centre will be surrounded by a ring of vertical structures, with the 25-storey House of Education and the 13-storey office building of the County Council being envisaged as foci. The town hall, as part of the education and administration centre will be the architectural focus of the central complex. The representative nature of the centre will be underlined by a meaningful synthesis of city design, architecture, and applied art. Typical local features and structures will be translated into up-to-date forms.

DK 725.4.011.183 :725.211 :725.71(430.2–2.25)

E. Kaufmann, U. Müther

Multi-Purpose Hall in Rostock/Lütten-Klein
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 80–83, 9 figs., 2 plans, 1 section
The hall is 47 m × 47 m in size and accommodates under one roof of four hyperbolic paraboloid shells, 70 mm in thickness, several functions, yet, with no distinct separation between them. The multi-purpose hall has space for a supermarket (760 sq.m), a fish shop (60 sq.m), a self-service restaurant (180 seats), a grillroom (60 seats), and two meeting rooms. The weight of the four paraboloid shells is transmitted mainly by shear forces to the marginal ribs and then transferred to the foundations via buttresses.
The formwork of all areas was stripped as early as seven days after concreting. Only six weeks were required for each of the shells, including centring erection, reinforcing, concrete placing, and curing time. The hall was completed in 14 months and handed over in good quality.

DK 711.3 :330.163.14

H. Hanke

Cultural Aspects in Settlement Planning on the Countryside
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 89–91
Socialist transformation of agriculture is characterised by the following basic trends: change of production and productive forces from scattered individual farms via cooperatives and cooperative groups to industrialised large-scale production; development of a new type of farmer; basic change of working and living conditions. The difference between intellectual and physical work will be gradually levelled and shifted towards the standards of intellectual work. Growing off-time and improving of cultural standards will provide more favourable conditions for a humanist life. Some conclusions for the development of rural settlement centres are drawn from a sociological study of the dwelling environments and dwelling habbits of ten cities in the GDR.

DK 711.3

T. Lammert

Design of Rural Settlement Centres
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 96–97, 2 figs.
More exacting demands on the design of rural settlement centres are implied in the socialist progress of agriculture, in particular the concentration of modern production plants and increasing cooperation. This would entail the task of developing settlement centres that implement political, economic, and cultural functions within a settlement system. Some basic ideas on the development and design of such centres, offering the essential advantages of urban life without giving up the advantage of close adherence to nature, are proposed by the author.

DK 711.3 :711.16

K. Kraus, A. Metelka

Building Concept for the Settlement Centre of Ferdinandshof
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 99–103, 4 figs., 1 sub-layout, 10 graphs
The village of Ferdinandshof (County of Neubrandenburg) is intended to become a settlement centre servicing a larger agricultural region. The building concept now completed provides for a stepwise reorganisation and expansion of the village. The reorganisation scheme will be started by the construction of a community centre in the heart of the original settlement. The new centre will include a new 14-storey high-rise building to house the local government offices and scientific institutions, a school compound, a swimming hall, and a cluster for cultural and (retail) trade facilities.

DK 711.3 :72.092

K. Kraus

Ferdinandshof Concept Contest
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 2, pp. 104–109, 9 figs., 2 sub-layouts
The village council of Ferdinandshof has invited for a concept contest to produce ideas for the design of the forthcoming settlement centre. This contest, being the first with such scope in the GDR, is intended also to make a contribution to the solution of basic problems to be tackled in the design of socialist settlement centres.
The entries are introduced by the author, and the major criteria by which they were judged by the jury are discussed. These criteria included, for example, the design of communication areas that would promote progress of socialist life and the consideration of economic factors, such as a stepwise implementation and applicability of industrialised construction methods.

Résumé

DK 711.434 711.523(430.2–2.756)

O. Triebel, K. Angermüller, R. Lenz

74 **La formation urbaniste et architectonique du centre de la ville de district Suhl**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 74–79, 5 illustrations, 1 tracé, 1 coupe, 1 plan de situation, 1 plan de construction, 2 perspectives
La ville de district Suhl avec quelque 30 000 habitants continuera à se développer progressivement d'après son importance de ville industrielle dans la Thuringe du Sud. La réorganisation du centre de ville doit donner un nouveau caractère toujours jeune à la ville ouvrière traditionaliste: le centre est marqué par une couronne de verticales. En ce cas, la maison de culture à 25 étages et le bâtiment à 13 étages pour le Conseil du district domineront. La grande salle municipale formant partie du complexe centre d'éducation et de direction est le point capital urbaniste de l'ensemble central. Une synthèse ingénieuse d'urbanisme, d'architecture et de beaux-arts accentue l'importance représentative du centre. Des attributs et des structures typiques locaux sont rendus conformes à l'esprit moderne.

DK 725.4.011.183 :725.211 :725.71(430.2–2.25)

E. Kaufmann, U. Müther

80 **Hall pour plusieurs fonctions à Rostock-Lütten Klein**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 80–83, 9 illustrations, 2 tracés, 1 coupe
Le hall de 47 m × 47 m combine différentes fonctions sans séparation directe sous un seul toit qui est composé de quatre constructions monocoques paraboloïdales hyperboliques ayant une épaisseur de 70 mm. Le hall pour plusieurs fonctions prévoit l'emplacement réservé pour une halle à libre-service (760 m^2), une poissonnerie (60 m^2), un restaurant à libre-service (180 sièges), un bar à grill (60 sièges) et deux salons. Les charges des quatre constructions monocoques paraboloïdales sont transmises aux nervures marginales par des cisaillements, pour la plupart, et à partir de celles-ci elles sont dirigées dans les fondations par l'entremise des jambes de force. Il a été possible de planchéier toutes les surfaces déjà après sept jours. On n'a nécessité que six semaines pour une construction monocoque y compris le montage du cintre de charpente, l'armature, le travail en béton et la durée de la prise nécessaire; le hall complet a été construit en 14 mois et délivré en bonne qualité.

DK 711.3 :330.163.14

H. Hanke

89 **Les aspects culturels de la planification de centres de lotissement à la campagne**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 89–91
La réorganisation socialiste de l'agriculture a les traits fondamentaux suivants: la réorganisation des conditions de production et des forces productives à partir de l'exploitation individuelle dispersée, par l'entremise de sociétés coopératives et de relations coopératives, jusqu'à la grande production du type industriel, le développement d'un nouveau type de producteurs et le changement fondamental des conditions de travail et des conditions vitales. La proportion de travail spirituel et physique continuera à se déplacer en faveur du travail spirituel. Des conditions plus favorables pour le façonnement de vivre humaniste prendront naissance grâce à l'organisation des loisirs croissante et au niveau de culture plus élevé. En raison de l'expertise sociologique du milieu d'habitation et de la tenue d'habitation faite en dix villes de la République Démocratique Allemande quelques conclusions sont tirées à l'égard du développement dans les centres de lotissement champêtres.

DK 711.3

T. Lammert

96 **Quelques remarques sur l'organisation de centres de lotissement à la campagne**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 96–97, 2 illustrations
De nouvelles exigences pour l'organisation du réseau de lotissement résultent du développement socialiste dans l'agriculture, particulièrement de la concentration d'installations de production modernes et de la coopération croissante. De là résulte la tâche de développer des centres de lotissement qui en dedans d'un système de lotissement se chargeront de la fonction d'un centre politique, économique et culturel. L'auteur présente quelques idées, par principe, pour le développement et le façonnement de tels centres de lotissement qui doivent offrir à leurs habitants les avantages essentiels de la vie de ville sans quitter l'avantage de l'attachement prononcé à la nature.

DK 711.3 :711.16

K. Kraus, A. Metelka

99 **La conception de construction pour le centre de lotissement Ferdinandshof**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 99–103, 4 illustrations, 1 plan de construction partiel, 10 graphiques
Il faut que la commune Ferdinandshof (district Neubrandenburg) devienne à l'avenir un centre de lotissement pour un domaine champêtre. A cet effet, on a élaboré maintenant une conception de construction prévoyant une réorganisation et extension pas à pas de la commune. La réorganisation commencera au cœur du vieux lotissement par l'édification d'un centre collectif. Dans ce centre est prévue la construction d'un gratte-ciel à quatorze étages pour des administrations et des institutions scientifiques, d'un complexe de bâtiments scolaires, d'une piscine et d'un complexe de bâtiments pour des institutions culturelles et commerciales.

DK 711.3 :72.092

K. Kraus

100 **Concours d'idées Ferdinandshof**
deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 2, pages 104–109, 9 illustrations, 2 plans de construction partiels
Le Conseil de la commune Ferdinandshof a ouvert un concours d'idées pour l'organisation urbaniste du centre de lotissement futur. En même temps, ce concours devrait contribuer à éclaircir des problèmes, par principe, en formant des centres de lotissement socialistes parce qu'il était le premier concours se chargeant de tels problèmes en République Démocratique Allemande.
L'auteur présente les travaux soumis à l'examen et traite les critères les plus importants sur lesquels les travaux ont été jugés par le jury. Ces critères ont compris le développement de tels domaines de communication protégeant le développement de la façon de vivre socialiste, l'observation de facteurs économiques ainsi que la possibilité d'une réalisation pas à pas et l'application facile de systèmes de construction industriels.


Cafrias
LEICHTMETALL-JALOUSIEN
Lux-perfekt
Rolladen aus Holz und Leichtmetall
Sonnenschutz- und Verdunkelungsrollos
Präzisions-Verdunkelungsanlagen
Markisen - Markisoletten
Federwellen - Rollschutzwände
Rollo- und Rolladenbeschläge
CARL-FRIEDRICH ABSTOSS KG
9124 NEUKIRCHEN (ERZGEBIRGE)
KARL-MARX-STRASSE 11
TELEFON: KARL-MARX-STADT 37247
102 ZWEIGBETRIEB BERLIN-C 2
NEUE SCHÖNHAUSER STRASSE 6
TELEFON: 427582
JALOUSIEN-ROLLADEN-ROLLOS

Index 31 409